

Sand im Getriebe 141

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig>

Mail: sig@attac.de



Brennglas Indien

Indien	3
Aufstände der indischen Bauern Lou Damberg, New Delhi im Februar 2021	5
Corona-Pandemie	9
Alain Badiou: Abschaffung des Privateigentums!	11
TNI, Focus on the South u. v. m. : Zeit für einen demokratischen Reset – globale Krisen brauchen Global Governance im öffentlichen Interesse	13
Grünes Jein zu CETA?	14
Walden Bello: Nach dem Neoliberalismus ... Was?	15
Verstehen und handeln	18
Weltsozialforum - Harald Porten: Kämpfe um Umwelt in Städten	18 19
Erlassjahr: UN-Gipfel zur internationalen Schuldenarchitektur: Viel Konsens für Schuldenerlasse, trotzdem nur Status Quo	21

Günther Lanier: Bayer & Co: Das einträgliche Geschäft mit Gift	22
Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus	25
Palästina 2021	27
Mechthild Klingenburg-Vogel: 80. Jahrestag des Beginns des Angriffskriegs gegen die Sowjetunion	28
Friedensbewegungen (No NATO /Büchel / u. a. m.)	28
Frankreich: Aufruf für die Freiheitsrechte und gegen die Ansichten der extremen Rechten Kulturschaffende besetzen Theater Brief aus dem Süden	31
VVN: Gemeinnützigkeit wieder anerkannt – Attac Gang nach Karlsruhe	33
Deutschland: einige Bündnisse	34
Attac Österreich: Luxus-Hotel von René Benko beschlagnahmt	35
Brecht: An die Nachgeborenen	36

Vorwort

- Indien könnte zurzeit als das Brennglas der weltweiten Krisen angesehen werden: Indien erlebt derzeit
- eine tiefe Krise der Bauernschaft, deren Existenz immer mehr von den multinationalen Konzernen abhängig wird (**Maxime Combes; Günter Lanier über Pestizide**). Die bäuerliche Lebensgrundlage - der Boden – wird ihnen weggerissen, öfter als Folge von einer massiven Verschuldung (**Erlassjahr**);
 - eine akute sanitäre Krise, die – ungleich – die Menschen trifft und die Unfähigkeit einer Regierung offenbart, auf eine Notsituation zu reagieren (**Amnesty**), aber auch empörenderweise den Satz bestätigt: Profit tötet (**German Foreign Policy über Pharmakonzerne**)
 - eine Aushöhlung der Demokratie, eine Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit
 - und schließlich statt zur Behebung der Wirtschaftskrise eine anti-islamische Hasspolitik, die Unruhen schürt und Menschenleben gekostet hat; unter anderen Vorzeichen wird ebenfalls in anderen Ländern Hass geschürt (dazu **Walden Bello; Aufruf in Frankreich; W. Hajek**).

In Indien zeugen jedoch die Bauernbewegung, vorher die Anti CAA Proteste und jetzt die Reaktionen auf die Corona-Pandemie davon, dass „eine spalterische Politik breite, Klassen, Kasten und Religionen übergreifende Solidarität und anhaltenden Widerstand in der Bevölkerung hervorrief.“ (**Lou Damberg**)

In dieser Nummer, die leider verzögert herausgegeben wird, veröffentlichen wir die **Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus**, die eine notwendige Begriffsklärung vornimmt. Wir berichten auch über **Friedensbewegungen (Büchel, Palästina, Stopp G7, No to NATO, ...)** und über eine Reihe von Widerständen: Kämpfe um Umwelt in Städten (**Harald Porten**), Aufruf für die Freiheitsrechte (**Attac FR**), Besetzung von Theatern in Frankreich, „Beschlagnahmung“ eines Luxushotels in Österreich (**Attac AT**), Bündnisse gegen die Profiteure der Krise. „Kollektivierung des gesamten Produktionsprozesses“, also unmittelbar „die Abschaffung aller vom Staat beschlossenen Privatisierungen“ schlägt Alain Badiou vor. Eine gemeinsame **Erklärung gegen das WEF** lehnt die Einmischung von Unternehmen in die Global Governance und die Privatisierung demokratischer Entscheidungsfindung auf allen Ebenen ab.

Für die Nummer 142 sind 2 Übersetzungen in Arbeit: [Bericht von Attac Frankreich](#) für die jährliche Vollversammlung und „[Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze](#)“, ein Vorschlag vom Bündnis „[Plus jamais ça](#)“



Fotos: [Via Campesina](#); [Via Campesina FR](#)

Das **SiG-Dossier ‚Leben in Zeiten des Corona-Virus‘** wird weiter geführt. – [Thematische Übersicht](#) und SiG-Sondernummern (1. bis 25. April 2020: [Nr.1](#); 26. April bis 24. Mai: [Nr.2](#); 25. Mai bis 30. Juni 2020: [Nr. 3](#)); Weitere Artikel zu diesem Thema in [SiG 136](#), [SiG 137](#), [SiG 138](#), [SiG 139](#), [SiG140](#)



Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! [Coorditrad braucht noch Unterstützung!](#) www.coorditrad.attac.org

Der SiG-Newsletter kann abonniert werden:

Eintragung online: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/>

Gedruckte Exemplare von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 €+ Porto).

Bestellung in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de. **Abonnement: 15 € für 5 Ausgaben.**

An dieser Nummer haben mitgewirkt: Sabine Gondro, Marie-D. Vernhes, Werner Horch (Attac Deutschland), und viele, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

Aufstände der indischen Bauern

Ein Blick zurück auf die historischen sozialen Mobilisierungen in Indien

*Interview von Maxime Combes mit Madhuresh Kumar,
nationaler Leiter der National Alliance of People's Movements (NAPM).*



Freitag, 2. April 2021

Am 26. November 2020 traten 250 Millionen Inder in den Streik. Wochenlang gab es Aktionen von Hunderttausenden von Bauern in Neu-Delhi und anderswo. Aus welchen Gründen?

Am 5. Juni 2020, als sich die COVID-19-Pandemie ausbreitete, verabschiedete die Regierung eilig drei Verordnungen, nämlich den Farmers' Produce Trade and Commerce (Promotion and Facilitation) Act 2020, den Farmers' (Empowerment and Protection) Agreement on Price Assurance and Farm Services Act 2020 und den Essential Commodities (Amendment) Act 2020. Im September 2020 wurden diese Verordnungen ohne ausreichende parlamentarische Debatte oder Diskussion mit Vertretern der Landwirte in Kraft gesetzt.

Die Regierung erklärt, dass diese drei Gesetze eingeführt wurden, weil sich die Landwirtschaft des Landes angeblich in einer Krise befinde und reformiert werden müsse. Und für die Erhöhung der Einkommen der Landwirte wäre die Liberalisierung der Agrarmärkte notwendig, um mehr Investitionen zu generieren. Wir sprechen von Investitionen aus dem Privatsektor und der Industrie, die zu einer stärkeren Unterordnung des indischen Agrarsektors unter die Marktlogik führen würden.

Alle sind sich einig, dass die indische Landwirtschaft in der Krise steckt, denn im Durchschnitt begehen jedes Jahr etwa zwanzigtausend Bauern Selbstmord wegen Schulden, Verzweiflung oder Ernteausfällen. Fast 60 % der indischen Bevölkerung sind auf die eine oder andere Weise in der Landwirtschaft tätig, auch wenn ihr Anteil am gesamten BIP nur 18 % beträgt. Fast 80 % der Landwirte, das heißt derjenigen, die Land besitzen, sind Kleinbauern. Sie arbeiten auf ein oder zwei Acres Land (ein Acre = ca. 4.000 m²), nicht einmal auf einem Hektar. So sieht also die Bauernschaft in In-

dien aus – eine Kleinbauernschaft. Dazu kommen noch die Landarbeiter, die kein Land besitzen.

Diese Gesetze, die mit dem Versprechen von so erzeugten zusätzlichen Investitionen verabschiedet wurden, werden im Wesentlichen die Vertragslandwirtschaft fördern [1]. Es sind zwei Auswirkungen zu erwarten. Große Agrarkonzerne wie Pepsi, Coke und sogar Adani und ITC werden Vereinbarungen mit den Landwirten treffen, ohne dass diese einen Spielraum haben. Der Abschluss eines Vertrages zwischen zwei gleichberechtigten Parteien ermöglicht die Durchsetzung von Verträgen. Aber zwischen einem kleinen Landwirt und einem multinationalen Unternehmen ist die Macht ungleich verteilt und das Gesetz schützt den Landwirt nicht. Das Gesetz schützt nur die von den Unternehmen eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen. **Diese Gesetze werden die Bauern von den multinationalen Konzernen abhängig machen.**

Außerdem werden diese Gesetze den **Abbau des staatlichen Preisstützungssystems beschleunigen**, das dazu da ist, die Landwirte zu unterstützen. Gegenwärtig legt die Regierung einen Mindeststützungspreis fest, den sogenannten MSP. Wenn dieser Betrag auf 25 Euro pro Doppelzentner Weizen festgelegt wird, erhält der Landwirt auf dem Markt nur 15 bis 20 Euro pro Doppelzentner. Dies ist nicht genug. Mit diesen neuen Gesetzen und dem Aufkommen privater Anbieter werden diese Preise noch weiter fallen. Wenn also die Kosten für Betriebsmittel sehr hoch sind, verdienen die Landwirte nicht genug.

Schließlich müssen wir uns ansehen, wie diese Gesetze verabschiedet wurden. Zu Beginn der Pandemie, im März und April 2020, erließ die Regierung Notfallbestimmungen, in Form von Verordnungen. Im Juli 2020, als die Pandemie ihren Höhepunkt erreichte, wurde das Parlament einberufen und musste diesen Verordnungen ohne Diskussion zustim-

men. Die gesamte normale gesetzgeberische Arbeit der Diskussion, auch mit Organisationen der Zivilgesellschaft, wurde umgangen, obwohl es sich um wichtige Gesetze handelte. Infolgedessen stellt sich jeder die Frage: Wenn es sich um so nützliche und historische Gesetze handelt, warum werden wir dann nicht konsultiert? Der gesamte Gesetzgebungsprozess wurde also auf autoritäre Weise durchgeführt, was zu Kritik führte. Dies ist der allgemeine Kontext dieser großen Demonstrationen.

Inwiefern sind diese Bewegungen „historisch“? Haben sie erreicht, wofür sie gekämpft haben?

Dies sind in der Tat **historische Mobilisierungen**. Es ist sehr lange her, dass wir eine so anhaltende Massenmobilisierung gesehen haben, die sich gegen die Diffamierung und Kriminalisierung durch den Staat und die Medien gewehrt hat. Die Bewegung wurde physisch angegriffen, war mit Gewalt konfrontiert, wurde als „antinational“ dargestellt, von der Opposition gesponsert, nicht von echten Bauern geführt, von secessionistischen Elementen unterstützt, aber sie hat es geschafft, diesen Angriffen zu widerstehen. Zum ersten Mal scheint die Regierung, die diese Taktiken der Ablenkung und Medienpropaganda schon mal erfolgreich eingesetzt hat, um groß angelegte Bürgerproteste ins Abseits zu bringen, in die Defensive zu geraten. Seit über 100 Tagen kampieren die Bauern an drei Zugängen zur nationalen Hauptstadt Delhi, und inzwischen haben sich die Proteste über das ganze Land ausgebreitet. An den „Mahapanchayats“ (Bauernversammlungen) in den nördlichen Bundesstaaten Indiens und den Nachbarstaaten haben Hunderttausende von Menschen teilgenommen.

Die Bewegung erhielt breite Unterstützung aus allen Teilen der Gesellschaft, auch international. Das internationale Ansehen Indiens hat Schaden genommen. Die Wirkung dieser Bewegung hat sich auch an der Wahlfront gezeigt, da die regierende BJP kürzlich die Kommunalwahlen in Punjab und Haryana verloren hat und ihre Koalitionsregierung in Haryana unter Druck steht.

Neun Verhandlungsrunden haben zwischen den Bauern und der Regierung stattgefunden. Die Regierung hat angeboten, die Umsetzung der Gesetze für 18 Monate auszusetzen, aber die Bewegung hat sich geweigert, diese Bedingungen zu akzeptieren, und bleibt fest bei ihrer Forderung nach der vollständigen Aufhebung dieser drei Gesetze. Auch der Versuch des Obersten Gerichtshofs, aus der Sackgasse herauszukommen, scheint gescheitert zu sein, und das von ihm eingesetzte Komitee, das Empfehlungen aussprechen soll, hat es nicht vermocht, Vertrauen zu schaffen. Es bleibt abzuwarten, wie die Regierung diesen Stillstand durchbrechen wird.

Indien wird von einem der konservativsten Staatschefs der Welt geführt. Ebenen die aktuellen machtvollen Mobilisierungen den Weg für die Rückkehr der progressiven Kräfte in Indien?

Indien erlebt einen Angriff auf seine demokratischen Werte und Normen. Seit 2014 und dem Amtsantritt von Narendra

Modi als Premierminister **wird das Land wie nie zuvor entlang der Religion verschiedener Bevölkerungsgruppen polarisiert**. Trotz der Hexenjagd, des harten Durchgreifens und der Verhaftungen von Menschenrechtsaktivisten, Akademikern, Anwälten, Journalisten und einfachen Bürgern wurde jeder Schritt in diese Richtung bekämpft. Schon in Modis erster Amtszeit von 2014 bis 2019 gab es die erste politische Niederlage gegen die Bauernschaft. Sein Plan war es, das Gesetz zum Landerwerb zu ändern, um es für Konzerne günstiger zu gestalten, damit sie das Land in die Hände bekommen. Nach einer massiven Mobilisierung wurde das Gesetz angefochten, und Modi verlor. Dann, drei Jahre lang, protestierten die Bauern massenhaft. **Im Jahr 2018 marschierten 50.000 Bauern fast 300 Kilometer von Nashik nach Mumbai. Wir erleben gerade die Fortsetzung all dieser Proteste.**

Jeder hofft auf Veränderungen. Wir haben 2019 darauf gehofft. **Das Problem bleibt, dass die Oppositionsparteien nicht so stark sind.** Sie kämpfen bei den Wahlen, sie sind aber nicht in der Lage, die Erzählungen und Forderungen der Bauern, der Arbeiter, der Frauen usw. aufzugreifen und zu nutzen. Denn auch im industriellen Bereich haben die Arbeiter in den letzten Jahren historische Streiks durchgeführt. Modi hat noch drei Jahre Zeit bis zu den nächsten Wahlen. Und wenn nicht etwas Dramatisches passiert, werden die Proteste der Bauern Auswirkungen haben. Das spornt jeden an. Das wirkt sich sogar auf den gängigen Diskurs aus: Die Medien stehen unter Druck, die Richter stehen unter Druck, aber die Oppositionsparteien müssen sich zusammenreißen. Ich denke, es wird schwierig werden, aber wir sind hoffnungsvoll.

(1) Die Vertragslandwirtschaft basiert auf Vorverkaufsvereinbarungen zwischen der Agrar- und Ernährungsindustrie und Landwirten. Meistens werden in diesen Verträgen sowohl die Produktionsbedingungen als auch die Liefertermine und -bedingungen festgelegt.

Quelle: [Attac Frankreich](#) ; Übersetzung: SiG-Redaktion

Bharat Dogra : Bauern in Aufruhr
– ihre Bewegung bringt Einheit und Hoffnung
– [Welthungerhilfe](#)

Massenproteste in Indien - Millionen gegen Modi
Riesige Demonstrationen und Märsche der Arbeiter und Bauern haben die hindu-nationalistische Regierung in Bedrängnis gebracht – [JW](#)

Aditya Bahl : A new border in the old republic [CETRI](#)
<https://focusweb.org/long-march-to-peasant-unity/>

Reportage: [Bauernaufstand in Indien – ARD](#)

David gegen Goliath – Indische Regierung liefert Kleinbauer*innen dem Weltmarkt aus [RLS](#)

Lou Damberg, New Delhi im Februar 2021

Es gibt wohl wenige Länder der Welt, die aus deutscher Perspektive derart mit einer Mischung aus romantisierender Idealisierung und skandalisierendem Horror betrachtet werden wie Indien. Auf der einen Seite Sonnenaufgänge in Benares mit Sadhus, die im Wasser des Ganges ihr rituelles Bad nehmen; auf der anderen Seite Unberührbare, die die Fäkalienhöhlen der Großstädte reinigen; auf der einen Seite Ashram, auf der anderen Seite Slum; hier der obszöne Reichtum der Milliardäre, dort die Obszönität einer Armut jenseits der Vorstellungskraft.

Aushöhlung der Demokratie durch die Modi-Regierung

Wenn folglich in den deutschen Medien von Indien die Rede ist, so meist von einem Indien, das von Katastrophen, Überschwemmungen und Zugunfällen mit Hunderten von Toten heimgesucht wird und in dem grauenhafte Vergewaltigungen und Verstümmelungen von Frauen an der Tagesordnung zu sein scheinen. Die Berichterstattung, sofern man sie denn als solche bezeichnen kann, konzentriert sich auf Einzelereignisse von hohem Aufmerksamkeitswert, und wird doch einmal über die derzeitige Politik berichtet, so kommt kein Beitrag ohne das Stereotyp der „größten Demokratie der Welt“ aus. Genau diese Demokratie aber wird von der gegenwärtigen Regierung unter Premierminister Narendra Modi konsequent ausgehöhlt und geschwächt.

Doch statt – mit vereinzelt rühmlichen Ausnahmen – auf diese Tendenz mit aller Deutlichkeit hinzuweisen, verschließen deutsche Medien und Politiker*innen beharrlich die Augen vor der Erosion rechtsstaatlicher Prinzipien auf dem Subkontinent und murmeln etwas von Wachstumsraten, Entwicklungschancen und den großartigen Aussichten, die der riesige indische Markt für eine exportbasierte Ökonomie wie die Deutschlands bietet.

Hinzu kommt, dass die indische Außenpolitik, im Gegensatz zu der Chinas, kaum Anlass zu Besorgnis bietet, auch wenn gelegentlich, wie in den vergangenen Monaten, indische und chinesische Armee-Einheiten in Ladakh aneinandergeraten, die beiden Atomkräfte Pakistan und Indien sich in ihrem unversöhnlichen gegenseitigen Hass an ihren Grenzen ineinander verbeißen oder Indien sich gegenüber dem kleinen Nachbarn Nepal als regionale Hegemonialmacht geriert: Die indische Außenpolitik ist nicht aggressiv.

Anti-islamische Hasspolitik

Ganz anders die Innenpolitik. Seit ihrem Sieg bei den Parlamentswahlen von 2014 betreibt die Bharatiya Janata Party, die Indische Volkspartei, unter ihrem Ministerpräsidenten Narendra Modi eine zutiefst spalterische Politik, die sich in den ersten Jahren nach der Wahl vor allem gegen Muslime richtete. Diese machen mit 172 Millionen Menschen ca. 14,2 % der indischen Bevölkerung aus; nach Indonesien und Pakistan beherbergt Indien somit die drittgrößte islamische Gemeinschaft der Welt.

Eine Reihe von Lynchmorden an Muslimen, denen der Verzehr von Kuhfleisch oder auch nur der Handel mit Kühen vorgeworfen wurde, wurde nur halbherzig verfolgt und ge-

ahndet, wenn nicht geduldet. Die anti-islamische Hasspolitik unter dem Aufpeitscher Amit Shah, der 2019 als Generalsekretär der Partei die BJP erneut zum Sieg führte und seither als Innenminister fungiert, muss im Kontext eines nunmehr jahrhundertalten Konflikts gesehen werden, für den symbolisch der Name Ayodhya steht.

Ayodhya ist der Name einer Stadt im Bundesstaat Uttar Pradesh. Bereits aus der Zeit der Kolonialherrschaft der Briten werden Konflikte um eine Moschee in Ayodhya berichtet, die angeblich an der Stelle eines unter Mogul-Herrschaft zerstörten Tempels stehe, der wiederum über dem Geburtsort des Gottes Ram erbaut worden sei, dem Helden des neben dem Mahabharata ältesten und wichtigsten Epos Indiens, den Ramayana. Die Babri Masjid, die nach dem ersten Mogul-Herrscher Babur benannte Moschee, wurde schließlich 1992 durch einen aufgestachelten Hindu-Mob in einer orchestrierten Aktion zerstört. Es folgte eine Reihe äußerst gewalttätiger und blutiger Auseinandersetzungen, denen überwiegend Muslime zum Opfer fielen, bis schließlich 2019 der Supreme Court dem Konflikt juristisch ein Ende setzte, indem er die Rechtmäßigkeit der Ansprüche der Hindus auf die Errichtung eines Tempels anerkannte.

Gemeinsam mit dem radikalen Hindu-Rechtsaußen Yogi Adityanath, dem Ministerpräsidenten von Uttar Pradesh, legte Modi am 5. August 2020 symbolisch den Grundstein für den neu zu errichtenden Tempel.

Die anti-muslimische Politik der BJP ist Identitätspolitik in ihrer Reinform, und sie hat eine nunmehr fast hundert Jahre alte Geschichte, die mit dem Namen des **RSS** verbunden ist. Der Rashtriya Swayamsevak Sangh (Nationale Freiwilligen Organisation) wurde 1925 von Keshav Baliram Hedgewar nach dem Vorbild der faschistischen Schwarzhemden gegründet und betrieb von Anfang an eine Politik, die die Gründung einer Hindu-Nation zum Ziel hatte, in welcher Christen, Juden und insbesondere die Muslime nur dann geduldet werden sollten, sofern sie die Superiorität der Hindus anerkennen würden, und der wirkmächtigste Ideologe des RSS, Vinayak Damodar Savarkar, drohte den Muslimen in den 30er Jahren unverblümt mit dem Schicksal, das die Nazis den Juden bereiteten.

Die Ironie, dass nun ausgerechnet Narendra Modi, der im RSS sozialisiert wurde – einer Organisation, die noch heute die Geltung der säkularen indischen Verfassung bestreitet –, als Premierminister Indiens regiert, wird nur noch von der Ironie übertroffen, dass derselbe Premierminister sich immer wieder die Ikonographie Mahatma Gandhis aneignet, der durch ein Mitglied des RSS, Nathuram Godse, erschossen wurde, dem wiederum als wahren Patrioten ein Monument zu errichten in den letzten Jahren immer wieder öffentlich diskutiert wird.

Landesweite Proteste gegen die Landwirtschaftsgesetze

Auf den ersten Blick scheinen die Landwirtschaftsgesetze der Modi-Regierung, gegen die seit über zwei Monaten hunderttausende von Bauern an den Stadtgrenzen von Delhi protestieren, nichts mit Identitätspolitik, dem RSS und dem

Hindu-Nationalismus der rechten Hardliner zu tun zu haben. Doch reiht sich diese Gesetzesinitiative in eine Folge von Maßnahmen ein, gegen die sich in den letzten Jahren immer wieder massiver Widerstand formiert hat.

Worum geht es? – **Die drei Reformgesetze der Modi-Regierung**, die im September 2020 in Kraft traten, zielen auf eine **Restrukturierung und Liberalisierung des Absatzmarktes für landwirtschaftliche Produkte** in Indien. Insbesondere sollen individuelle Preisabsprachen zwischen Bauern und einem potenziellen Käufer ermöglicht sowie die Regelungen für Mindestpreise für landwirtschaftliche Produkte gelockert werden. Die Bauern befürchten, dass das traditionelle Mandi-System, das bislang das Verhältnis zwischen Produzenten und Käufern regelte, abgeschafft werden soll und sie der Willkür von Konzernen und Spekulanten ausgeliefert werden, die über die finanziellen Mittel verfügen, den Markt und die Preise zu manipulieren, indem sie künstliche Knappheit bzw. Überangebote von Produkten produzieren.

Was die Bauern insbesondere gegen die Gesetze aufbrachte, war der Umstand, dass die Regierung die Vorlagen **ohne Beratung durch das Parlament peitschte** und keine Vertretung der in vielen Gruppen organisierten Bauern im Vorfeld um ihre Meinung gefragt worden war. Es entstand der Eindruck, dass die Regierung den riesigen Holdings der politisch einflussreichen **Milliardäre Ambani und Adani** in die Hände spiele, die weder in Sachen Umweltschutz noch in Sachen Menschenrechte eine rühmliche Rolle spielen, und die Bauern der Willkür und den Profitinteressen von Spekulanten ausliefern.

Wie berechtigt auch immer die Bedenken und Sorgen der Bauern sein mögen; was folgte, war eine **Protest- und Solidaritätswelle im gesamten Land**, auf die die BJP Regierung zunächst hilflos, dann zunehmend aggressiv reagierte. Nachdem Bauern aus dem Punjab und dem Bundesstaat Haryana, unterstützt von landesweiten Solidaritätsbekundungen mit Millionen von Teilnehmern, wochenlang friedlich in Camps an den Zufahrtsstraßen nach Delhi demonstriert hatten, organisierten sie am **Republic Day (26. Januar)** eine Traktorenparade auf einer mit der Polizei abgesprochenen Route. Noch immer ist nicht klar, was genau schiefging: Was bekannt ist, ist die Tatsache, dass Tausende das Red Fort stürmten, die aus der Mogul-Zeit stammende Festung zwischen New und Old Delhi. Mit ihren Traktoren überrannten sie Barrikaden, was zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei führte, und auf einer der Kuppeln des Red Fort wurde die Flagge der Sikh, der Nishan Sahib, gehisst. Ob, wie manche Quellen behaupten, die Ereignisse von Anhängern der Regierung provoziert worden sind oder nicht, lässt sich im Dickicht der Behauptungen und Gegenbehauptungen, mit denen die Sozialen Medien geflutet werden, nicht entscheiden. Sicher ist aber, dass die Bauern zunehmend von der Polizei traktiert und von regierungsfreundlichen Aktivisten bedrängt werden. Wasser, Elektrizität und Internetzugang wurden den Bauern zeitweise gesperrt, so dass Politiker*innen von zehntausend nicht an der Regierung beteiligten Parteien sich veranlasst sahen, bei Innenminister Shah zu intervenieren und gegen die organisierten Provokationen zu protestieren.

Was der Folge der Ereignisse eine zugleich lächerliche und tragische Wendung gab, war ein **Tweet** der Sängerin Rihana vom 2. Februar, die Welt solle die Augen nicht vor den Bauernprotesten verschließen, auf den einen Tag später ein Tweet von Greta Thunberg folgte, verbunden mit einem sogenannten „Toolkit“, das Anleitungen enthält, wie lokal und online Proteste organisiert werden können. Nachdem die in Bangalore lebende **Aktivistin der Fridays for Future, Disha Ravi**, Thunbergs Tweet geteilt hatte, wurde sie festgenommen, gegen geltendes Recht nach Delhi verbracht und inhaftiert, ein Vorfall, der quer durch die politischen Lager und über Generationsgrenzen hinweg Entsetzen auslöste. Der jungen Frau wurde vorgeworfen, zur Zerstörung der indischen Nation aufzurufen, die Abspaltung Kaschmirs zu propagieren und für die Errichtung eines unabhängigen Sikh-Staates, Khalistan, einzutreten. Wie in vielen Fällen, in denen die Regierung missliebige oder kritische Stimmen zum Schweigen bringen will, wurde Frau Ravi der Volksverhetzung angeklagt, worauf, ganz in der Tradition des britischen Kolonialreichs, aus dessen Zeit das Gesetz stammt, drakonische Strafen stehen. Und wie in vielen Fällen, ist es die Judikative, in diesem Fall das Gericht von Delhi, das die offenkundig auf Einschüchterung zielende und unverhältnismäßig agierende Exekutive korrigiert: **Disha Ravi wurde auf Bewährung freigelassen**, da im sogenannten Toolkit sich kein Aufruf zu Gewalt finde, das Recht auf Widerspruch in der Verfassung verankert sei und die verletzte Eitelkeit von Politikern ihnen nicht das Recht gäbe, nach Belieben Bürgerinnen und Bürger zu drangsalieren.

Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit

Das hier etwas ausführlicher dargestellte Schicksal der Fridays for Future-Aktivistin Disha Ravi illustriert, was zunehmend die Politik unter Premierminister Modi charakterisiert: **Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit und Einschüchterung kritischer Stimmen**. Narendra Modi und die BJP begehen den Fehler, das Wohlergehen und die Interessen der BJP mit dem Wohlergehen und den Interessen des Landes gleichzusetzen: Kritik an der Regierung wird als anti-national gebrandmarkt, und ganze Kohorten von Internet-Trollen oder TV-Proleten wie der NDTV-Moderator Arnab Goswami sorgen für die Mobilisierung von Massen, die sich bereitwillig dazu hergeben, öffentlichkeitswirksam Plakate von Greta Thunberg zu verbrennen, und damit drohen, der digitalen Einschüchterung Taten im physischen Raum folgen zu lassen. So wird die kritische Journalistin Neha Dixit, in deren Wohnung eingebrochen worden ist, seit Wochen von anonymen Anrufern mit Vergewaltigungs- und Morddrohungen terrorisiert. Weil er keinen Presse-Ausweis bei sich trug, wurde der unabhängige Journalist Mandeep Punia festgenommen. Der Stand-Up Comedian Munwar Faruqui wurde wegen Witzen, die er hätten machen können (!), verhaftet, nachdem der Sohn eines BJP Funktionärs ihn angezeigt hatte; nicht viel besser erging es dem Komiker Kunal Kamra und der Cartoonistin Rachita Taneja, die sich wegen Missachtung des Gerichts verantworten müssen. Nach den Unruhen am Republic Day wurden Twitter-Konten von Personen, die die Bauernproteste unterstützen, geschlossen, so auch der Account des Magazins „The Caravan“, das sich durch kritischen investigativen Journalismus einen Namen gemacht hat. Wie weit Politiker der BJP mitt-

lerweile gehen, zeigen Äußerungen des Innenministers von Haryana, Anil Vij, der fordert, dass Personen, die wie Disha Ravi „anti-nationale Gedanken“ (!) hegen, vollständig „zerstört“ (destroyed) gehörten.

Es verwundert deshalb nicht, dass Indien in den letzten Jahren im Ranking der Meinungs- und Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ kontinuierlich absank und heute nur noch Platz 142 von 180 einnimmt. Die gut organisierten Kader der BJP **überziehen Aktivisten und Journalisten mit Anzeigen** wegen Volksverhetzung oder Rufschädigung. Meist haben die Anzeigen keine Aussicht auf Erfolg, doch liegt eine mögliche Verurteilung auch gar nicht in der Absicht derjenigen, die die Anzeigen erstatten, denn der Prozess selbst ist für jene, die sich zu verteidigen haben, schon die Strafe, die man ihnen zumessen will. Wer sich gegen eine Flut von Anklagen zu erwehren hat, hat weder Zeit noch Geld, um guten Journalismus zu betreiben, so wenig wie Mitglieder und Akteure der Zivilgesellschaft die emotionalen und finanziellen Ressourcen haben, um sich in langwierigen, oft Jahre dauernden Verfahren zu verteidigen. Diese Tendenzen, der Zivilgesellschaft Fesseln anzulegen und sie zum Schweigen zu bringen, werden seit 2014 begleitet durch die **Errichtung fiskalischer Hemmnisse** (Foreign Currency Regulation Act FCRA), durch welche NGOs erschwert werden soll, finanzielle Unterstützung von ausländischen Organisationen zu erhalten, was dazu führte, dass Greenpeace sich außerstande sah, seine Geschäfte weiterzuführen und schon 2015 sein Büro in Indien schloss.

Proteste gegen das Citizenship Amendmend Act (CAA)

Man muss die gegenwärtige Nervosität und Aggressivität der Regierung vor dem Hintergrund der Proteste sehen, die eine Gesetzesinitiative unter Amit Shah 2019 hervorgerufen hatte. Der sogenannte Citizenship Amendmend Act (CAA) sah vor, Hindus, Sikhs, Parsis, Christen, Buddhisten und Jains, die wegen religiöser Verfolgung in ihren Heimatländern vor 2014 aus Afghanistan, Bangladesch und Pakistan nach Indien eingewandert waren, in vereinfachten Verfahren die indische Staatsbürgerschaft zu gewähren. **Von der Regelung ausgeschlossen waren Muslime**, da diese, so die Argumentation der Regierung, in den jeweiligen Ländern ja sowieso die Mehrheit stellten, wobei unbedacht blieb, dass islamische Minderheiten wie die Hazaras in Afghanistan oder die Ahmadiyyas in Pakistan unter härtester Verfolgung leiden. Da der CAA in Zusammenhang mit einem **nationalen Zensus** (National Register of Citizen, NCR) geplant war, bestand auf Seiten großer Teile der Bevölkerung die Befürchtung, er diene dazu, die Muslime ihres Status‘ als Bürger zu berauben und die de facto Benachteiligung, die sie in Indien seit Jahrzehnten zu erleiden haben, nun auch de jure zu zementieren. Angesichts der Tatsache, dass die Regierung anfang, **Lager in verschiedenen Bundesstaaten zu errichten**, in denen jene interniert werden sollten, die durch den NCR als illegale Immigranten identifiziert worden wären, erhob sich von der UN über verschiedene Menschenrechtsorganisation bis hin zu lokalen Gruppen massiver Widerstand, der in **Menschenkettten von bis zu sieben Millionen Menschen in Kerala** und in den **wochenlangen Protesten in Delhi** und zahlreichen anderen Städten des

Landes seinen Ausdruck fand. Was die Proteste auszeichnete, war die Tatsache, dass sich nicht nur die muslimische, Minderheit gegen das Gesetz wandte, sondern der **Protest von Mitgliedern aller Bevölkerungsschichten und Religionen getragen** wurde. Berühmtheit erlangten die Frauen von Shaheen Bagh, einer Straße in Delhi: Unterstützt von einer Vielzahl von Menschen, die temporäre Apotheken und Büchereien, Küchen und Kinos betrieben, **demonstrierten meist ältere Frauen aller Klassen und Schichten über Wochen hinweg friedlich gegen den CAA**. Sie als anti-nationale linke Elemente zu diffamieren, war auch der Propaganda- und Social-Media-Maschine der BJP unmöglich. Polizei und Politik fanden kein Mittel, um die Demonstrationen aufzulösen. Die Breite der Solidaritätsbewegung in der Bevölkerung ließ deutlich werden, dass die spalterische, anti-muslimische Politik der Regierung nicht gegriffen hatte. Man hatte sich offensichtlich verschätzt.

Um aus dem Dilemma herauszukommen, griff die BJP zum bewährten **Mittel inszenierter Gewalt**: Der BJP Politiker Kapil Mishra verkündete am 23. Februar 2020 öffentlich und vor laufenden Kameras, dass er notfalls selbst mit Getreuen die Straßen von Anti-CAA-Demonstranten „säubern“ würde, wenn die Polizei dies nicht täte. Neben ihm stand der Vertreter der Polizei Nord-Ost-Delhis, Ved Prakash Surya. Kein zwölf Stunden später brachen in vielen Bezirken Delhis Unruhen aus, die das Leben von mehr als 54 Menschen, überwiegend Muslimen, forderten und damit zu den schlimmsten Auseinandersetzungen seit den Anti-Sikh-Gewalttaten von 1984 zählen.

Es steht außer Frage und ist vielfach dokumentiert, dass Mitglieder der Polizei sich aktiv an den Gewalttaten beteiligten, die sie hätten eindämmen sollen. Die Zentral-Regierung, der die Polizei in der Hauptstadt untersteht, nahm die Gewaltwelle zum Anlass, massiv gegen die Protestierenden von Shaheen Bagh vorzugehen, als hätte nicht ein Mitglied der eigenen Partei sie ausgelöst, sondern die friedlichen Demonstranten. Schließlich machte die Covid19 Pandemie dem Protest nach der Verhängung des Lockdowns am 22. März 2020 ein Ende. Noch ein Jahr später, am 23. Februar 2021, produzierte sich Mishra als Hardliner, als er verkündete, er würde, falls nötig, genau dasselbe wieder tun, um „Jihadi Kräfte“ und „anti-indische Elemente“ von innerhalb und außerhalb des Landes zu eliminieren.

Proto-Faschismus

Hatte die hindu-nationalistische Regierung schon bezüglich der Anti-CAA-Proteste die Situation falsch eingeschätzt und hilflos (wenn auch martialisch) auf den Umstand reagiert, dass ihre spalterische Politik breite, Klassen, Kasten und Religionen übergreifende Solidarität und anhaltenden Widerstand in der Bevölkerung hervorrief, so machte sie bezüglich der **Bauern** einen weiteren Fehler. Denn nun wich sie von ihrem Schema ab, die Bevölkerung entlang religiöser Linien auseinander zu dividieren, und attackierte einen Berufsstand, dem in Indien noch immer 58 % der Bevölkerung angehören. 80 % der in der Landwirtschaft Tätigen sind Kleinstbauern, die über Subsistenzwirtschaft nicht hinaus gelangen. Hinzukommen landlose Arbeiter, die zum Teil von einem Tageslohn von 20 Rupien leben müssen. Sie alle leiden unter einer **Schuldenspirale**, die viele von ihnen in

den Selbstmord treibt. Die verantwortlichen Kräfte in dieser Tragödie sind u.a. **internationale Konzerne wie die Bayer-Tochter Monsanto, die 90 % des Baumwoll-Sektors beherrscht.**

Es soll hier nicht entschieden werden, ob eine Reform des Agrarsektors in Indien nicht an der Zeit wäre: Seit Jahren bleibt die Produktivität auf demselben niedrigen Niveau, und die Bilanz zwischen der Anzahl der Beschäftigten und der **Produktivität** bleibt im Vergleich zu anderen Sektoren unverändert schlecht (zum Beispiel ist das *Verhältnis Beschäftigte : Produktivität* im Dienstleistungssektor 28 % : 54 %, in der Landwirtschaft 58 % : 24 %). Die Landwirtschaft ist für eine Vielzahl von **Umweltproblemen** verantwortlich, in nicht geringem Umfang, um nur ein Beispiel zu nennen, für die katastrophale Luft in Delhi in den Herbstmonaten, wenn die Bauern in Haryana ihre Felder abbrennen, statt die Stoppeln unterzupflügen. Die Landwirtschaft benötigt ca. 90 % des Grund- und Oberflächenwassers und ist damit der Kernfaktor in der **Wasserkrise** Indiens. Eine Reform des Agrarsektors, die auch alte Besitzstände und Strukturen wie das Mandi-System einer eingehenden Betrachtung unterzieht, erscheint schon nach diesen wenigen Hinweisen als gerechtfertigt. Denn ansonsten wird die Kluft zwischen den traditionell wirtschaftenden Bauern und anderen Wirtschaftsbereichen kontinuierlich weiterwachsen, die Verarmung auf dem Land, die daraus resultierende Migration in die Städte und damit die unkontrollierbare Urbanisierung Indiens werden sich beschleunigen. Mit einer Verschärfung der damit einhergehenden sozialen und ökologischen Probleme, die Indien bereits jetzt zu schaffen machen.

Zur Debatte steht hier aber weniger die Notwendigkeit einer Landwirtschaftsreform, deren Berechtigung man durchaus einräumen kann, sondern der Umgang der Regierung Narendra Modi mit der Zivilgesellschaft, mit kritischen Kräften der Bevölkerung, mit Meinungs- und Pressefreiheit. In zunehmendem Maß lässt sich die Rede von einem Proto-Faschismus rechtfertigen, in den Modi sein Land stürzt. Er betreibt **größenwahnsinnige Identitätspolitik**, gemäß welcher Indien nicht nur die größte, sondern auch die älteste Demokratie der Welt ist; wo von plastischer Chirurgie (Ganesha!) bis zu Luftfahrttechnik und Atomphysik alles schon vorformuliert und erfunden war, bevor es auch der Rest der

Welt entdeckte; wo in den Unterrichtsmaterialien für die Grundschulen 500 Jahre der Mogul-Herrschaft ausgelöscht sind, das Taj Mahal eigentlich ein Hindu-Tempel ist und Kühe als einzige Spezies auf dem Planeten nicht nur Sauerstoff verbrauchen, sondern auch produzieren – die Liste der absurden und beängstigenden, der lächerlichen und tragischen Beispiele lässt sich fast nach Belieben fortsetzen.

Nehrus Losung „unity in diversity“

Es ist an der Zeit, dass **der Westen und insbesondere Deutschland** sich nicht vom Rishi-Image, das sich der Premierminister in der letzten Zeit zulegte, täuschen und sich nicht von dem Gerede über Ayurveda und Yoga, als dessen Anhänger sich Modi jahrein, jahraus am Welt-Yoga-Tag medienwirksam inszeniert, blenden lässt. Dass sich seine Regierung von Tweets von Rihanna und Greta Thunberg dazu verleiten ließ, gegen eine „Einmischung in innere Angelegenheiten“ zu protestieren, wie dies unter totalitären Regimes seit Jahrzehnten Usus ist, und Amit Schah soweit provozierte, dass er die dicke Bertha der eigenen Propaganda, nämlich „Fortschritt“ ins Feld führte, gegen welche keine ausländische Stimmungsmache Aussicht auf den Sieg habe, zeigt einerseits, auf welchem Weg sich die indische Mehrheitspolitik befindet – nämlich auf dem schnellsten und kürzesten in eine protofaschistische Pseudodemokratie; es zeigt andererseits, dass die Verantwortlichen hochnervös und sich ihrer Einschätzung bei weitem nicht sicher sind, wie leicht sie die öffentliche Meinung in dem gewaltigen und kulturell, religiös, sprachlich und politisch äußerst diversen Land manipulieren können, um politischen Profit daraus ziehen zu können. Schon aus Gründen der eigenen Glaubwürdigkeit stünde es den liberalen Demokratien Europas gut zu Gesicht, sich hier weder blenden noch einschüchtern zu lassen, sondern unüberhörbar das einzufordern, was man von der „größten Demokratie der Welt“: den Respekt für Presse- und Meinungsfreiheit und der bürgerlichen Freiheiten, den Schutz der Minderheiten und des Rechts der freien Religionsausübung. Wenn die Regierung von Narendra Modi vergisst, welch enormes Potenzial in Nehrus Losung von „unity in diversity“ liegt und welch leuchtendes Beispiel Indien mit dieser Maxime geben könnte, dann muss sie an dieses kostbare Erbe einer toleranten und aufgeklärten politischen Praxis erinnert werden.

Corona-Pandemie in Indien

Die Eigentore der Regierung Modi – Medico

Zu wenig Impfstoffproduktion in Indien – pressenza

Nicht nur in Indien: Lockdown für Arbeitsrechte

"(...) Fast zwei Drittel der arbeitenden Bevölkerung weltweit sind im informellen Sektor beschäftigt und haben in der Regel keinerlei soziale Absicherung. Als Indiens Regierungschef Narendra Modi am 24. März 2020 spontan eine Ausgangssperre verhängte, standen die Tagelöhner vor dem Nichts. Millionen versuchten, sich zu Fuß in ihre Heimatdörfer durchzuschlagen. Wie viele von ihnen auf den langen Märschen verhungert und verdurstet sind, ist nicht bekannt. (...) Die Kosten müssen die Schwächsten tragen, wie eine Studie der Nichtregierungsorganisationen Südwind und Inkota über die Lederindustrie in Indien belegt. Zwei Monate

*lang standen alle Beschäftigten der Schuhfabriken ohne Einkommen da, manche erhielten nicht einmal mehr den Lohn für bereits geleistete Arbeit. Im Juni lief die Produktion dann mit 40 Prozent weniger Personal wieder an. Wer weiter dabei ist, muss sich oft mit weniger Geld begnügen als vor der Pandemie (...) **Die dortige Regierung nutzte die Krise außerdem, um einen Großteil der Arbeitsschutzgesetze für drei Jahre außer Kraft zu setzen.** (...)"*
Amnesty Journal 25. April 2021

Nach Wahlen im indischen Kerala: Die Virenjägerin muss gehen - Als Gesundheitsministerin im Bundesstaat Kerala ist K.K. Shailaja in ganz Indien beliebt. Trotz jüngstem Wahlerfolg gibt sie nun ihr Amt auf. - TAZ 19.5.2021
Der Tod des Pradeep Bhattacharya - TAZ-Artikel

Corona-Pandemie

German Foreign Policy

BioNTech soll mit Milliardenprofiten den Biotech-Standort Deutschland stärken

(...) Milliardenprofite

Was genau sich Berlin, Brüssel und Washington mit ihrer Patentblockade zu sichern suchen, zeigen exemplarisch die Umsatz- und Gewinnerwartungen des Konzernduos BioNTech/Pfizer. Anders als etwa AstraZeneca oder Johnson & Johnson, die zugesagt haben, ihre Impfstoffe bis zum Ende der Pandemie zum Produktionspreis ohne Gewinn zu verkaufen, erzielen BioNTech und Pfizer schon jetzt satten Profit. Pfizer hat bereits im Februar mitgeteilt, man erwarte aus dem Verkauf des Covid-19-Impfstoffs einen Umsatzsprung von rund 15 Milliarden US-Dollar bei einer Gewinnmarge von annähernd 30 Prozent; das wäre ein Profit von gut 4 Milliarden US-Dollar.[7] Weil Pfizer und BioNTech sich das Impfstoffgeschäft im Verhältnis 50 zu 50 teilen, ist bei dem Mainzer Unternehmen ein ähnlicher Gewinn zu erwarten - möglicherweise auch noch mehr: In Deutschland vermarktet die Firma das Vakzin alleine.[8] Dass die EU kürzlich für die Zeit von Ende 2021 bis 2023 bei BioNTech/Pfizer eine Anschlussbestellung von 1,8 Milliarden Impfdosen in Auftrag gegeben hat, ist von Fachleuten zwar kritisch kommentiert worden, weil sich die Union dadurch "von einem einzigen Hersteller abhängig macht".[9] Für die beiden Unternehmen ist es jedoch eine Garantie für ein einzigartiges Geschäft.

"Chance für den Standort Deutschland"

Pfizer, bis zum Verkauf seiner Generikasparte weltgrößter Pharmakonzern, könne hoffen, dank der Pandemieprofite "in diesem Jahr an die Spitze zurück[zu]kehren - und zwar profitabler als zuvor", heißt es in Wirtschaftskreisen.[10] BioNTech wiederum, bislang ein mittelgroßes Unternehmen mit einem Umsatz von nicht einmal 110 Millionen Euro im Jahr 2019, soll laut Plänen seines Hauptinvestors Thomas Strüningmann Schritt für Schritt zu einem "eigenständigen,

voll integrierten Pharmakonzern" werden; die Chance, dass dies gelinge, bestehe in Deutschland zum ersten Mal "seit Jahrzehnten".[11] Die mRNA-Technologie, auf der das BioNTech/Pfizer-Vakzin basiert, wird von Experten dabei als Medizintechnologie der Zukunft mit gewaltigem Geschäftspotenzial eingestuft. "Es handelt sich ... um globale Milliardenmärkte", wird Oliver Schacht, der Vorsitzende des Biotech-Unternehmerverbandes BIO, zitiert: Der Durchbruch, den BioNTech erzielt habe, sei "eine große Chance für den Biotech-Standort Deutschland". [12] Freilich steht dies der etwaigen Freigabe der Impfstoffpatente entgegen: Lasse man sich auf sie ein, dann könne "die neue mRNA-Technologie ... in die Hände von Russland und China fallen", heißt es in Branchenkreisen. [13]

[1] EU muss Patente für Corona-Impfstoffe freigeben. Amnesty International, 27.04.2021.

<https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/EU-Corona-Impfstoffverteilung-Patente>

[4] Monopolies causing "artificial rationing" in COVID-19 crisis as 3 biggest global vaccine giants sit on sidelines. oxfam.org 05.02.2021.

[7] Zusatzgeschäft Corona-Impfung. Frankfurter Allgemeine Zeitung 03.02.2021.

[8] So stehen die Gewinnchancen der Impfstoffhersteller. manager-magazin.de 31.03.2021.

[9] Werner Mussler: Richtung Impf-Autarkie. Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.04.2021.

[10] So stehen die Gewinnchancen der Impfstoffhersteller. manager-magazin.de 31.03.2021.

[11] Eva Müller, Martin Noé: Investoren wollen Biontech zum Pharmakonzern ausbauen. manager-magazin.de 21.01.2021.

[12] Christoph Höland: mRNA-Technologie: Eine Goldgrube für den Standort Deutschland? rnd.de 02.03.2021.

[13] Moritz Koch, Torsten Riecke: Die Tragödie in Indien heizt die Debatte um Patent-Freigaben von Impfstoffen an. handelsblatt.com 26.04.2021.

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8581/>

Corona-Pandemie: Verlierer und Gewinner

Netti Tügel: Das Tabu. Arme sterben im Durchschnitt früher – und besonders häufig an Covid-19, doch in Deutschland interessiert das kaum. *In sozial benachteiligten Regionen lag die Sterblichkeit während der zweiten Corona-Welle in Deutschland um 50 bis 70 Prozent höher als in Regionen mit geringer sozialer Benachteiligung. Mit einem schnöden [Informationsblatt](#) teilte das Robert-Koch-Institut Mitte März auf seiner Webseite dies mit und bestätigte: Nicht nur die sozialen Folgen von Corona sind extrem ungleich verteilt, sondern auch die Risiken, an Covid zu erkranken, einen schweren Verlauf zu haben oder zu sterben.* [Analyse & Kritik Nr. 670](#) vom 20.04.2021

Coronavirus: Mehr Infizierte und Tote unter finanziell Benachteiligten - 17.4.21. [zeit.de](#)

Christoph Butterwege: Pandemie der sozialen Ungleichheit - Covid-19 mehrt Armut und Reichtum [Artikel](#)

Sebastian Friedrich / Nina Holz: Klassenkämpfe während Corona - und Perspektiven danach. Schlaglichter auf die Lage der Beschäftigten in „systemrelevanten Berufen. Aus: [Zeitschrift LUXEMBURG, Februar 2021](#) Während sich einige größtenteils ins Homeoffice zurückziehen konnten, mussten Beschäftigte in sogenannten systemrelevanten Berufen, etwa Lieferfahrer*innen, Logistikarbeiter*innen und Fleischfabrikbeschäftigte, weiterhin draußen arbeiten – oft unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen und mit vergleichsweise geringem Lohn. Die Arbeitsbedingungen haben sich unter den Vorzeichen der Pandemie häufig verschlechtert. Gleichzeitig stieg das öffentliche Interesse für die Beschäftigten und ihre Situation in systemrelevanten Branchen. Das stärkt potenziell ihre Arbeitsmacht und damit die Voraussetzungen für Arbeitskämpfe. Aber können sie die auch nutzen? Und wenn ja, in welcher Weise?

ISW-Wirtschaftsinfo: Marcus Schwarzbach:

Corona: Profite zuerst – statt Gesundheit

Der „Lockdown“ verschleierte, dass in Betrieben durchgehend weitergearbeitet wurde und wird, nicht nur in Einzelhandel, Pflege oder Krankenhaus, sondern auch in der Produktion, in Banken und Versicherungen. ... Und auch, wo es möglich wäre, schickten viel zu wenige ihre Angestellten ins Homeoffice. (...) Im Infektionsschutz-Gesetz, dem „Dritten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ gibt es keine Regelungen zu Unternehmen. (16 Seiten)

Die Not der kleinen Läden, Künstler und Selbstständigen

Bis auf die erste Soforthilfe im April 2020 kommen die meisten Hilfen nicht an oder können nicht beantragt werden. November- und Dezemberhilfen kommen für Unternehmen, die erst ab Mitte Dezember 2020 schließen mussten (z.B. Einzelhandel) nicht infrage. (...) Die Finanzhilfen sind Zuschüsse zu den Betriebskosten, wie

Der unendliche Ausnahmezustand

Norman Paech: Der unendliche Ausnahmezustand (Teil 1) Erwünschte und unerwünschte Ängste im Corona-Lockdown: Ignorierte Kollateralschäden und Gründe der Akzeptanz für die "epidemische Lage von nationaler Tragweite".

Der Widerstand der Juristen (Teil 2)

Gesetzgebung im Corona-Lockdown: Sinn von Grundrechten ist nicht, dass Gerichte staatliches Handeln korrigieren müssen. [[Webseite von Norman Paech](#)]

Impfstoffe - für wen?

Hände weg von unseren Kindern! Nein zum Impfwang! - Stellungnahme kritischer Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftler zur Impfung von Kindern – [Nachdenkseiten](#)

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat an reiche Nationen appelliert, **Corona-Impfstoff an ärmere Länder zu spenden** statt jetzt damit Kinder zu impfen. Derzeit stünden **nur 0,3 Prozent** des globalen Angebots an Impfstoffen Ländern mit niedrigem Einkommen zur Verfügung, sagte WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus am Freitag in Genf. In vielen Ländern seien noch nicht einmal medizinisches Personal und Pflegerinnen gegen Covid-19 geschützt. „Ich verstehe, warum manche Länder ihre Kinder und Jugendlichen impfen wollen. Aber zu diesen Zeitpunkt bitte ich sie dringend, dies zu überdenken,“ sagte Tedros. Die Dosen sollten **besser der Initiative Covax zur Verfügung gestellt werden**. Das Projekt, an dem die WHO führend beteiligt ist, hat eine **gerechte globale Verteilung** von Impfstoffen zum Ziel. [dw.com](#)

Jetzt Patentfreigabe durchsetzen! Die zeitweise Aussetzung der Patente würde eine schnellere und bedarfsorientierte Produktion von Covid-19 Medizinprodukten durch mehr Hersteller ermöglichen. Es wäre endlich möglich, Engpässe bei der Herstellung und Verteilung medizinischen

der Miete, Strom, Heizung, Telefon von Geschäftsräumen. Die private Miete der Wohnung oder Kosten für Lebensmittel – alle privaten Ausgaben sind gar nicht vorgesehen. Für Gewerbetreibende kommt aber meist Hartz IV auch nicht infrage. Wenn sie Fahrzeuge (zum Ausliefern) haben, einen Warenbestand, ein Haus oder anderes Eigentum, was oftmals das Gewerbe oder den Laden erst möglich macht, müsste dieses veräußert werden, um Hartz IV beantragen zu können. (...)

Wer sind eigentlich die großen Gewinner dieser Corona-Entwicklung? Die Google-Mutter Alphabet verzeichnet für 2020 182,5 Mrd. Dollar Umsatz sowie 40,3 Mrd. Gewinn. Bei Facebook stieg der Umsatz um 22 Prozent. Der große Gewinner ist Amazon. Der Gewinn verdoppelte sich fast auf 21,3 Milliarden Dollar. Das Unternehmen erzielte einen Rekordumsatz weltweit von 386 Mrd., das entspricht einer Steigerung um 38 Prozent, im Allgemeinen zahlt es trotzdem keine Unternehmenssteuern in der EU und auch keine Bundeseinkommenssteuer in den USA. [Nachdenkseiten](#) 24.5.2021

Heftiger Streit über neues Bevölkerungsschutzgesetz (= "Infektionsschutzgesetz) im Bundestag am 16.4.2021 Abstimmung am 21.4.2021 - "Die Koalitionsfraktionen hatten am Montag, 19. April, im federführenden Gesundheitsausschuss einen 22-seitigen Änderungsantrag zu ihrem eigenen Gesetzentwurf eingebracht, der mit Koalitionsmehrheit gegen die Stimmen der AfD, der FDP und der Linken bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen angenommen wurden." - [Mehr](#)

Materials, Medikamenten und Impfstoffen aufzufangen. Außerdem könnten die derzeit hohen Preise für Medikamente, Impfstoffe und Tests reduziert werden. <https://makethemsign.eu/>

Aufhebung der Patente - The time is now - Medico

Die USA haben mit ihrem Bekenntnis die EU massiv unter Druck gesetzt (...) Die nun hoffentlich bevorstehende, temporäre Aussetzung setzt das nächste Ziel auf die Agenda: Das TRIPS-Abkommen gehört abgeschafft. Die Vorschläge dafür liegen seit Jahren auf dem Tisch. Und nach der Pandemie geht es erst richtig los, dann geht es um die Einführung eines internationalen Vertrages, in dem sich Regierungen zur verpflichtenden, koordinierten Forschung und Entwicklung für neue unentbehrliche Medikamente, Diagnostika und Impfstoffe bekennen.

Das in den Köpfen verankerte Mantra der Pharmaindustrie – ohne Patente keine Innovation – wackelt. Und wenn wir schon dabei sind, bringen wir auch den Aufbau von öffentlichen und frei zugänglichen Gesundheitssystemen wieder auf die globale Agenda und fordern Lebens- und Arbeitsbedingungen ein, die das Recht auf bestmögliche Gesundheit erfüllen. Aber heute freuen wir uns erstmal. (6.5.2021)

Halten die Patente? Wie die Pharmaindustrie ihre Interessen auf Kosten der Weltgesundheit schützt. Von Dr. Andreas Wulf

Alain Badiou

Abschaffung des Privateigentums!

ZUR GEGENWÄRTIGEN LAGE

Eine rationale politische Beurteilung der gegenwärtigen Lage ist zu einer echten Seltenheit geworden. Zwischen der katastrophenhaften Verkündigung eines ungewollt religiösen Teils der Umweltbewegung (wir stehen kurz vor dem Jüngsten Gericht) und den Phantasmagorien einer fassungslosen Linken (wir sind Zeitgenossen beispielhafter „Kämpfe“, unwiderstehlicher „Massenbewegungen“ und des „Zusammenbruchs“ des krisengeschüttelten liberalen Kapitalismus) **versagt die rationale Orientierung, und eine Art mentales Chaos, sei es aktivistisch oder entmutigt, macht sich überall breit.** Ich möchte hier einige Überlegungen einwerfen, sowohl empirische als auch präskriptive. Quasi weltweit befinden wir uns seit einigen Jahren, ohne Zweifel seitdem, was „Arabischer Frühling“ genannt wurde, in einer Welt, in der es **vor Kämpfen wimmelt**, genauer gesagt: vor Massenmobilisierungen und vor Massenversammlungen. Ich schlage vor zu sagen, dass die allgemeine Lage subjektiv von dem geprägt ist, was ich „mouvementisme“¹ nennen würde, d. h. die weithin geteilte Überzeugung, dass es großen Volksansammlungen zweifellos gelingen wird, die Situation zu ändern. Wir sehen dies von Hongkong bis Algier, vom Iran bis Frankreich, von Ägypten bis Kalifornien, von Mali bis Brasilien, von Indien bis Polen und an vielen anderen Orten und in vielen anderen Ländern.

Alle diese Bewegungen scheinen mir ausnahmslos drei Merkmale aufzuweisen:

1. Sie sind gemischt in ihrer sozialen Herkunft, dem Anlass ihrer Revolte und in ihren spontanen politischen Überzeugungen. Dieser vielförmige Aspekt erklärt auch ihre Anzahl. Es sind keine Arbeitergruppen, keine Demonstrationen der Studentenbewegung, keine Revolten von steuergeprellten Ladenbesitzern, keine feministischen Proteste, keine ökologischen Prophezeiungen, keine regionalen oder nationalen Dissidenzen, keine Proteste von denen, die man Migranten nennt, und die ich nomadische Proletarier nenne. Es ist ein bisschen von all dem, unter der rein taktischen Dominanz einer oder mehrerer dominanter Tendenzen, je nach Ort und Umständen.

2. Daraus folgt, dass die Einheit dieser Bewegungen rein negativ ist, und im gegenwärtigen Zustand der Ideologien und Organisationen auch nur rein negativ sein kann. Diese Negation bezieht sich selbstverständlich auf disparate Realitäten. Man kann sich gegen das Vorgehen der chinesischen Regierung in Hongkong auflehnen, gegen die Machtergreifung durch Militärcliquen in Algier, gegen den Würgegriff der religiösen Hierarchie im Iran, gegen persönliche Willkür in Ägypten, gegen die Umtriebe der nationalistischen und rassistischen Reaktion in Kalifornien, gegen das Vorgehen der französischen Armee in Mali, gegen den Neofaschismus

in Brasilien, gegen die Verfolgung von Muslimen in Indien, gegen die rückständige Stigmatisierung von Abtreibung und nicht-konventioneller Sexualitäten in Polen und so weiter. Aber nichts anderes ist in diesen Bewegungen vorhanden, insbesondere nichts, was ein allgemeiner Gegenvorschlag wäre. **In Ermangelung eines gemeinsamen politischen Vorschlags,** der eindeutig von den Zwängen des zeitgenössischen Kapitalismus entbunden ist, endet die Bewegung schließlich darin, ihre negative Einheit gegen einen Eigennamen auszuüben, in der Regel den des Staatsoberhauptes. Man läuft vom Ruf „Mubarak hau ab“ vorbei an „Modi du Rassist, geh weg“, „Trump raus!“, „Bouteflika, tritt zurück“ zu „Faschist Bolsonaro, vor die Tür“. Ohne natürlich die Beschimpfungen, Rücktrittsforderungen und persönliche Stigmatisierung unseres natürlichen Ziels hier bei uns zu vergessen, das niemand anderes ist als der kleine Macron. Ich schlage deshalb vor zu sagen, dass all diese Bewegungen, all diese Kämpfe letzten Endes „dégagismes“² sind. Man will, dass der amtierende Machthaber abhaut, ohne die geringste Vorstellung davon zu haben, weder davon wer ihn ersetzen wird, noch von dem Verfahren durch das man versichert sein wird, dass sich die Situation ändert, angenommen, dass er tatsächlich abhaut. Alles in allem trägt die Verneinung, die eint, in sich keine Affirmation, keinen schöpferischen Willen, keine aktive Konzeption der Analyse der Situationen und dessen, was eine neue Art von Politik sein kann oder sein müsste. In Ermangelung all dessen ist sie das Signal für das Ende der Bewegungen in Richtung dieser endgültigen Form ihrer Einheit, die darin besteht, sich gegen die polizeiliche Unterdrückung zu wehren, deren Opfer sie waren, gegen die Polizeigewalt, die sie konfrontieren mussten. Alles in Allem, die Negation ihrer Negation durch die Autoritäten. Ich habe dies bereits im Mai 68 erlebt, als man mangels gemeinsamer Bekräftigungen, zumindest zu Beginn der Bewegung, gemeinsam in den Straßen rief: „CRS, SS!“³. Glücklicherweise gab es in der Folge – nach dem das Primat des aufständisch Negativen *passé* war – noch interessantere Dinge, aber freilich zum Preis einer Konfrontation zwischen gegensätzlichen politischen Konzeptionen, zwischen verschiedenen Affirmationen.

3. Heute läuft der ganze planetarische „mouvementisme“ auf lange Sicht nur auf eine verstärkte Aufrechterhaltung der bestehenden Macht oder auf rein oberflächliche Veränderungen hinaus, die sich als schlimmer erweisen können als das, wogegen man vorher revoltierte. Mubarak ist abgehauen, aber Al Sissi, der ihn ersetzt, ist eine andere, vielleicht schlimmere Version der Militärmacht. Chinas Griff nach Hongkong wurde schließlich verstärkt, mit Gesetzen, die denen in Peking angeglichen wurden und Massenverhaftungen von Aufständischen. Die religiöse Kamarilla im Iran ist intakt. Den aktivsten Reaktionen wie

Modi oder Bolsonaro oder der polnischen Klerikalenclique geht es sehr gut, Danke. Und der kleine Macron steht heute mit 43% Zustimmung nicht nur bei weitem besser da, als zu Beginn der Kämpfe und Bewegungen, sondern sogar besser als seine Vorgänger, die sich am Ende ihrer Amtszeit, sei es der sehr reaktionäre Sarkozy, sei es der sehr sozialistische, hasenhäutige Hollande, auf etwa 20% an zustimmenden Meinungen stützen konnten.

Deshalb drängt sich mir ein historischer Vergleich auf.

In den Jahren zwischen 1847 und 1850 gab es in einem großen Teil Europas große Arbeiter- und Studentenbewegungen, große Massenproteste gegen die despotische Ordnung, die seit der Restauration von 1815 aufgebaut und nach der Französischen Revolution von 1830 subtil konsolidiert worden war. In Ermangelung einer festen Vorstellung davon, was jenseits einer aufbrausenden Negation die Repräsentation einer grundlegend anderen Politik sein könnte, diente die ganze Hektik der Revolutionen von 1848 nur dazu, eine neue regressive Sequenz zu eröffnen. Insbesondere in Frankreich war das Ergebnis die endlose Regierungszeit eines für den entstehenden Kapitalismus charakteristischen Generalbevollmächtigten: Napoleon III, alias, nach Victor Hugo, Napoleon der Kleine.

Jedoch zogen Marx und Engels, die an den Aufständen in Deutschland teilgenommen hatten, 1848 die Lehren aus der ganzen Affäre, sowohl in historisch-analytischen Texten wie dem Zeitungsbuch „*Les luttes de classe en France*“⁴, als auch letztendlich affirmativ in jenem Handbuch, das in gewisser Weise ein für alle Mal umschreibt, wie eine völlig neue Politik aussehen muss, und das den Titel „**Manifest der Kommunistischen Partei**“ trägt. Um diese affirmative Konstruktion herum, die das „Manifest“ einer Partei trägt, die nicht existiert, die aber existieren muss, beginnt langfristig eine andere Geschichte der Politik. Marx würde es wieder tun und dreiundzwanzig Jahre später die Lehren aus einem bewundernswerten Versuch ziehen, dem über seine heroische Verteidigung hinaus wieder einmal die effiziente Organisation seiner affirmativen Einheit fehlte, nämlich der **Pariser Kommune**.

Selbstverständlich sind unsere Umstände ganz anders! Aber ich glaube, dass sich heute alles darum dreht, dass **negative Losungen und Abwehrmaßnahmen endlich einer klaren und synthetischen Vision unserer eigenen Ziele untergeordnet werden müssen**. Und ich bin überzeugt, dass wir, um dies zu erreichen, uns auf jeden Fall an das erinnern müssen, was Marx zum Resümee all seiner Überlegungen erklärt hat. Ein Resümee, das sicherlich auch negativ ist, aber nur in dem Maß, dass es eine grandiose Affirmation unterstützt.

Es handelt sich dabei um die Losung „Abschaffung des Privateigentums“.

Bei genauerem Hinsehen sind die Losungen wie „Verteidigung unserer Freiheiten“ oder „Gegen Polizeigewalt“ streng konservativ. Die erste impliziert, dass wir in der etablierten Ordnung echte Freiheiten zu verteidigen haben, während

unser zentrales Problem darin bestehen müsste, dass **Freiheit ohne Gleichheit nur eine Attrappe ist**. Wie könnte sich der nomadische Proletarier ohne legale Papiere, dessen Kommen zu uns ein grausames Epos ist, als „frei“ bezeichnen, im gleichen Sinne wie der Milliardär, der die wirkliche Macht innehat, Besitzer eines Privatflugzeugs und dessen Piloten ist und durch das Wahlkampfschaufenster seines Generalbevollmächtigten im Staat geschützt wird? Und wie kann man sich vorstellen, wenn man ein konsequenter Revolutionär ist, wenn man den affirmativen und rationalen Wunsch nach einer anderen Welt als der umkämpften hat, dass die Polizei der herrschenden Macht immer freundlich, höflich und friedlich sein kann? Soll sie den Aufständischen, von denen einige verummummt und bewaffnet sind, doch sagen: „Der Weg zum Elysée? Das große Tor, in der Straße rechts.“

Es wäre besser, zum Kern der Sache zurückzukehren: das Eigentum. Die allgemeine vereinheitlichende Losung kann affirmativ sofort lauten: „**Kollektivierung des gesamten Produktionsprozesses**“. Sein negatives Zwischenkorrelat in unmittelbarer Reichweite kann „*die Abschaffung aller vom Staat seit 1986 beschlossenen Privatisierungen*“ sein. Eine gute, rein taktische Losung, die denen Arbeit gibt, die von dem Wunsch nach Negation beherrscht werden, könnte lauten: Wir richten uns in den Räumlichkeiten eines sehr wichtigen Ressorts des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen ein, das den Namen *Commission des participations et des transferts* [Kommission für Beteiligungen und Transfers] trägt. Tun wir dies in dem Wissen, dass dieser esoterische Name, „Beteiligungen und Transfers“, nur die transparente Maske der 1986 geschaffenen *Commission de la privatisation* [Privatisierungskommission] ist. Und lasst uns bekannt geben, dass wir in dieser Privatisierungskommission bleiben werden, bis jede Form von Privateigentum an allem, was in irgendeiner Weise ein Gemeingut ist, verschwunden ist.

Schon allein durch die Popularisierung dieser Ziele, sowohl strategischer als auch taktischer Art, würden wir dann, glaubt mir, eine andere Epoche nach der der „Kämpfe“, „Bewegungen“ und „Proteste“ eröffnen, deren negative Dialektik dabei ist sich zu erschöpfen und die uns erschöpft. Wir wären die Pioniere eines neuen Massenkommunismus, dessen „Gespenst“, um wie Marx zu sprechen, zurückkehren und nicht nur Frankreich oder Europa, sondern die ganze Welt heimsuchen würde. (11. Dezember 2020)

1. Von Badiou geschaffener Neologismus. Abgeleitet von „mouvement“, politische Bewegung.

2 Von „dégage!“, wörtlich: „Hau Ab!“, „Verzieh dich!“. Eine „Rücktrittsforderungsbewegungen“.

3 Die auch heute noch gebräuliche Parole richtet sich gegen die *Compagnies républicaines de sécurité – CRS* – (Republikanische Sicherheitskompagnien), einer kasernierten Polizeieinheit, deren Einsatzgebiet dem der deutschen Bereitschaftspolizeien entspricht.

4 Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850, MEW Bd. 7.

Quelle: [Zur gegenwärtigen Lage » non.copyriot.com](https://www.non-copyriot.com)

Zeit für einen demokratischen Reset

Globale Krisen brauchen Global Governance im öffentlichen Interesse

Offener Brief an die globale internationale Gemeinschaft. Der Brief wird im Vorfeld des [Weltwirtschaftsforums](#) (WEF), das im August 2021 in Singapur stattfinden soll, veröffentlicht. Bisherige [Unterschriften](#).

Wir, die Unterzeichner, schließen uns in einer Zeit beispielloser globaler Herausforderungen zusammen, um öffentlich **die Einmischung von Unternehmen in die Global Governance und die Privatisierung demokratischer Entscheidungsfindung auf allen Ebenen anzuprangern.**

Die Welt steht vor einer Reihe ineinandergreifender und noch nie dagewesener Krisen: eine zunehmende Gesundheitskrise, eine sich entfaltende Wirtschaftskrise, eine von sozialer Spaltung und Hass geprägte Krise, die von nationalistischen und rassistischen Kräften geschürt wird, und eine globale Umweltkrise, die das Leben auf der Erde bedroht. Die Lösungen für diese grundlegenden Krisen können nur aus demokratischen Entscheidungsprozessen kommen, die auf den Prinzipien der Beteiligung der Bevölkerung, der Rechenschaftspflicht in Bezug auf die Menschenrechte, der globalen Zusammenarbeit und dem öffentlichen Interesse basieren. Stattdessen sehen wir, wie Regierungen die Beteiligung der Öffentlichkeit einschränken, während sie die Rolle der Konzerne bei der Steuerung von Schlüsselbereichen des Lebens – vom Wasser bis zur Gesundheit – stärken. Weltweit ziehen sich Regierungen in nationalistische Bunker zurück oder übergeben die Kontrolle an sogenannte Multistakeholder-Gremien, die von Konzerninteressen dominiert werden.

Diese Multistakeholder-Gremien werden als agile Entscheidungsgremien verkauft, die „alle an einen Tisch bringen“. In Wirklichkeit fehlt es ihnen an grundlegenden Prinzipien demokratischer Rechenschaftspflicht, sie erlauben denjenigen mit den meisten Ressourcen, die Entscheidungsfindung zu dominieren, und bringen „Lösungen“ hervor, die selten denjenigen zugutekommen, die am stärksten von unseren aktuellen Krisen betroffen sind.

Die Reaktion der Weltgemeinschaft auf die COVID-19-Pandemie ist typisch. **Die reichsten Länder** haben sich beeilt, exklusive Verträge mit privaten Pharmaunternehmen abzuschließen, um so viele Impfstoffe wie möglich für ihre eigenen Bevölkerungen zu sichern. Derweil wurde die Verantwortung für die Verteilung der Impfstoffe an die Ärmsten an eine **neue Multistakeholder-Gruppe, COVAX**, ausgelagert, die als finanzieller Vermittler zwischen Impfstoffherstellern, der Gates Foundation und den Gesundheitsbedürfnissen der Weltbevölkerung fungiert. **Dieses Modell hat die langjährigen humanitären Hilfssysteme, die von den Vereinten Nationen (UN) organisiert wurden, aufge-**

geben und konnte die grassierende Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Impfstoffen nicht verhindern und den globalen Bedarf nicht decken. Bis Mitte Januar 2021 hat COVAX benötigte Impfstoffe nicht an Menschen in einkommensschwachen Ländern geliefert, während in den reichsten Ländern 39 Millionen geimpft wurden – in den Augen des Generaldirektors der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein „*katastrophales moralisches Versagen*“. Es ist auch ein Versagen der privatisierten Global Governance.

Im Zuge der Pandemie hat das WEF einen „Great Reset“ gefordert. Dabei ist Multistakeholder-Governance eine seiner Hauptforderungen, für die sich dieses von Unternehmen geführte Forum seit seiner Gründung einsetzt. Die Beteiligten versuchen daher, die aktuelle Krise zu nutzen, um ein Governance-Modell zu etablieren, das die Interessen transnationaler Konzerne begünstigt. Die Forderungen dieses weltweit führenden unternehmensfreundlichen Forums sollten mit gesunder Skepsis betrachtet werden, da es die Interessen eines privilegierten Sektors vertritt. Stattdessen haben **die UN** ihre Türen für das Weltwirtschaftsforum geöffnet, indem sie ein strategisches Partnerschaftsabkommen mit ihm unterzeichnet haben, das einen noch nie dagewesenen Zugang zum UN-System ermöglicht (1).

Der „Great Reset“ des WEF sollte treffender als „Great Take Over“ bezeichnet werden.

Der Kampf um effektive, demokratische Institutionen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene ist daher heute eine unserer größten Herausforderungen. Wir können nicht zulassen, dass Entscheidungen über jeden Aspekt unseres Lebens von privaten Profitinteressen statt vom Gemeinwohl bestimmt werden. Deshalb schließen wir uns zu einer Mobilisierung zusammen, um die **Einmischung von Unternehmen in kritische politische Entscheidungsfelder zu stoppen**, die für die Verteidigung des Gemeinwohls unerlässlich sind.

Wir fordern, dass Staaten, nichtstaatliche Akteure und die Zivilgesellschaft die Schaffung von Multistakeholder-Mechanismen stoppen und einen partizipativen, auf die Menschen ausgerichteten Multilateralismus verteidigen. Wir fordern die Staaten auf, dringend ihre legitime und verpflichtende Verantwortung wahrzunehmen, eine partizipative Regierungsführung im öffentlichen Interesse sicherzustellen.

Wir fordern eindringlich folgende Sofortmaßnahmen

– **Gesundheitskrise:** eine globale Konferenz der WHO mit signifikanter zivilgesellschaftlicher Beteiligung und unter Ausschluss der Konzerne, insbesondere der großen Pharmakonzerne und der mit ihnen liierten Wirtschaftsverbände und Tarnorganisationen. Sie sollte darauf abzielen, zu verbindlichen Verpflichtungen zu kommen, in Übereinstimmung mit den Befugnissen der WHO zur Anbahnung von Verträgen und in Anlehnung an das bewährte Modell des Rahmenübereinkommens der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (WHO FCTC).

– **Ernährung und Landwirtschaft:** eine internationale politische Antwort auf die Hungerkrise im Zusammenhang mit COVID-19 seitens des UN-Ausschusses für Welternährungssicherheit (CFS). Wir brauchen eine radikale Transformation der industriellen und von Konzernen kontrollierten Ernährungssysteme hin zu gesünderen, nachhaltigeren und gerechteren Ernährungssystemen, die auf Ernährungssouveränität, agrarökologischen Prinzipien und den Menschenrechten und den Rechten der Völker basieren. Wir rufen Regierungen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Wissenschaftler*innen dazu auf, den UN-Welternährungsgipfel und die zahlreichen Multistakeholder-Räume zu Ernährung und Landwirtschaft wegen ihrer grundsätzlichen Orientierung an Konzerninteressen und wegen der Ausgrenzung des CFS in Frage zu stellen. (2)

– **Bildung:** signifikante Erhöhung der staatlichen Mittel für kostenlose öffentliche Bildung; Erweiterung der Steuerbasis, um kostenlose, qualitativ hochwertige Bildung für alle zu ermöglichen und den Trend zur Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung zu beenden.

– **Digitale Rechte:** ein neuer globaler demokratischer Governance-Mechanismus für Fragen und Maßnahmen im Bereich digitaler Systeme, auf der Grundlage der Arbeit eines neuen multilateralen Gremiums, das Entwicklungsländer und Bürger*innenbewegungen seit 2015 fordern. (3)

– **Klima:** Die Regierungen müssen sofort handeln und Konzerne, die die Klimakrise und den Verlust der biologischen Vielfalt vorangetrieben haben, sowie ihre Vertreter*innen von den Verhandlungen über den Klimavertrag (UNFCCC) und den Verhandlungen über die Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) auszuschließen, auch von den 2021 stattfindenden Verhandlungen.

Wir fordern die Regierungen auf:

- 1) eine Interessenkonfliktpolitik voranzutreiben, die die globale Klimapolitik vor der Einmischung der großen Umweltschmutzer und derjenigen, die sie vertreten, schützt und die Regierungen verpflichtet, Maßnahmen zum Schutz der Politikgestaltung auf nationaler Ebene zu ergreifen,
- 2) den Industrien, die fossile Brennstoffe fördern, verarbeiten und verkaufen, und solchen, die die Klimakrise verschärfen, die Einflussnahme auf klimapolitische Konferenzen zu verbieten,
- 3) die Versuche der Konzerne zurückzuweisen, sich in solche Verhandlungen einzuschleusen, und
- 4) die Forderung zu unterstützen, die Konzerne für die Auswirkungen der jahrzehntelangen Einmischung in die Klimapolitik zur Verantwortung zu ziehen.

– **Eine sofortige Beendigung der strategischen Partnerschaft zwischen UN und WEF**, die von mehr als 400 Organisationen im September 2019 gefordert wurde. (1)

Originaltext und mehr: [tni.org](https://www.tni.org), 26. Januar 2021

Übersetzung und Anmerkungen von der SiG-Redaktion

(1) <https://www.publiceye.ch/de/standpunkte/bluwashing-30-das-wef-hat-die-uno-gekapert-und-niemand-merkt>.

Offener Brief, September 2019; Übersetzung: in [SiG 133](#) (S. 16/17).

(2) <https://www.publiceye.ch/de/standpunkte/die-welt-ernaehren-mit-dem-wef>,

https://www.foodsovereignty.org/wp-content/uploads/2020/02/EN_Edited_draft-letter-UN-food-systems-summit_070220-4.pdf?idU=3.

(3) Offener Brief von 170 Organisationen:

<https://justnetcoalition.org/big-tech-governing-big-tech-german.pdf>.

Powerpoint-Präsentationen

[1. Where we are now with the global governance of TNCs](#)

[2. Where we are now with the emergence of multistakeholderism](#)

[3. Global governance without TNCs: a conversation starter](#)

Grünes JEIN zu CETA?

2015 demonstrierten die Grünen noch Seite an Seite mit hunderten Menschen gegen Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP.

Sechs Jahre später ist diese Haltung Geschichte.

Im Wahlprogramm der Grünen für die Bundestagswahl findet sich kein Nein zu CETA mehr.

Stattdessen befürworten die Grünen jetzt die vorläufige Anwendung von CETA. Das Problem: Auch die vorläufige Anwendung schafft Fakten und umgeht die parlamentarische

Kontrolle. Schon jetzt tagen sogenannte CETA-Vertragskomitees unter Ausschluss der Öffentlichkeit, die weitreichende Entscheidungen über Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherstandards treffen können.

Wir fordern vom Grünen-Bundesvorstand ein klares Nein zu CETA im Wahlprogramm! Dieses Abkommen gefährdet unsere Demokratie und muss gestoppt werden. <https://www.foodwatch.org/de/mitmachen/gruene-wort-halten-ceta-stoppen/> Mehr: <https://attacberlin.de/ags/pg-gerechter-welthandel-nottip/gruenes-jein-zu-ceta>

Walden Bello

Nach dem Neoliberalismus ... Was?

*Der Neoliberalismus liegt im Sterben, und nur die radikale Linke und die extreme Rechte stehen als Anwärter*innen bereit, ein neues System herbeizuführen, erklärte der Soziologieprofessor und Träger des Alternativen Nobelpreises Walden Bello bei der jüngsten Klimakonferenz.*

Die Coronapandemie ist bereits die zweite größere Krise der Globalisierung innerhalb eines Jahrzehnts. Die erste war die globale Finanzkrise von 2008-2009, nach der es Jahre dauerte, bis sich die Weltwirtschaft auch nur ansatzweise davon erholen konnte.

In der Krise von 2008 ging ein Papiervermögen im Wert von mehreren Billionen Dollar in Rauch auf, doch wurden um die außer Kontrolle geratenen Finanzakteur*innen, die die Krise ausgelöst hatten, kaum Tränen vergossen. Die Auswirkungen auf die reale Wirtschaft waren umso schwerwiegender. Viele Millionen Menschen verloren ihre Arbeitsplätze – allein in China betraf das in der zweiten Jahreshälfte 2008 ganze 25 Millionen Menschen. Der Luftfrachtverkehr ging in nur einem Jahr um 20 Prozent zurück (was gut für das Klima war). Globale Versorgungsketten, deren Glieder sich vielfach in China befanden, erlitten schwerwiegende Unterbrechungen. Der *Economist* lamentierte: "[Die Integration der Weltwirtschaft befindet sich an nahezu jeder Front im Rückzug.](#)"

Doch entgegen den Erwartungen des *Economist* und zum Bedauern derjenigen, die die Krise der Globalisierung begrüßt hatten, wurden mögliche Reformen rasch beiseitegeschoben und man kehrte nach dem Tiefpunkt der Rezession 2009 umgehend zum *business as usual* zurück. Auch wenn die Welt in eine Phase eintrat, die orthodoxe Ökonomen und Ökonomen als "säkulare Stagnation" (*secular stagnation*) bezeichnen, ein langsames Wachstum also mit anhaltend hoher Arbeitslosigkeit, nahmen die exportorientierte Produktion über klimaschädliche globale Versorgungsketten und der Welthandel ihren Vormarsch wieder auf.

Konnektivität: das neue Schlagwort

Waren die Kohlendioxidemissionen in den tiefsten Krisenzeiten rückläufig, so haben sie jetzt ihren Aufwärtstrend wieder aufgenommen. Der Luftfrachtverkehr nahm wieder zu und die Zahl der Flugreisen ist noch gigantischer gestiegen. Nach einem Rückgang von 1,2 Prozent im Jahr 2009 haben Flugreisen zwischen 2010 und 2019 jährlich um 6,5 Prozent zugenommen. Die "Konnektivität" im Transport und insbesondere im Lufttransport galt als Schlüssel für die erfolgreiche Globalisierung. Wie es der Generaldirektor der mächtigen [Internationalen Luftverkehrs-Vereinigung](#) IATA formulierte:

"Ein Rückgang der Nachfrage nach Konnektivität im Flugbetrieb setzt qualitativ hochwertige Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Aktivität aufs Spiel, die von der globalen Mobilität abhängt. [...] Die Regierungen müssen verstehen, dass die Globalisierung unserer Welt in gesellschaftlicher

und wirtschaftlicher Hinsicht zu Wohlstand verholfen hat. Wenn Globalisierung mit Protektionismus verhindert wird, gehen Chancen verloren."

China, Globalisierung und Konnektivität

Die Globalisierung mag eine Erholung verbucht haben, so fragil diese auch sein mag – doch kommen sie die Finanzkrise und die darauffolgende globale Stagnation hinsichtlich ihrer Legitimation teuer zu stehen, insbesondere in den USA und Europa, wo Bewegungen der Rechten die Situation ausgenutzt haben, um eine nationalistische Wirtschaftsagenda voranzubringen. In der Zwischenzeit ergriff China angesichts des Rückzugs des Westens in den wirtschaftlichen Nationalismus und Isolationismus die Gelegenheit, um sich selbst als neuen Champion der Globalisierung zu präsentieren. Im Januar 2017 erklärte Präsident Xi Jinping in Davos, dass "die Weltwirtschaft der große Ozean ist, dem man nicht entkommen kann" und in dem China "schwimmen gelernt" hatte. Er forderte die politischen und wirtschaftlichen Köpfe der Welt auf, "sich an die Globalisierung anzupassen und sie zu lenken, ihre negativen Auswirkungen abzufedern und ihre Vorteile in alle Länder und alle Nationen zu bringen."

Darüber hinaus bot Xi an, seine Worte mit einem eine Trillion USD schweren Mega-Programm zu untermauern: der *Belt and Road Initiative* (BRI), die die sagenumwobenen "Seidenstraßen" heraufbeschwor, die in der frühen Neuzeit den Handel zwischen China und Europa geprägt hatten. Dieses ambitionierte Programm, das den Bau von Dämmen, Straßen und Eisenbahnlinien, den Einsatz von Kohlekraftwerken und extraktive Vorhaben umfasst, sollte das unterstützen, was Peking als "globale Konnektivität" bezeichnet. Obwohl die ursprüngliche Idee darin bestand, Asien mit Europa zu "verbinden", wurde die BRI 2015 für alle Länder der Welt geöffnet, sodass die Rede nun nicht mehr von einem Gürtel und einer Straße war, sondern von vielen Routen, sogar einer "Polar-Seidenstraße".

Doch während die Globalisierungsanhänger*innen Beifall klatschten, waren andere skeptischer. Einige sahen die ganze Angelegenheit schlicht als Exportmethode für das Problem der Überkapazitäten, das die chinesische Schwerindustrie belastete, wobei Länder mit Darlehen in umfangreiche, kapitalintensive Projekte gelockt werden sollten. [Focus on the Global South](#), die Organisation, der ich angehöre, beschrieb die BRI als "anachronistische Übertragung der technokratisch-kapitalistischen, staatssozialistischen und developmentalistischen Mentalität, die den Hoover-Damm in den USA, die massi-

ven Bauprojekte in der stalinistischen Sowjetunion, die Drei-Schluchten-Talsperre in China, den Narmada-Staudamm in Indien und das Wasserkraftprojekt Nam Theun in Laos hervorgebracht hat, ins 21. Jahrhundert. All diese Beispiele zeugen von dem, was Arundhati Roy als 'Krankheit des Gigantismus' der Moderne bezeichnet hat."

Im Jahr 2019, bevor Corona zuschlug, schien es trotz eines sich intensivierenden Handelskrieges zwischen China und den USA noch keine Alternative zur Globalisierung zu geben.

Diese Zeit ist wirklich anders

Der Finanzkrise von 2008 gelang es nicht, der Globalisierung ein Ende zu setzen. Stattdessen brachte sie eine neue Phase der Globalisierung hervor: die "Konnektivität". Doch auch diese Phase ist jetzt vorbei. Da nun Länder die Reisen von Menschen und den Transport von Waren beschränken und globale Versorgungsketten entweder freiwillig oder durch Fakten demontiert werden, lautet die große Frage: Was wird die Globalisierung/Konnektivität als neues "Paradigma" ersetzen?

Krisen führen nicht immer zu großen Veränderungen. Es ist die Interaktion oder Synergie zwischen zwei Elementen, einem objektiven, also einer systemischen Krise, und einem subjektiven, also der psychologischen Reaktion der Menschen darauf, die hierfür entscheidend ist. Die globale Finanzkrise von 2008 war eine tiefgreifende Krise des Kapitalismus, doch hatte das subjektive Element, die Entfremdung der Menschen vom System, noch keine kritische Masse erreicht. Wegen des Booms, der durch schuldenfinanzierte Verbraucher*innenausgaben über die vorangegangenen zwei Jahrzehnte hinweg entstanden war, hat die Krise die Menschen zwar schockiert, doch waren sie weder während der Krise noch unmittelbar danach vom System entfremdet. Heute ist die Lage anders. Die Unzufriedenheit und Entfremdung vom Neoliberalismus waren im globalen Norden bereits hoch, bevor das Coronavirus zuschlug. Dies ist der Unfähigkeit der etablierten Eliten geschuldet, die sinkenden Lebensstandards und die in die Höhe schnellende Ungleichheit in dem trübseligen Jahrzehnt, das auf die Finanzkrise folgte, aufzuhalten. In den USA wurde diese Periode in der öffentlichen Meinung als eine Zeit resümiert, in der die Elite die Rettung der großen Banken der Rettung von Millionen bankrotter Hauseigentümer*innen und der Beendigung der umfassenden Arbeitslosigkeit vorzog, während sich die Erfahrung der Menschen in einem Großteil von Europa, insbesondere in Süd- und Osteuropa, in einem einzigen Wort erfassen lässt: Austerität.

Kurz gesagt: Die Coronapandemie hat sich ihren Weg durch ein bereits destabilisiertes globales Wirtschaftssystem gebahnt, das sich in einer tiefen Legitimitätskrise befindet. Damit ist das subjektive Element, das für eine Veränderung vonnöten ist, die psychologische kritische Masse, nun vorhanden. Sie ist ein Wirbelsturm, der nur darauf wartet, von konkurrierenden politischen Kräften eingefangen zu werden. Die Frage ist, wem das gelingen wird. Das globale Establishment wird natürlich versuchen, die "alte Normalität"

zurückzuholen. Doch wurde mittlerweile schon zu viel Ärger, zu viel Groll, zu viel Unsicherheit freigesetzt. Und es gibt keine Möglichkeit, den Geist zurück in die Flasche zu zwingen. Auch wenn sie überwiegend hinter den Erwartungen zurückblieben, haben die massiven steuerlichen und monetären Interventionen der kapitalistischen Staaten in den Jahren 2020 und 2021 den Menschen gezeigt, was unter einem anderen System mit anderen Prioritäten und Werten möglich ist.

Der Neoliberalismus liegt im Sterben; die Frage ist nur, ob sein Ableben rasant oder "langsam" vonstattengehen wird, wie es Dani Rodrik beschreibt.

Wer wird den Tiger reiten?

Meiner Ansicht nach sind nur die Linke und die extreme Rechte in diesem Wettlauf, ein anderes System herbeizuführen, ernstzunehmende Konkurrenten. Progressive Kräfte haben in den letzten Jahrzehnten eine Reihe aufregender Ideen und Paradigmen für den Weg zu einem wahren Systemwandel entwickelt und hervorgebracht, die über den linken Keynesianismus hinausreichen, der Joseph Stiglitz und Paul Krugman zugeschrieben wird. Zu diesen wahrhaft radikalen Alternativen zählen der Green New Deal, der partizipative Sozialismus, Degrowth, Deglobalisierung, Ökofeminismus, Ernährungssouveränität und "Buen Vivir", das "Gute Leben".

Das Problem ist aber, dass diese Strategien noch nicht in eine kritische Masse überführt wurden. Sie haben keine Bodenhaftung.

Gewöhnlich wird das damit begründet, dass die Menschen "noch nicht dafür bereit" seien. Noch wichtiger ist aber wahrscheinlich die Erklärung, dass die meisten Menschen diese dynamischen Strömungen der Linken noch immer mit Mitte-links assoziieren. An der Basis, wo es darauf ankommt, erkennen die Massen noch nicht den Unterschied, der zwischen diesen Strategien und ihren Fürsprecher*innen auf der einen und den Sozialdemokrat*innen in Europa und der Demokratischen Partei in den USA auf der anderen Seite besteht, die in das diskreditierte neoliberale System verwickelt waren und versucht haben, ihm ein "progressives" Gesicht zu geben. Viele Menschen verorten das Gesicht der Linken noch immer bei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), der Sozialistischen Partei (SP) in Frankreich und der Demokratischen Partei in den USA, deren Vergangenheit wenig inspirierend ist, um es vorsichtig auszudrücken.

Kurz gesagt hat der grundlegende Kompromiss von Mitte-links mit dem Neoliberalismus dem gesamten fortschrittlichen Spektrum geschadet, auch wenn die Kritik des Neoliberalismus und der Globalisierung in den 1990er und 2000er Jahren ursprünglich von der nicht dem Mainstream angehörenden, nichtstaatlichen Linken ausging. Es ist ein trauriges Vermächtnis der Kapitulation gegenüber dem neoliberalen Narrativ, das es entschlossen abzulegen gilt, wenn sich fortschrittliche Kräfte mit der nun überschäumenden Wut und Abneigung der Massen verbinden und sie in eine positive, befreiende Kraft umwandeln wollen.

Vorteil für die extreme Rechte

Unglücklicherweise ist es die extreme Rechte, die derzeit am besten positioniert ist, um die globale Unzufriedenheit für sich auszunutzen, denn selbst vor der Pandemie schon hatten rechtsextreme Parteien damit begonnen, sich Elemente antineoliberaler Haltungen und Programme der unabhängigen Linken opportunistisch herauszupicken – wie zum Beispiel die Kritik der Globalisierung, die Ausweitung des "Wohlfahrtsstaates" und die umfassendere staatliche Intervention in die Wirtschaft – und sie in ein rechtes Bezugssystem zu stellen.

So musste Europa erleben, wie radikale rechte Parteien – darunter Marine Le Pens *Rassemblement National* in Frankreich, die *Dänische Volkspartei*, die *Freiheitliche Partei Österreichs* oder Viktor Orbáns *Fidesz* – sich zumindest rhetorisch von Teilen ihrer alten neoliberalen Programme abwandten, in denen von der Liberalisierung und geringeren Besteuerung die Rede war, die sie einst unterstützt hatten, um nun zu verkünden, sie seien für den Wohlfahrtsstaat und einen höheren Schutz der Wirtschaft vor internationalen Verpflichtungen, wenn auch ausschließlich zugunsten von Menschen mit der "richtigen Hautfarbe", der "richtigen Kultur", der "richtigen" ethnischen Herkunft, der "richtigen Religion". Im Grunde ist dies die alte "nationalsozialistische" Formel, die (rhetorisch) klasseninklusiv, aber rassistisch ist und auf Kulturexklusivismus setzt – was aber leider in unseren schwierigen Zeiten funktioniert, wie die unerwartete Serie von Wahlerfolgen der extremen Rechten zeigt, die große Sektoren der proletarischen Basis der Sozialdemokratie auf ihre Seite gezogen hat.

Und natürlich versprechen rechte Parteien und Regierungsformen auch für das Klima nichts Gutes – was sich in den weltweiten Auswirkungen der vier Jahre einer verleugnenden Klimapolitik von Donald Trump gezeigt hat. Rechtsextreme Parteien in Europa müssen in Klimafragen möglicherweise etwas vorsichtiger sein, weil dort in der Bevölkerung größere Einigkeit über das Klima herrscht, doch lässt sich mit Sicherheit sagen, dass Klimaschutz nicht ihre Priorität ist.

Da die Vereinigten Staaten der "1000-Pfund-Gorilla" der globalen Politik sind, der sogenannte "Anführer der freien Welt", möchte ich kurz ein paar Worte zu den jüngsten Entwicklungen dort sagen. Der Sturm auf das US-Kapitol am 6. Januar unterstreicht die massive Bedrohung, die von der extremen Rechten ausgeht, die jetzt die Republikanische Partei dominiert – einst eine Mitte-rechts-Partei.

Was bei diesen Wahlen besonders auffällt, ist, dass 47,2 Prozent der Wähler*innen für Trump gestimmt haben – trotz seines schrecklichen Missmanagements der Pandemie, seiner Lügen, seiner wissenschaftsfeindlichen Einstellung, seiner Spaltungspolitik und seiner offenkundigen Nähe zu weißen nationalistischen Gruppen wie dem *Ku Klux Klan* und den *Proud Boys*. 2020 erhielt Trump über 11 Millionen Stimmen mehr als 2016.

57 Prozent der weißen Wähler*innen (56 Prozent der Frauen, 58 Prozent der Männer) unterstützten Trump mit ihrer Stimme. Die Solidarität unter Weißen nimmt weiter zu und

ist inzwischen die definierende Ideologie der Republikanischen Partei – mehr noch als die Ablehnung von Steuern, die Opposition gegen Abtreibung und eine uneingeschränkte Verteidigung des Marktes.

In der Tat war die Unterstützung für die Republikanische Partei schon vor Trump überwiegend weiß.

Was Trump in den letzten Jahren als Präsident gelang, war weniger die Transformation einer bereits ethnisch polarisierten Wähler*innenschaft als vielmehr die Mobilisierung seiner rassistischen und faschistischen Basis, die Republikanische Partei nahezu komplett zu übernehmen. Und genau darin liegt jetzt die Gefahr: in der neofaschistischen Mobilisierung durch eine weiße, rassistische Partei einer weißen Bevölkerung, die, wenn man sich die Zahlen anschaut, im Verhältnis rückläufig ist und aufgrund ihres eigenen Verlustes der demographischen Hegemonie vor weiteren Wahlniederlagen steht.

Trotz der Tatsache, dass die politische Macht in den USA an Präsident Joe Biden und die Demokratische Partei übergegangen ist, herrscht in Wirklichkeit in diesem Land mittlerweile ein Zustand des unerklärten Bürger*innenkrieges, in dem die oppositionelle Republikanische Partei jetzt die Partei der weißen Vorherrschaft ist und die Demokratische Partei als Partei der People of Colour gilt.

Sind die Entwicklungen in den USA ein Vorbote für die Zukunft Europas?

... doch sollte die Linke nicht abgeschrieben werden

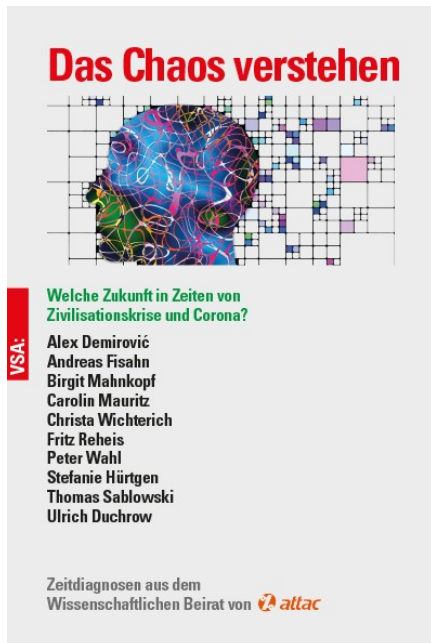
Allerdings wäre es töricht, die Linke abzuschreiben. Die Geschichte ist von komplexen dialektischen Bewegungen geprägt und erlebt oft unerwartete Entwicklungen, die Chancen für jene eröffnen, die mutig genug sind, sie zu ergreifen, jenseits der Konventionen zu denken und bereit sind, den Tiger auf seinem unberechenbaren Weg zur Macht zu reiten – und dazu zählen viele Linke, insbesondere der jüngeren Generation. In diesem Zusammenhang möchte ich uns allen zum Schluss die unvergesslichen Worte von Antonio Gramsci in Erinnerung rufen: "*Pessimismus des Verstandes. Optimismus des Willens.*"

Vielen Dank!

Walden Bello ist Mitbegründer und Senior Analyst der in Bangkok ansässigen NGO [Focus on the Global South](#) und International Adjunct Professor of Sociology an der State University of New York in Binghamton. Im Jahr 2003 erhielt er die Auszeichnung Right Livelihood Award, die auch als Alternativer Nobelpreis bezeichnet wird, und 2008 wurde ihm von der International Studies Association die Auszeichnung Outstanding Public Scholar Award verliehen. **Diese Rede hielt Bello am 11. März 2021 bei der von transform!Danmark organisierten Konferenz [How to Combat Climate Warming – Green Capitalism or System Change?](#)** (Wie kann die Klimaerwärmung bekämpft werden – Grüner Kapitalismus oder Systemwandel?).

<https://www.transform-network.net/de/blog/article/nach-dem-neoliberalismus-was/>

Verstehen und Handeln



Klimakatastrophe und neuer Kalter Krieg, Corona und Krisen, wohin man schaut. Chaos plagt die Welt. Die Autorinnen und Autoren klären Zusammenhänge und diskutieren Wege aus dem Chaos hinaus.

Klaus Dörre:
Die Corona-Pandemie – eine Katastrophe mit Sprengkraft - Aufsatz

Internationale Umweltkonferenz 14. - 19. Juni 2021 - Online



Diese Konferenz wird hauptsächlich von Gewerkschaften aus allen Kontinenten organisiert.

Die Brisanz der sozialen und ökologischen Frage – verdeutlicht durch die seit Beginn der Pandemie zu beobachtenden massiven Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung – zwingt eine zunehmende Anzahl von Organisationen, von Graswurzelbewegungen bis zu internationalen Gewerkschaften, nach alternativen Strategien zum Umgang mit der Krise zu suchen. [Mehr Programm und Anmeldung](#)
<https://forumsyndeco.org/>

mehr: [AlterSummit](#)

transform! europe Internationale Online-Konferenz 12. Juni 2021, 12-17 Uhr Die wirtschaftliche Reaktion ausgewählter EU-Mitgliedstaaten auf den Ausbruch der Coronakrise 2020

Präsentation von Studien zur Reaktion ausgewählter EU-Mitgliedstaaten auf den Ausbruch der Coronakrise, durchgeführt im Auftrag von transform! europe.

(...) 2021 gehen die Auseinandersetzungen um die Frage, wer die Folgekosten der Pandemie trägt, unvermindert weiter. Was also können wir aus positiven wie negativen wirtschaftspolitischen Erfahrungen des Jahres 2020 mitnehmen? Welche Gefahren, aber auch welche positiven Punkte kann die Linke in ganz Europa lernen?

[Programm](#)

**Attac Frankreich, 13. Juni 2021
Vollversammlung- [Dokumente](#)**

**Bündnis "Plus jamais ca"
(Nie wieder): ["Keine Arbeitsplätze auf einem toten Planeten"](#)
(Übersetzungen erscheinen in SiG 142)**

Weltsozialforum (WSF) Januar 2021: Bilanz und Zukunft

(SiG-Redaktion)

In [SiG 140](#) und [SiG 139](#) hatten wir über das Online-WSF 2021 berichtet.

Innerhalb des WSF gibt es schon länger eine intensive Debatte über seine Zukunftsperspektiven. Auf der Seite <https://www.foranewwsf.org/> stehen mehrere Beiträge zur Zukunft des WSF, z. B.

[The World Social Forum Renewal Group: What do we want?](#),

[Strategic thinking](#), eco-social transformation, planetary citizen action.

Wir zitieren hier aus einer [Debatte vom 17. Februar 2021](#):

Einig waren sich alle Referent*innen über den Erfolg des virtuellen WSF im Januar. 70% der eingeschriebenen Teilnehmenden waren aus Lateinamerika.

De Sousa Santos sieht die Unstimmigkeiten hauptsächlich bei zwei Themen.

a. Strategie: Wohin geht die Welt (mehr Ungleichheit, zunehmender Autoritarismus, konservative Religionsströmungen,

antidemokratische Regierungen = eine präfaschistische Situation)?

b. „Gouvernance“ des Forums: Der Internationale Rat des WSF ist nicht repräsentativ und nicht demokratisch.

Sein Vorschlag: unbedingt aufzeigen, dass es Alternativen gibt! Die Botschaften sozialer Bewegungen, aber auch politischer Parteien einbeziehen.

Eine offene und demokratische Debatte sollte in Mexiko 2022 über diese beiden Hauptthemen organisiert werden: 2 Tage Diskussionen, 2 Tage Abstimmungsdebatten und Entscheidungen.

Statt einen Konsens anzustreben (faktisch Vetomöglichkeit einer kleinen Minderheit), der lähmt und aus dem WSF ein unpolitisches Gremium macht (Beispiele wurden angeführt), sollte gemeinsam festgehalten werden, welche Vorschläge mehrheitlich Zustimmung finden und welche Minderheitspositionen es gibt.

Zuletzt merkte er an: Das flüssige Gold sind jetzt nicht mehr Öl oder Gas, sondern die Impfstoffe. Wäre es möglich, dass das WSF sich für die Forderung nach Impfstoffen als öffentliches Gut einsetzt?

Weltsozialforum

Harald Porten Kämpfe um Umwelt in Städten

Skizziert werden hier Inhalt und Hintergründe zum Beitrag „URBAN ENVIRONMENTAL STRUGGLES“ während des WSF2021.

Der Beitrag fand parallel zu den Beiträgen SYSTEM CHANGE NOT CLIMATE CHANGE, RURAL ENVIRONMENTAL STRUGGLES, LOCAL AND GLOBAL STRUGGLES TO SAVE THE PLANET statt, die sich unter der Überschrift „Klima, Ökologie und Umwelt“ inhaltlich mit folgenden Thematiken befassten: Privatisierung des öffentlichen Raumes; Diskussion über Kämpfe oder Widerstand, gegen Transportinfrastrukturen, gegen Flugverkehr, Hochgeschwindigkeitszüge, Schiffsfabriken aber für Kläranlagen, gegen Hochhäuser, große Einkaufszentren, Müllverbrennungsanlagen, Giftmüll, Müllschadstoffe, Müllkippen und für Trennung, Sammlung und Verarbeitung von Müll; Kämpfe gegen Verschmutzung von Flüssen, Seen, Feuchtgebieten und Dämmen, Kämpfe für sauberes Trinkwasser und Kämpfe gegen dessen Fehlen, Kämpfe gegen Luftverschmutzung durch Gase und Feinstaub, gegen Schadstoffe in Häusern und Arbeitsstätten; Kämpfe gegen die Verpestung von Zeit (die im Transport verloren geht) und Raum (der seiner Bestimmung beraubt wird).

Beiträge leisteten Miguel Valencia (Mexiko), Sherelee Odayar (South-Durban, Südafrika), Akriti Bhatia (Indien, Neu-Delhi, Mumbai), Marian Nordmark (Stockholm), Sean Sweeney („Gewerkschaften für Demokratie“, Schottland), Gustavo Romero (Architekt, Mexico City). - S. [Video](#)

Nach einer Gedenkminute für die weltweit ermordeten Umweltaktivist*innen betont **Miguel Valencia** die Bedeutung der **Reduzierung des Verkehrs und Transports**, der „Zeit und Raum vergiftet“ und Energie verschleudert, wobei die Reichen mehr „transportieren“. Auch Elektrizität sei nicht „sauber“. Der exzessive Energieverbrauch der Städte u.a. für Transport, durch Verlust in Stromnetzen und Vergeudung von Elektrizität muss radikal reduziert werden. Darüber hinaus sollten Städte selbst mehr Nahrungsmittel produzieren und den Verzehr von Lebensmitteln, die weit entfernt produziert wurden, reduzieren. Die Unterschiede sind stark zwischen Städten des Nordens (Stockholm) und des Südens (Rio, Mexico City). Er empfiehlt die Lektüre der Bücher von Jean Robert (aus der Schweiz nach Mexico emigriert; Freund von Ivan Illich) zum Transport in Städten (Stichworte: *transport devours the city, urbanization without cities, city technology and economic interests impose their laws in the city, urbiculture is needed in all urban zones*).

Sherelee Odayar (sherelee@sdceango.co.za) berichtet von **massiven Vergiftungen der Umwelt durch Raffinerien**. 27 Jahre nach Einführung der Demokratie in Südafrika hat sich nichts zum Besseren verändert, die Poli-

tik der Ausbeutung von Mensch und Natur ist ungebremst. Die Leute müssen auswandern, weil die Krebs- und Asthmaraten sehr hoch und die Löhne niedrig sind, weil Explosionen an der Tagesordnung sind und es weder sauberes Wasser noch Strom gibt, weil man im Sommer unter großer Hitze und Tornados leidet, die Luft mit Schadstoffen gesättigt und die Wirtschaft nach wie vor von fossiler Energie dominiert ist, weil die Frauen allein die Last der sozialen Reproduktion zu tragen haben.

Soumya Dutta weist im Chat auf **vergleichbare Situationen in vielen Städten Indiens** hin. Er versucht, dadurch dagegen anzugehen, dass er vor Ort Jugendgruppen als **Bürgervereinigungen zur Umweltbeobachtung** (Citizens Environmental Monitoring Collective) gegründet hat. Dies hat zu einer Reihe von Aktionen in diesen Orten geführt, die die Regierung zu Berichten bewegen konnten.

Ebenso konnte der Gesetzentwurf („Draft EIA 2020“ bill), der u.a. den Ausschluss öffentlicher Beteiligung bei Großprojekten und eine nachträgliche Genehmigung vorsah, durch mehrere Jugendgruppen wie FfF-India und Yugma etc. über Mobilisierung in sozialen Netzen, die dazu führte, dass **mehr als 2 Millionen Bürger Eingaben** machten, gestoppt werden.

Sherelee bestätigt, dass junge Leute die Bewegung zu Reform und Änderung der Politik anführen.

Akriti Bhatia (akritibhatia@paigam.network) schildert **Müllhalden**, die so groß sind wie 40 Fußballfelder und so hoch, dass Flugzeugen beim Landeanflug die Sicht beeinträchtigt ist.

Die Slums, bewohnt überwiegend im „informal housing“ (ohne offizielle Berechtigung) sind jederzeit von Räumungen bedroht. 15 Millionen Inder sind im Rahmen von Großprojekten umgesiedelt worden.

In **Stockholm** sind die Probleme anders gelagert als im „Globalen Süden“. **Marian Nordmark** erzählt von **Protesten gegen Straßenbauprojekte** und davon, dass die Politik Gelder in die „**Stadtentwicklung**“ steckt für den Bau von Restaurants, Läden und Schulen, obwohl diese zur Genüge vorhanden und von Leerstand bedroht sind.

Durch „illegales Gärtnern“ und „Mikrofarming“ in der Stadt geschaffene Räume werden von der Polizei zerstört.

Sean Sweeney (Sweeneygli@gmail.com) erläutert die Probleme aus der Sicht seiner Gewerkschaft, so seien lokal beschränkte Lösungen (localist solutions) zwar wichtig, sie stellen aber nicht die notwendige Transformation dar. Die technischen Möglichkeiten zur Erzeugung dezentraler Energie sind begrenzt. Es fließt zu viel öffentli-

ches Geld in private Unternehmen für private Profite. Die **Energiefrage nach der Dekarbonisierung ist nicht gelöst**, Effizienzsteigerung wird nicht ausreichen. Ein Beitrag kann die Reduzierung des Transports beitragen. Öffentliches Eigentum muss gesichert werden, **die Marktlogik ist zu hinterfragen**, Energie darf nicht in privaten Händen bleiben, der Kampf für „öffentliche Energie“ muss reorganisiert werden (comprehensive reclaiming).

Für Städte ist kostenloser öffentlicher Verkehr ohne fossile Energie die einzig sinnvolle Lösung.

<http://unionsforenergydemocracy.org/tued-bulletin-103/>

Gustavo Romero, der als Architekt seit Jahrzehnten die **Entwicklung von Lebensräumen** (Habitaten) in den Städten begleitet hat, liefert einen bunten Strauß an Problemen, Fakten und Thesen am Beispiel von **Mexico City**. Er stellt fest, dass 3 Millionen der Einwohner von Mexico City noch nie das Zentrum besucht haben oder es besuchen konnten. 70% der Häuser sind informell von den Bewohnern selbst gefertigte Häuser, sie bilden keine Slums, sondern stellen eine Ansammlung von „Eigenheimen“ (popular homes) dar. Er kann sich eine „Stadt in der Stadt“ vorstellen, mit einer Autonomie der Orte, in denen Lateinamerika nicht versucht, Europa im Interesse der Reichen zu kopieren. Städte steigern den Bedarf an Transport, Häusern und Energie, Städte sind schwer regierbar (lack of governance), die Adressierung von Korruption muss von unten her geschehen (bottom up). Änderungen sind nicht nur ein politisches Problem, sondern nach 250 Jahren Produktion mit fossiler Energie auch ein technisches. 2 von 6 Millionen Häusern wären geeignet für Photovoltaik. Man muss aber überlegen, ob sauberes Wasser nicht wichtiger ist als Elektromobilität, daher gehören **Technologie und Wirtschaft unter kommunale Kontrolle der Bewohner** und die Humanität muss ins Zentrum der Entwicklung gerückt werden im Sinne einer „sozialen Technologie“.

Die Architektur ist hierbei ein wichtiges Instrument, wenn man sie nicht als technisches, sondern als soziales Problem erfasst und partizipative Prozesse fordert.

Anmerkungen zu Romero: Mexico-Stadt kann ein Beispiel dafür geben, wie die Produktion eines Habitats nicht profitorientiert realisiert wird, sondern unter **Mitwirkung der Betroffenen**, die die wesentlichen Entscheidungen selbst treffen. Dadurch sind in den 1970er und 1980er Jahren nicht nur in Mexico-Stadt mehrere Siedlungen entstanden, die, im Gegensatz zu vom Staat geplanten sozialen Siedlungen für Arme, wesentlich nachhaltiger sind. Die Bewohner sorgen für den Erhalt ihrer Umgebung, man findet hier kaum Vandalismus. Diese Praxis schaffte es, staatliche Politik zu beeinflussen und auch den Grundstein für das „**Movimento Popular Urbano**“ zu legen. Damals erhoffte man sich auf den Treffen des weltweiten Netzwerkes Habitat (HIC [HIC GS \(hic-net.org\)](http://hic-net.org)), dass der Blick auf diese lokalen Prozesse Grundlage für ein Kontinent übergreifendes Gegenmodell zum neoliberalen Modell sein könnte. Die Beteiligung der Bewohner reichte von der Vorbereitung, den Grundriss- und Architekturplänen sowie dem Finanzierungsmanagement

bis zur Ausführung, Verwaltung und Erhaltung. In Mexiko und vielen lateinamerikanischen Staaten gibt es kaum gesetzliche Vorgaben zum Bauen. 70% der Bauten der ärmeren Bevölkerung entstehen informell. Und doch hatten die Bewohner z.T. mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, z.B. um in den Besitz des Bodens zu gelangen. So vorbildlich die Beispiele sind, sie sind „einzelne Blüten in einem Meer aus Steinen“ ([trialog-journal](#))

Ergänzender Hinweis: In Singapur können Sozialwohnungen privat erworben werden, allerdings gehen die Wohnungen nach 99 Jahren automatisch wieder in den Besitz des Staates über, vergleichbar mit der Erbpacht in Deutschland. ([daserste](#))

Im chat diskutieren Soumya Dutta und Miguel Valencia die Frage nach **Reduzierung der Vergeudung von elektrischer Energie**. Soumya stellt fest, dass die heutige Produktion elektrischer Energie überwiegend auf fossilen Rohstoffen basiert und fragt, woher die Energie für 8 Milliarden Menschen in Zukunft herkommen soll. In Entwicklungsländern wie Indien beträgt der Anteil der elektrischen Energie am Gesamtverbrauch 18%, in reichen europäischen Ländern 40-42%. Wie kann man den Bedarf, der selbst unter Berücksichtigung von Energieeinsparungen groß ist, decken? Relokalisierung von Lebensmittelproduktion kann das Problem nicht lösen, die industrielle Landwirtschaft verbraucht enorme Energiemengen (8 Kalorien werden an Energie verbraucht für 1 Kalorie an Nahrungsmitteln). Auch die organische Landwirtschaft ist auf den Einsatz von Energie, wenn auch in geringerem Ausmaß, angewiesen. Miguel entgegnet, dass die industrielle Produktion zurückgefahren werden muss zugunsten lokaler Produktion in Handwerksbetrieben für den Bedarf vor Ort. Genauso muss die industrielle Landwirtschaft aufgegeben werden. Dem pflichtet Soumya bei unter Verweis darauf, dass zurzeit 80% der weltweiten Landwirtschaft auf industrieller Landwirtschaft beruhen mit massivem Einsatz von Düngemitteln, Pestiziden und schwerem Gerät. Für Städte wächst die Herausforderung. Dass sie sich zum Teil selbst versorgen können ist zwar möglich, aber ziemlich mühselig. Gleichzeitig müssen sich die Städte die Frage gefallen lassen, wie sie bei ihren Kämpfen berücksichtigen, dass in ihnen nur 55% der Weltbevölkerung leben, sie aber 75% der Energie verbrauchen. „*Globale Krisen und Katastrophen machen Unmögliches möglich: Weltweit bilden sich Klima-, Umwelt- und Ökologiebewegungen, um verlorene Räume zurückzugewinnen.*“ (Romero)

Veranstaltungen, die stattgefunden haben oder stattfinden werden: Europaweite Aktionen rund um das Wohnen in den Städten <https://www.housing-action-day.net/>
The high-level political forum on sustainable development (HLPF) 2021 [HIC GS \(hic-net.org\)](http://hic-net.org)
UN Climate Change Conference (UNFCCC COP 26) [HIC GS \(hic-net.org\)](http://hic-net.org)

Cities of dignity – Urban transformations around the world – [RLS-Stiftung-Studie](#)

UN-Gipfel zur internationalen Schuldenarchitektur Viel Konsens für Schuldenerlasse, trotzdem nur Status Quo

Mehr als 20 Staats- und Regierungschef*innen, Vertreter*innen von Ministerien und von internationalen Institutionen trafen sich am **29. März 2021** auf Einladung des UN-Generalsekretärs [António Guterres](#) und der Regierungschefs von Kanada und Jamaika, Justin Trudeau und Andrew Holness, zum „[High-Level-Event](#) on International Debt Architecture and Liquidity“.

Genau ein Jahr nach Ausbruch der Pandemie und zehn Monate nach dem ersten Gipfel der Staats- und Regierungschef*innen standen erneut die globale Katastrophe und die Notwendigkeit systematischer Schuldenerleichterungen im Fokus.

Doch anders als noch vor einem Jahr war die Schuldenkrise für Deutschland diesmal nicht Chef*innensache: Bundeskanzlerin Merkel nahm trotz ihres damals gelobten Commitments diesmal nicht teil. Vertreten wurde sie durch BMF-Staatssekretär Wolfgang Schmidt.

Gehört hätte Frau Merkel aus der ganzen Welt den Ruf, das aktuelle Schuldenmoratorium endlich durch reale Schuldenerlasse zu ergänzen. Und das nicht nur für die anstehenden Fälle im *G20 Common Framework* wie Tschad, Äthiopien und Sambia, bei denen Deutschland als Gläubiger keine Rolle spielt.

Gehört hätte sie den hilflosen Ruf des costa-ricanischen Präsidenten Carlos Alvarado Quesada, endlich zu handeln, nach so vielen warmen Worten.

Sie hätte erfahren, dass die Mehrheit der von COVID-19 betroffenen armen Menschen nicht in den ärmsten Ländern lebt, die von der G20 immerhin ein Moratorium angeboten bekommen haben, sondern in so genannten Mittteleinkommensländern – die weiterhin von jeglichen Schuldenerleichterungsmaßnahmen ausgeschlossen bleiben.

Und dass viele von diesen Staaten kleine Inselentwicklungsländer (SIDS) sind, die zusätzlich zum Ausfall des Tourismus mehr als andere vom Klimawandel bedroht sind. Gaston Browne, Premierminister von Antigua und Barbuda, machte deutlich, wie viel sinnvoller es sei, Schuldenerleichterungen den verwundbarsten Staaten zu gewähren anstatt den kleinsten, ärmsten und “billigsten”.

Die neue WTO-Chefin Ngozi Okonjo-Iweala hätte ihr von ihren Erfahrungen vor 20 Jahren erzählt, als ein multilateraler Schuldenerlass die einzige Möglichkeit bot, zu Erholung und Entwicklung zurück zu kehren.

Schließlich hätte sie auch von Lazarus Chakwera, Präsident von Malawi, gehört, dass die ärmsten hochverschuldeten Länder der Welt jahrzehntelang ausgeplündert wurden, und der Schuldendienst deshalb eigentlich in die andere Richtung fließen sollte. Einige wenige tapfere Staatschefs hätten versucht, sie, so wie alle anderen, von der Schaffung eines permanenten Staateninsolvenzverfahrens zu überzeugen. Doch die Kanzlerin war nicht dort.

Genauso abwesend wie die Kanzlerin waren echte Reformanstöße. Einig war man sich bei einigen Liquiditäts-

maßnahmen, der weiteren Verlängerung der G20 DSSI und der Schöpfung neuer IWF-Sonderziehungsrechte. Bei der Frage nach echten Schuldenerlassen gingen die Commitments nicht über die Umsetzung des bestehenden *G20 Common Framework* hinaus. Ankündigungen konkreter weiterer Schritte gab es nicht: Mittteleinkommensländer sind noch immer ausgeschlossen. Die Privaten beteiligen sich nicht an der DSSI. Multilaterale Gläubiger beteiligen sich nicht an Umschuldungen.

Ngozi Okonjo-Iweala erinnerte daran, dass ein verlorenes Entwicklungsjahrzehnt kein Schicksal sei, sondern eine aktive Politikentscheidung. Diese konkreten Entscheidungen werden u. a. im *UN Financing for Development Forum* getroffen. Doch die Verhandlungen und die Haltung Europas lassen wenig hoffen. Konsens gibt es nur für den Status quo, nicht für echte Reformen. Mit der voraussichtlichen Verlängerung der DSSI wird weiter Zeit gekauft. Die Frage ist: Wofür?

Quelle: [Erlassjahr](#)

(08.04.2021) Bei der virtuellen **Frühjahrstagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank** haben die G20-Finanzminister*innen gestern eine letztmalige **Verlängerung des Schuldenmoratoriums DSSI bis Dezember 2021** beschlossen. Für die 45 Entwicklungsländer, die das Schuldenmoratorium bereits in Anspruch nehmen, werden dadurch zusätzlich 7,3 Milliarden US-Dollar frei. Durch die Verlängerung soll Zeit gewonnen werden, um das im November 2020 verabschiedete Rahmenwerk für Umschuldungen der G20 handlungsfähig zu machen. Doch begleitende Regelungen, die private Gläubiger in die Pflicht nehmen, wurden wieder nicht geschaffen. Die durch das Moratorium frei werdenden Mittel, die eigentlich für die Virus-Bekämpfung und die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie gedacht waren, drohen somit einmal mehr den *Bail-Out* der privaten Gläubiger zu finanzieren. (...) Auch bleiben Mittteleinkommensländer weiterhin von den Initiativen ausgeschlossen.(...)

Quelle: [Erlassjahr](#)

Mehr: [Brettonwoodsproject](#)

Global Austerity Alert: Looming Budget Cuts in 2021-25 and Alternatives – [CADTM](#)

Klimawandel, COVID-19 und Entschuldung

*Eine neue Studie zeigt den teuflischen Kreislauf: Klimawandel und Covid-19 verursachen massive Kosten und verschärfen so die Verschuldung in den ärmsten Ländern weiter. Weil jetzt das Geld fehlt, um in verbesserte Resilienz zu investieren, werden künftige Krisen noch katastrophaler verlaufen. **Brot für die Welt und erlassjahr.de** zeigen die Zusammenhänge. [mehr](#)*

Bayer & Co: Das einträgliches Geschäft mit Gift

Auszüge aus einem Artikel in der ‚Solidarwerkstatt‘

99% der alljährlich 20.000 bis 40.000 durch Pestizide verursachten Todesfälle ereignen sich in Afrika, Asien und Lateinamerika. Günther Lanier beschäftigt sich mit den giftigen Praktiken der Agro-Chemie-Konzerne.

Profit hat Vorrang. Für Unternehmen sowieso. Und für Regierungen detto – die müssen ja darauf schauen, dass das ökonomische Werk läuft wie geschmiert. Das braucht insbesondere gefügte und billige Arbeitskräfte, die wir notfalls – weil sie „systemrelevant“ sind – auch in Corona-Zeiten per Sonderflügen einfliegen. Dass die Teilhabe am kapitalistischen Arbeitsprozess nur für die Kapital-eignerInnen und die mit ihnen Assoziierten gesundheitsfördernd ist, wissen wir seit Langem.

Auf der Basis kollektiven, insbesondere gewerkschaftlichen Widerstands sind in der Satten Welt Regeln eingeführt worden, die den UnternehmerInnen gewisse Schranken auferlegen beim Mehrwertabschöpfen. Dazu gehören insbesondere den Arbeitsprozess selbst regulierende Gesetze, zudem auch dem VerbraucherInnenenschutz dienende Vorschriften, was alles in Produkten drinnen sein darf – und was nicht.

Solcher Schutz gilt aber mitnichten für alle. Schon die eigenen StaatsbürgerInnen müssen oft darum raufen, dass ihre Rechte respektiert werden, AusländerInnen kommen nicht einmal theoretisch in den Genuss solcher Rechte. Gegenüber osteuropäischen, „systemrelevanten“ Schlachthof-ArbeiterInnen hat Deutschland soeben einen wunderbaren Beweis für diese Aussage geliefert [1]. Diesseits aller Corona-Geschichten handelt mein heutiger Artikel von der krasen Ungleichbehandlung von PestizidkundInnen in der Satten und der Dritten Welt. **Manch gefährliches Gift, das in der EU verboten ist, wird anderswohin exportiert** [2]. Offenbar sind die BewohnerInnen des „Globalen Südens“ einfach nicht so sehr Menschen wie „wir“ – ist die einzige Schlussfolgerung, die mir dazu einfällt.

Eastern Cape - Sunday's River Valley

Ort der Handlung: Eastern Cape [3], Südafrikas Ostkap-Provinz [4]. Es dreht sich um das Nukakamma-Tal in ihrem Westen, der Fluss mündet 40 km östlich von Port Elizabeth ins Meer. Die Khoi-

san (oder KhoeSan) nannten ihn „grasiger Fluss“ (eben Nukakamma), weil seine Ufer immer grün waren, trotz der trockenen Lande, durch die er fließt. Später taufte ihn die englischen KolonisatorInnen Sundays River und die burischen Sondagsrivier und es soll sich um Südafrikas schnellfließenden Fluss handeln. (...)

Heute vermeldet die Gemeinde Sunday's River Valley stolz, dass ungefähr ein Viertel der südafrikanischen Navel-Orangen und die Hälfte der südafrikanischen Zitronen im Sunday's River Valley produziert werden. Allein der Orangenexport soll mehr als 1 Mrd Rand (derzeit 50,7 Mio. Euro) an Einnahmen generieren. Andere landwirtschaftliche Produkte sind Gemüse, Erdäpfel, Mais, Weizen, Zichorie, Blumen und das Raigras (*lolium perenne*).

Die Landwirtschaft sorgt für ein knappes Drittel des Bruttogemeindeproduktes [10] und für knapp die Hälfte der Beschäftigung. Einen nicht unwesentlichen Beitrag zu den beiden Größen leistet auch der Ökotourismus [11]. Dieser sollte wohl besser nicht erfahren, was in den Citrus-Plantagen des Sunday's River Valleys vor sich geht. [12] Im Sunday's River Valley liegt nämlich eine der drei Zitrus-Farmen, die die AutorInnen der Pestizid-Studie [13] für ihre südafrikanischen [14] Feldforschungen besucht haben, die Panzi-Zitrusfarm [15].

Agrarchemie-Weltmarkt

Seit der 2018er Übernahme des wegen seines genetisch modifizierten Saatguts und des Herbizids **Glyphosat** verschrieenen US-amerikanischen Multis Monsanto, ist der deutsche Multi **Bayer AG** Nummer 1 auf dem Welt-Saatgutmarkt und hinter Syngenta [16] Nummer 2 auf dem Welt-Pestizidmarkt.

Auch **BASF** hat von der Bayer-Monsanto-Fusion profitiert – nach dem Aufkauf von Geschäftssparten, die Bayer aus kartellrechtlichen Gründen abgeben musste, ist BASF weltweit zur Nummer 3 der Agrarchemieunternehmen geworden.

Was Pestizide betrifft, ist Deutschland

hinter China mit 4,3 Mrd USD [17] der zweitwichtigste Exporteur, noch vor den USA (von wo aus ein Teil der Exporte auch „deutsch“ sind, seit Bayer Monsanto gekauft hat) [18].

Was an Agrargiften in der Satten Welt verbraucht wird, hat oft wenig mit dem zu tun, was in der Dritten Welt „konsumiert“ wird. So betreffen **99% der alljährlich 20.000 bis 40.000 durch Pestizide verursachten Todesfälle Afrika, Asien und Lateinamerika**. Darüber hinaus wird die Zahl der Menschen, die alljährlich weltweit wegen akuter Pestizidvergiftungen medizinische Behandlung brauchen, auf 3 Millionen geschätzt, die der weniger akuten Vergiftungen auf rund 25 Millionen [19].

Was die deutschen Exporte betrifft, so *„hat eine Recherche des **Pestizid Aktions-Netzwerks (PAN)** ergeben, dass 2017 aus Deutschland 62 Pestizidwirkstoffe exportiert wurden, die als hochgefährlich einzustufen sind (...) – mehr als ein Viertel aller exportierten Wirkstoffe. Neun dieser exportierten, hochgefährlichen Wirkstoffe sind in der EU aufgrund ihrer Schädlichkeit nicht genehmigt.“* [20] *„36,7 Prozent der 2018 von Bayer weltweit verkauften Wirkstoffe und 24,9 Prozent der BASF-Wirkstoffe sind laut PAN-Definition hochgefährlich.“* [21]

Innerhalb Afrikas nimmt Südafrika sowohl beim Verbrauch, als auch bei den Importen eine dominante Stellung ein. Sein Anteil am Agrarchemiemarkt betrug zuletzt gut ein Drittel (35%). Abgeschlagen folgen Ägypten, Algerien, Côte d'Ivoire, Ghana, Kenia, Marokko und Nigeria [22].

Wobei freilich bei den Agrarchemie-Multis die Übergänge zwischen inländischer Produktion und Grenzen überschreitenden Transaktionen fließend ist. Sowohl Bayer als auch BASF sind mit Südafrika seit Langem im Geschäft – Deutschland hatte auch zu Apartheid-Zeiten wenig Berührungspunkte mit dem südafrikanischen Regime – und so wird entweder von den eigenen Betrieben in Südafrika produziert oder diese bauen

ihre eigenen Mischungen aus importierten Wirkstoffen zusammen oder es werden die Produkte fertig aus der Satten Welt eingeführt. Wie's im konkreten Fall jeweils passt. [23]

Obwohl Südafrika, was die Dritte Welt betrifft, sicher alles andere als ein Extrembeispiel ist, sind die Regeln dennoch viel weniger strikt als in der Satten Welt. So waren Anfang 2020 laut Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) 497 Wirkstoffe in Südafrika registriert. 67 der in Südafrika registrierten Wirkstoffe waren in der EU nicht genehmigt, weitere 121 seien laut PAN "hochgefährlich" [24].

Dazu kommen die oben bereits angesprochenen **Rechte der ArbeiterInnen**. Diese sind schon in der Satten Welt oft schwer durchzusetzen, insbesondere wenn eineR aus einem Nicht-EU-Ausland oder einem ost- oder südosteuropäischen EU-Ausland kommt, wie Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft sehr oft. Fundamentale Rechte der ArbeiterInnen werden in Südafrika tendenziell noch häufiger missachtet, durchaus auch von Unternehmen, die für den Weltmarkt produzieren. Eine auf der Auswertung von 300 Interviews beruhende Untersuchung im Weinsektor in den Provinzen Nord- und Westkap resümiert Benjamin Luig & Co folgendermaßen: "51 Prozent der befragten Arbeiterinnen gaben an, schon binnen 60 Minuten nach dem Sprühen von Pestiziden wieder auf den Feldern zu arbeiten. 66 Prozent der Arbeiterinnen erklärten, dass ihnen das Farmmanagement keinerlei Schutzkleidung zur Verfügung stellt. 73 Prozent der Landarbeiterinnen gaben an, dass ihnen Risiken im Zusammenhang mit der Ausbringung von Pestiziden nicht erklärt worden sind" [25]. Wobei sehr oft zwischen ChefInnen und ArbeiterInnen die alte Rassengrenze verläuft... "Noch Anfang der 1990er Jahre war es im Westkap üblich, dass Farmarbeiter*innen beim Besprühen von Obstplantagen aus dem Flugzeug als lebendige Markierungen auf den Feldern standen." [26]

Citrus-Plantagen

Auf der Farm Nuwelande [27] werden 45 ArbeiterInnen fix und 70 saisonal beschäftigt, letztere kommen vor allem aus Simbabwe. Auf der Farm werden das **Herbizid Treevix/Wirkstoff Safflufenacil verwendet, das in der EU nicht genehmigt ist**. Zum Einsatz kommen dieses und andere Herbizide in Kombination mit Dash/Wirkstoffe Methylenelester,

Oxiran und Naphtalin. Dieses "Beimittel", das auch in der EU zur Anwendung kommt, verstärkt die Wirkung der anderen Herbizide und Fungizide. Es kann laut Produktbeschreibung schwere Augenschäden verursachen und kann beim Eindringen in die Atemwege sogar tödlich sein.

SaisonarbeiterInnen erhalten keine Masken und keine Schutzkleidung. Das Sprühen von Pestiziden findet auch statt, wenn nur eine Baumreihe weiter SaisonarbeiterInnen am Arbeiten sind, womit praktisch sichergestellt wird, dass sie die Chemikalien einatmen. Kein Wunder, dass Beschäftigte über Kopfschmerzen und Juckreiz im Gesicht und an den Armen berichten.

Die Trinkwasserversorgung ist ein weiteres Problem. "Ein Teil der Arbeiter*innen auf der Farm und ihre Familien beziehen ihr Trinkwasser aus einem kleinen Stausee, unmittelbar neben der Plantage, auf der Pestizide regelmäßig ausgebracht werden. Die Dash-Produktbeschreibung betont, dass das Mittel für Wasserorganismen giftig ist und sie langfristig schädigt." [28]

Auf der Hillside-Zitrusfarm [30] arbeiten 21 fix und 50 saisonal angestellte ArbeiterInnen. Auch dort wird das Herbizid Treevix eingesetzt, auch dort wird gleichzeitig gesprüht und in unmittelbarer Nähe gearbeitet. Als eines Tages ein Traktorfahrer Pestizide ausbrachte – die Traktoren haben offene Fahrererkabine – trieb ihm ein plötzlicher Windstoß das Gift direkt ins Gesicht. Der Manager der Hillside-Zitrusfarm weigerte sich, ihn ins Krankenhaus zu fahren, er musste auf die Rettung warten. Wer den Schaden hat – eine akute Lungenvergiftung, die mehrere Wochen Krankenhausaufenthalt erforderlich machte –, braucht für den Spott nicht zu sorgen: Ab sofort wurde er nur mehr saisonal beschäftigt.

Die Panzi-Zitrusfarm in Kirkwood ist größer als die beiden anderen. Hier sind 60 ArbeiterInnen fix und 140 saisonal angestellt. Auf der Farm wird unter anderem das Insektizid Hunter 24 mit dem in der EU nicht genehmigten Wirkstoff Chlorfenapyr verwendet. "Er gilt als gesundheitsschädlich beim Verschlucken, giftig beim Einatmen und als sehr giftig für Wasserorganismen." [31] Doch das Mischen der Substanzen gehört zur Arbeit und dabei kommt es nolens volens zum Einatmen der Substanzen.

Doch den ArbeiterInnen wird eine jährliche Vorsorgeuntersuchung zugestanden. In der Folge werden ihnen die Resultate dieser Untersuchung zwar vorenthalten, aber sie werden mündlich informiert, dass alles in Ordnung ist.

Was kann sie da stören, dass es "in Wirklichkeit" durch das Arbeiten mit Pestiziden sehr wohl zu Erkrankungen kommt und dass zwei Mal ArbeiterInnen so schlecht beieinander waren, dass sie vom Umgang mit Pestiziden entbunden werden mussten?

(...)

Mitte 2019 hat Bayer versprochen, nur solche Pestizide in den Ländern der Dritten Welt zu vertreiben, die über die lokalen Standards hinaus außerdem die Standards einer "Mehrheit der führenden Zulassungsbehörden" erfüllen. Damit seien Behörden der USA, Kanadas, Brasiliens, der EU, Australiens, Neuseelands, Japans und Chinas gemeint. Und BASF erklärte auf seiner Webseite, Hand aufs Herz: "Wir versprechen, niemals Kompromisse bei der Sicherheit einzugehen – von der Produktion bis hin zum Umgang mit unseren Produkten." [36]

Und freilich:

Wir könnten die Menschen im EU-In- und -Ausland einfach gleich behandeln. Schutzbestimmungen für die einen könnten automatisch auch für die anderen gelten. In Frankreich wurde im Oktober 2018 ein Gesetz beschlossen, "das die Herstellung, Lagerung und die (globale) Vermarktung von Pestizidprodukten verbietet, die Wirkstoffe enthalten, die in der EU aus Gründen des Umweltschutzes sowie des Schutzes von menschlicher und tierischer Gesundheit nicht genehmigt sind." [37]

Auch unter kapitalistischen Bedingungen ist Derartiges also durchaus möglich. Auch wenn der Widerstand der Agrarchemie-Lobby beträchtlich war. Der Verfassungsgerichtshof lehnte es in einem Entscheid von 2019 ab, das Inkrafttreten des Gesetzes zu verzögern und so sollte es nun bald einmal in Kraft treten: 2022. Naja – sehr viel besser als (das deutsche) nichts.

17.5.2020

Der Autor lebt seit 2002 in Burkina Faso und hat im guernica-Verlage zwei Bücher herausgebracht: "Land der Integren - Burkina Fasos Geschichte, Politik und seine ewig fremden Frauen" (2017) und "Afrika. Exkursionen an den Rändern des Weltsystems" (2019).

Fußnoten

[1] Siehe German Foreign Policy, Bleibende Schäden (II). Desaströse Lebensbedingungen osteuropäischer Schlachthofarbeiter in Deutschland führen zu massenhaften Infektionen mit dem Covid-19-Virus, Berlin 12.5.2020, <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8272/> .

[2] Anstoß zu meinem heutigen Artikel lieferte ein German Foreign Policy-Artikel: German Foreign Policy, Profitable Pestizide. Bayer steigert seinen Quartalsgewinn - dank Corona-Hamsterkäufen und dank des Verkaufs hochgefährlicher Pestizide im globalen Süden, Berlin 29.4.2020, <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8259/> . Dort wird insbesondere die Studie "Gefährliche Pestizide von Bayer und BASF – ein globales Geschäft mit Doppelstandards" referiert. Während German Foreign Policy auf Bayer fokussiert, steht für mich Südafrika im Zentrum. Meine Hauptquelle ist somit: Benjamin Luig, Fran Paula de Castro, Alan Tygel, Lena Luig, Simphiwe Dada, Sarah Schneider, Jan Urhahn, Gefährliche Pestizide von Bayer und BASF – ein globales Geschäft mit Doppelstandards, Aachen etc. (Campanha Permanente Contra os Agrotóxicos e Pela Vida, INKOTA-netzwerk, Khanyisa, Misereor, Rosa-Luxemburg-Stiftung) April 2020, herunterladbar z.B. auf <https://webshop.inkota.de/node/1605> .

[3] Eastern Cape ist mit 168.966 km² fast genau doppelt so groß wie Österreich und hat etwas weniger EinwohnerInnen.

(...) [10] Ich weiß nicht, ob es im Deutschen in der Ökonomie eine solche Größe gibt. Im Englischen ist der entsprechende Ausdruck Gross geographic product (GGP), kann also auf verschiedene Einheiten angewandt werden (Provinzen, Regionen, Gemeinden).

[11] Insbesondere ist das natürlich der Addo-Elefanten-Nationalpark, den jährlich circa

115.000 besuchen, die Hälfte davon aus Südafrika, die andere aus dem Ausland. Alle Daten aus dem generell sehr sorgfältig erstellten englischen [Wikipedia-Artikel](#), der sich aber teils wie ein Werbeprospekt liest.

[13] Wie oben erwähnt: Benjamin Luig, Fran Paula de Castro, Alan Tygel, Lena Luig, Simphiwe Dada, Sarah Schneider, Jan Urhahn, Gefährliche Pestizide von Bayer und BASF – ein globales Geschäft mit Doppelstandards, Aachen etc. (Campanha Permanente Contra os Agrotóxicos e Pela Vida, INKOTA-netzwerk, Khanyisa, Misereor, Rosa-Luxemburg-Stiftung) April 2020. Die 24 pdf-Seite sind z.B. auf <https://webshop.inkota.de/node/1605> herunterladbar.

[14] Die Studie beansprucht globale Gültigkeit, in ihrem konkreten Teil handelt sie von Südafrika und Brasilien.

[15] Die Panzi Citrus Plase CC liegt in Kirkwood selbst. Die anderen beiden sind die Farm Nuwelande und die Hillside-Zitrusfarm weiter nordwestlich.

[16] Syngenta hat seinen Sitz in der Schweiz, in Basel, gehört seit 2017 der ChemChina. Letztere hat Anfang 2020 ein Zusammengehen mit Sinochem angekündigt, die beiden Firmen wollten ihre Agrargeschäfte in einer neu einzurichtenden Holding namens Syngenta Group bündeln ([Reuters](#)). Ich nehme nicht an, dass das an der Dominanz von Bayer im Saatgutmarkt etwas ändern wird.

[17] Die rezentesten Zahlen sind von 2018.

[18] Benjamin Luig et al., a.a.O., p.3.

[19] Alle Daten von ebd., p.4. Die Daten stammen (Fußnoten 5 & 6) offenbar aus 1990 und den Folgejahren, rezenter gibt es angeblich nicht. Das ist zum einen skandalös (zeigt aber, wohin Forschungsinteresse orientiert wird), zum anderen fast schon unseriös. Die AutorInnen der Studie gehen jedenfalls von einer hohen Dunkelziffer aus.

[20] Ebd., p.2 stützt sich auf Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) Germany, Giftige Exporte. Die Ausfuhr hochgefährlicher Pestizide aus Deutschland in die Welt, Hamburg 2019; <https://ogy.de/9bz1> .

[21] Ebd. beruft sich auf Public Eye und Unearthed (Greenpeace), Milliarden-Umsätze mit Pestiziden, die krebserregend sind oder Bienen vergiften, Zürich, Lausanne 2020; <https://ogy.de/4hgq> .

[22] Ebd., p.8.

[23] Pestizide kommen freilich nicht nur beim Anbau von Zitrusfrüchten, sondern auch bei Wein zum Einsatz. 50 km östlich des Tafelbergs: das Tokara-Weingut am Simonsberg, Stellenbosch, Western Cape, Foto Andrew Moir 12.5.2007, leicht zugeschnitten GL, [wikimedia](#).

[24] Hier hat's einen kleinen Schönheitsfehler: Diese ebd., p.10 wiedergegebenen Daten sind einem Oxfam-Artikel vom August 2019 entnommen: "Pestizide in Südafrika. Wein-Arbeiter*innen wehren sich mit Unterschriften aus Deutschland", [Oxfam Deutschland](#) 29.8.2019, . Die Gesamtzahl der registrierten Wirkstoffe wird sich in der Zwischenzeit jedoch kaum drastisch verändert haben.

[25] Benjamin Luig et al., a.a.O., p.11.

[26] Ebd.

[27] Ebd., pp.11f.

[28] Ebd., p.12.

[30] Benjamin Luig et al., a.a.O., pp.12f.

[31] Ebd., p.13.

[36] Ebd., p.18.

[37] Ebd., p.18. Es handelt sich um das LOI n° 2018-938 vom 30. Oktober 2018 "für ein Gleichgewicht der Handelsbeziehungen im Agrar- und Lebensmittelsektor und eine gesunde, nachhaltige, für alle zugängliche Ernährung". Einsehbar auf legifrance.gouv.fr.

<https://www.solidarwerkstatt.at/international/bayer-das-eintraegliche-geschaef-mit-gift>

INKOTA: Gefährliche Pestizide von Bayer und BASF - ein globales Geschäft mit Doppelstandards

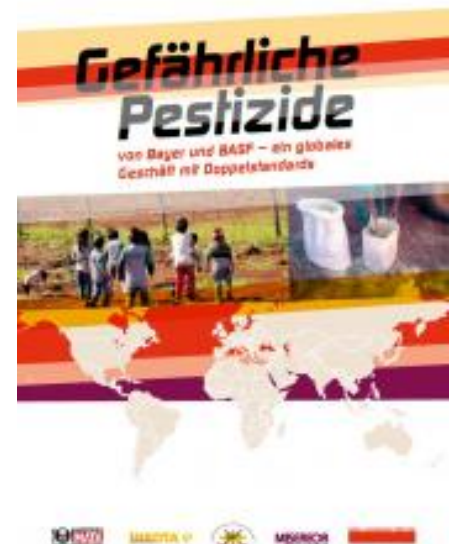
Wir haben recherchiert und unsere Studie zeigt: Bayer und BASF - zwei der drei größten Pestizidhersteller weltweit - verkaufen im globalen Süden Pestizide mit Wirkstoffen, die in der EU gar nicht auf den Markt dürfen. Darunter sind auch Stoffe, die so gefährlich für Mensch und Umwelt sind, dass sie in Europa explizit verboten wurden.

Exemplarisch beleuchtet unsere Studie die Situation in Südafrika und Brasilien und zeigt, wie die Doppelstandards der deutschen Konzerne die Gesundheit von Landarbeiter*innen in Südafrika und von indigenen Gruppen in Brasilien gefährdet.

Der Export aus Deutschland von in der EU nicht genehmigten Wirkstoffen muss verboten werden!

Die Studie wurde in Zusammenarbeit mit der brasilianischen Campanha Permanente Contra os Agrotóxicos e Pela Vida (Permanente Kampagne gegen Agrargifte und für das Leben), der südafrikanischen Organisation Khanyisa, MISEREOR und der Rosa-Luxemburg-Stiftung erstellt.

<https://webshop.inkota.de/node/1605>
[Broschüre: Advancing Together? Ein Jahr Bayer-Monsanto: Eine kritische Bilanz](#)
[Broschüre: Fusionswelle brechen](#)



JERUSALEMER ERKLÄRUNG ZUM ANTISEMITISMUS

Präambel

Wir, die Unterzeichnenden, legen die „Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus“ vor. Sie ist das Ergebnis einer Initiative, die ihren Ursprung in Jerusalem hat. Zu den Unterzeichner:innen zählen internationale Wissenschaftler:innen, die in der Antisemitismusforschung und in verwandten Bereichen arbeiten, darunter Jüdische Studien, Holocaust-, Israel-, Palästina- sowie Nahoststudien. Die Erklärung profitierte auch von der Einbindung von Rechtswissenschaftler:innen und Vertreter:innen der Zivilgesellschaft.

Im Geiste der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung von 1969, der Erklärung des Stockholmer Internationalen Forums über den Holocaust aus dem Jahr 2000 und des Beschlusses der Vereinten Nationen zum Gedenken an den Holocaust aus dem Jahr 2005 vertreten wir die Auffassung, dass Antisemitismus einige spezifische Besonderheiten aufweist, der Kampf gegen ihn jedoch untrennbar mit dem allgemeinen Kampf gegen alle Formen rassistischer, ethnischer, kultureller, religiöser und geschlechtsspezifischer Diskriminierung verbunden ist.

Im Wissen um die Verfolgung von Jüd:innen im Laufe der Geschichte und die universellen Lehren aus dem Holocaust und angesichts des besorgniserregenden Wiedererstarkens von Antisemitismus durch Gruppierungen, die Hass und Gewalt in Politik, Gesellschaft und im Internet mobilisieren, legen wir eine anwendbare, prägnante und historisch fundierte Kerndefinition von Antisemitismus mit einer Reihe von Leitlinien für die Benutzung vor.

Die Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus reagiert auf die „IHRA-Definition“, die 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) angenommen wurde. Da die IHRA-Definition in wichtigen Punkten unklar und für unterschiedlichste Interpretationen offen ist, hat sie Irritationen ausgelöst und zu Kontroversen geführt, die den Kampf gegen Antisemitismus geschwächt haben. In Anbetracht der Tatsache, dass sie sich selbst als „Arbeitsdefinition“ bezeichnet, haben wir uns um Verbesserungen bemüht, indem wir (a) eine präzisere Kerndefinition und (b) ein kohärentes Set von Leitlinien vorlegen. Wir hoffen, dass dies sowohl für das Monitoring und die Bekämpfung von Anti-

semitismus als auch für Bildungszwecke hilfreich sein wird. Wir empfehlen unsere nicht rechtsverbindliche Erklärung als Alternative zur IHRA-Definition. Institutionen, die die IHRA-Definition bereits übernommen haben, können unseren Text als Hilfsmittel zu ihrer Interpretation nutzen.

Die IHRA-Definition enthält elf „Beispiele“ für Antisemitismus, von denen sich sieben auf den Staat Israel beziehen. Dies legt zwar einen unangemessenen Schwerpunkt auf einen bestimmten Schauplatz; allerdings besteht wirklich ein großer Bedarf an Klarheit über die Grenzen legitimer politischer Äußerungen und Handlungen in Bezug auf Zionismus, Israel und Palästina.

Wir verfolgen ein doppeltes Ziel:

(1) den Kampf gegen Antisemitismus zu stärken, indem wir definieren, was Antisemitismus ist und wie er sich manifestiert, und

(2) Räume für eine offene Debatte über die umstrittene Frage der Zukunft Israels/Palästinas zu wahren.

Wir sind nicht alle der gleichen politischen Meinung und wir verfolgen keine politische Parteinahme. Die Feststellung, dass eine kontroverse Ansicht oder Handlung nicht antisemitisch ist, bedeutet weder, dass wir sie befürworten, noch dass wir sie ablehnen.

Die Leitlinien, die sich auf Israel-Palästina beziehen (Nr. 6 bis 15), sollten als Ganzes betrachtet werden.

Generell sollte bei der Anwendung der Leitlinien jede im Lichte der anderen und immer mit Blick auf den jeweiligen Kontext gelesen werden. Zum Kontext kann die Intention hinter einer Äußerung, ein Sprachmuster im Wandel der Zeit oder sogar die Identität des Sprechers oder der Sprecherin gehören, besonders wenn es um Israel oder den Zionismus geht. So könnte etwa Feindseligkeit gegenüber Israel Ausdruck eines antisemitischen Ressentiments sein, aber auch eine Reaktion auf eine Menschenrechtsverletzung oder eine Emotion, die eine palästinensische Person aufgrund ihrer Erfahrungen durch Handlungen seitens der staatlichen Institutionen Israels empfindet. Kurz: Bei der Anwendung dieser Leitlinien auf konkrete Situationen sind Urteilsvermögen und Sensibilität gefordert.

26. März 2021

Definition

Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische).

Leitlinien

A. Allgemein

1. Es ist rassistisch, zu essentialisieren (eine Charaktereigenschaft als angeboren zu behandeln) oder pauschale negative Verallgemeinerungen über eine bestimmte Bevölkerung zu

machen. Was für Rassismus im Allgemeinen gilt, gilt im Besonderen auch für Antisemitismus.

2. Das Spezifikum des klassischen Antisemitismus ist die Vorstellung, Jüd:innen seien mit den Mächten des Bösen verbunden. Dies steht im Zentrum vieler antijüdischer Fantasien, wie etwa der Vorstellung einer jüdischen Verschwö-

rung, in der „die Juden“ eine geheime Macht besäßen, die sie nutzen, um ihre eigene kollektive Agenda auf Kosten anderer Menschen durchzusetzen. Diese Verknüpfung zwischen Jüd:innen und dem Bösen setzt sich bis heute fort: in der Fantasie, dass „die Juden“ Regierungen mit einer „verborgenen Hand“ kontrollieren, dass sie die Banken besitzen, die Medien kontrollieren, als „Staat im Staat“ agieren und für die Verbreitung von Krankheiten (wie etwa Covid-19) verantwortlich sind. All diese Merkmale können für unterschiedliche (und sogar gegensätzliche) politische Ziele instrumentalisiert werden.

3. Antisemitismus kann sich in Worten, Bildern und Handlungen manifestieren. Beispiele für antisemitische Formulierungen sind Aussagen, dass alle Jüd:innen wohlhabend, von Natur aus geizig oder unpatriotisch seien. In antisemitischen Karikaturen werden Jüd:innen oft grotesk, mit großen Nasen und in Verbindung mit Reichtum dargestellt. Beispiele für antisemitische Taten sind: jemanden angreifen, weil sie oder er jüdisch ist, eine Synagoge angreifen, Hakenkreuze auf jüdische Gräber schmieren oder Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum nicht einzustellen oder nicht zu befördern.

4. Antisemitismus kann direkt oder indirekt, eindeutig oder verschlüsselt(,kodiert‘) sein. Zum Beispiel ist „die Rothschilds kontrollieren die Welt“ eine kodierte Behauptung über die angebliche Macht „der Juden“ über Banken und die internationale Finanzwelt. In ähnlicher Weise kann die Darstellung Israels als das ultimative Böse oder die grobe Übertreibung seines tatsächlichen Einflusses eine kodierte Ausdrucksweise sein, Jüd:innen zu rassifizieren und zu stigmatisieren. In vielen Fällen ist die Identifizierung von kodierter Sprache eine Frage des jeweiligen Kontextes und der Abwägung, bei der diese Leitlinien zu berücksichtigen sind.

5. Es ist antisemitisch, den Holocaust zu leugnen oder zu verharmlosen, indem man behauptet, der vorsätzliche Völkermord der Nazis an den Jüd:innen habe nicht stattgefunden, es habe keine Vernichtungslager oder Gaskammern gegeben oder die Zahl der Opfer bestehe nur in einem Bruchteil der tatsächlichen Anzahl.

B. Israel und Palästina:

Beispiele, die als solche antisemitisch sind

6. Die Symbole, Bilder und negativen Stereotypen des klassischen Antisemitismus (siehe Leitlinien 2 und 3) auf den Staat Israel anzuwenden.

7. Jüd:innen kollektiv für das Verhalten Israels verantwortlich zu machen oder sie, bloß weil sie jüdisch sind, als Agent:innen Israels zu behandeln.

8. Menschen, weil sie jüdisch sind, aufzufordern, Israel oder den Zionismus öffentlich zu verurteilen (z.B. bei einer politischen Versammlung).

9. Anzunehmen, dass nicht-israelische Jüd:innen, bloß weil sie jüdisch sind, zwangsläufig loyaler zu Israel stehen als zu ihren eigenen Ländern.

10. Jüd:innen im Staat Israel das Recht abzusprechen, kollektiv und individuell gemäß dem Gleichheitsgrundsatz zu leben.

C. Israel und Palästina:

Beispiele, die nicht per se antisemitisch sind

(unabhängig davon, ob man die Ansicht oder Handlung gutheißt oder nicht)

11. Unterstützung der palästinensischen Forderungen nach Gerechtigkeit und der vollen Gewährung ihrer politischen, nationalen, bürgerlichen und menschlichen Rechte, wie sie im Völkerrecht verankert sind.

12. Kritik oder Ablehnung des Zionismus als eine Form von Nationalismus oder das Eintreten für diverse verfassungsrechtliche Lösungen für Juden und Palästinenser in dem Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer. Es ist nicht per se antisemitisch, Regelungen zu unterstützen, die allen Bewohner:innen „zwischen dem Fluss und dem Meer“ volle Gleichberechtigung zugestehen, ob in zwei Staaten, einem binationalen Staat, einem einheitlichen demokratischen Staat, einem föderalen Staat oder in welcher Form auch immer.

13. Faktenbasierte Kritik an Israel als Staat. Dazu gehören seine Institutionen und Gründungsprinzipien, seine Politik und Praktiken im In- und Ausland, wie beispielsweise das Verhalten Israels im Westjordanland und im Gazastreifen, die Rolle, die Israel in der Region spielt, und jede andere Art und Weise, in der es als Staat Vorgänge in der Welt beeinflusst. Es ist nicht per se antisemitisch, auf systematische rassistische Diskriminierung hinzuweisen. Im Allgemeinen gelten im Falle Israels und Palästinas dieselben Diskussionsnormen, die auch für andere Staaten und andere Konflikte um nationale Selbstbestimmung gelten. Daher ist der, wenngleich umstrittene, Vergleich Israels mit historischen Beispielen einschließlich Siedlerkolonialismus oder Apartheid nicht per se antisemitisch.

14. Boykott, Desinvestition und Sanktionen sind gängige, gewaltfreie Formen des politischen Protests gegen Staaten. Im Falle Israels sind sie nicht per se antisemitisch.

15. Politische Äußerungen müssen nicht maßvoll, verhältnismäßig, gemäßigt oder vernünftig sein, um nach Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oder Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention und anderen Menschenrechtsabkommen geschützt zu sein. Kritik, die von manchen als übertrieben oder umstritten oder als Ausdruck „doppelter Standards“ betrachtet wird, ist nicht per se antisemitisch. Im Allgemeinen ist die Trennlinie zwischen antisemitischen und nicht antisemitischen Äußerungen eine andere als die Trennlinie zwischen unvernünftigen und vernünftigen Äußerungen.

https://jerusalemdeclaration.org/wp-content/uploads/2021/03/JDA-deutsch-final.ok_.pdf

Amnesty International

10.5. Die brutale Unterdrückung der Proteste von Palästinensern gegen Zwangsvertreibungen im besetzten Ostjerusalem muss ein Ende finden

Es wurden im Verlauf der letzten vier Tage der Gewalt in Ostjerusalem 840 Palästinenser_innen verletzt. Israelische Sicherheitskräfte setzten dabei mehrfach ungerechtfertigte und übermäßige Gewaltmittel gegen palästinensische Protestierende ein. Sprechern der israelischen Polizeikräfte zufolge trugen mindestens 21 israelische Polizeibedienstete und sieben israelische Zivilpersonen ebenfalls Verletzungen davon. Amnesty International fordert die israelischen Behörden auf, die Zwangsräumungen im Ostjerusalem Stadtteil Sheikh Jarrah unverzüglich einzustellen und der fortlaufenden Zwangsvertreibung von palästinensischen Einwohnern aus Ostjerusalem ein Ende zu setzen. (...) Amnesty International ruft alle Parteien dazu auf, das Internationale Humanitäre Völkerrecht zu beachten und alle durchführbaren Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, um jegliche Schäden für die Zivilbevölkerungen aller Seiten zu vermeiden.

Saleh Higazi, der stellvertretende Leiter der Abteilung Nahost und Nordafrika bei Amnesty International erklärte: „Die von Amnesty International gesammelten Beweise zeigen ein eiskaltes Muster missbräuchlicher und mutwilliger Gewaltanwendungen auf, das israelische Truppen in den letzten Tagen gegen weitgehend friedliche palästinensische Protestierende zum Einsatz gebracht haben. Einige der Betroffenen, die bei den Gewalthandlungen in Ostjerusalem verletzt wurden, waren einfach nur Passanten oder Gläubige, die dort ihre Gebete zum Ramadan abhielten.“ „Die jetzige Gewaltlage eröffnet einen scharfen Blick auf die anhaltende Kampagne, die der Staat Israel betreibt, um seine illegalen Siedlungen auszuweiten und die Zwangsvertreibung palästinensischer Einwohner – wie jener aus Sheikh Jarrah – verstärkt voranzutreiben, sodass Raum für israelische Siedler geschaffen wird. (...) Dieses Vorgehen verstößt in flagranter Weise gegen das Internationale Völkerrecht und könnte auf ein Kriegsverbrechen hinauslaufen.“ Augenzeugenberichte – ebenso wie Video- und Fotoaufnahmen, die von Amnesty Internationals Researchern vor Ort in Ostjerusalem aufgenommen wurden – zeigen, wie israelische Truppen mehrfach unverhältnismäßige und rechtswidrige Gewaltmittel eingesetzt haben, um die protestierenden Menschen durch gewaltsame Einfälle auf das Gelände der al-Aqsa-Moschee zu zerstreuen, und wie sie friedliche Demonstrant_innen in Sheikh Jarrah ohne jeden Grund gewaltsam attackiert haben. Seit Beginn des Ramadan am 13. April hatte es von palästinensischer Seite Proteste dagegen gegeben, dass Israel den Zugang von Palästinenser_innen zum Damaskus-Tor, einem der Haupteingänge in die Jerusalemer Altstadt, beschränkt hatte, und die Spannungen waren fortan kontinuierlich angestiegen. In Reaktion auf die beständigen Demonstrationen hoben die israelischen Behörden ihre Einschränkungen am 26. April 2021 wieder auf. Ein weiteres Ärgernis, das die Gemüter ebenfalls erhitzt, stellen Israels Pläne zur unmittelbar bevorstehenden

Zwangsräumung von vier palästinensischen Familien aus Sheikh Jarrah dar, die ihre Häuser zugunsten israelischer Siedler aufgeben sollen. Mehr: [Amnesty international](#)

12.5. [Zivilisten tragen wieder die Hauptlast der Gewalt](#)

Die israelische Sektion von Amnesty International hat am 20.5. eine gemeinsame Petition mit Amnesty USA an US-Außenminister Blinken herausgebracht und dabei Israels Menschenrechtsverletzungen detailliert analysiert und entsprechende Forderungen gestellt: [Text](#)

IPPNW verurteilt Eskalation der Gewalt

11.05.2021 Die IPPNW Deutschland verurteilt den Raketenangriff der Hamas auf Israel ebenso wie den Vergeltungsschlag der israelischen Luftwaffe.

(...) Die militärische Besetzung des palästinensischen Gebietes, also des Gazastreifens und des Westjordanlands einschließlich Ost-Jerusalems, ist seit 1967 ein Ausdruck der Machtasymmetrie und ein Hauptfaktor im Konflikt. Die Besetzung sowie die Blockade des Gazastreifens gehen einher mit einer Vielzahl an Verstößen gegen internationales Recht und Verletzungen von Menschenrechten der palästinensischen Bevölkerung durch das israelische Militär, die israelische Siedler*innen und den israelischen Staat.

Auf beiden Seiten des Konfliktes leidet die Zivilbevölkerung, sei es unter Krieg, Militärbesatzung, Terror und Widerstandsaktionen, traumatischen Erlebnissen, Unsicherheit oder substantiellen Einschränkungen im Alltag. „Die Auseinandersetzungen in der Region haben seit fast 150 Jahren jede Generation betroffen, so dass eigene Konflikterfahrungen durch überlieferte Traumata begleitet und verstärkt werden können“, erklärt die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen.

Lösungen für die vielschichtigen Konflikte könnten nur durch die Menschen vor Ort erarbeitet werden, allerdings nur auf Augenhöhe und ohne dass eine Seite ihre Machtüberlegenheit einsetzt, um eine ihr genehme Lösung auf Kosten der schwächeren Seite durchzusetzen.

Die deutsche IPPNW-Sektion verurteilt jeglichen Versuch, einseitig Fakten zu schaffen, Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele einzusetzen oder das Existenzrecht der jeweils anderen Seite und ihr Recht auf Selbstverwirklichung zu negieren. - [mehr](#)

[Erklärung](#) der Vereinigung demokratischer Juristen
Die Bundesregierung erfüllt ihre Verpflichtung für die Sicherheit Israels nur, wenn sie auf einen völkerrechtskonformen Frieden hinwirkt – ohne Gewalt und ohne Vertreibung!

Rede von Lili Sommerfeld
für die [Jüdische Stimme für gerechte Frieden in Nahost](#)

Interview mit [Noam Chomsky](#) 26.5.2021

UN-Organisation: <https://www.ochaopt.org/crisis>

Mechthild Klingenburg-Vogel

80. Jahrestag des Beginns des Angriffskriegs gegen die Sowjetunion:

ERINNERUNG – MAHNUNG – WACHSAMKEIT

GEDENKVERANSTALTUNG: 22. Juni 2021, Kiel

Vor 80 Jahren begann mit dem Angriff auf die Sowjetunion der Krieg im Osten. Dieser Krieg gegen den Bolschewismus war als Eroberungskrieg schon lange geplant, um „Lebensraum im Osten“ für die Deutschen zu erobern. Dieser ideologisch-rassistische Krieg, Hauptziel Hitlers schon seit den Zwanzigerjahren, war von Anfang an als Vernichtungskrieg geplant. Ungeheuerlichen Massenerschießungen der jüdischen Bevölkerung durch SS, SD und Wehrmacht hinter der Front, dem sog. „Kommissarbefehl, der Ermordung der „jüdisch-bolschewistischen Intelligenz“ sowie dem „Hungerplan“, der bewussten Inkaufnahme des Hungertods der Zivilbevölkerung in den eroberten Gebieten, im eingeschlossenen Petersburg und dem Hungertod von 3 Millionen sowjetischer Kriegsgefangener kosteten mindestens 21 Millionen Sowjetbürgern das Leben.

Das Entsetzen über die im Holocaust „fabrikmäßig“ ermordeten 6 Millionen Juden, Sinti und Roma sowie politisch Andersdenkenden in den Konzentrationslagern wird im deutschen Bewusstsein anlässlich zahlreicher Gedenkveranstaltungen zu Recht präsent gehalten. Das Wissen um die Schuld gegenüber den Juden ist Teil der deutschen Identität und sorgt mit der Mahnung des „Nie wieder!“ für eine hohe Sensibilität gegenüber Antisemitismus und, besonders in der jüngeren Generation, auch für ein breites Engagement gegen Rassismus.

Aber wie ist es mit der Aufarbeitung der Schuld gegenüber den Völkern der ehemaligen Sowjetunion? Durch die Betonung der Traumatisierungen durch auch von der Roten Armee bei ihrem Vorrücken verübten Grausamkeiten werden die deutschen Kriegsverbrechen, wie sie z.B. in der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ (1) dokumentiert sind, verleugnet.

Und anders, als die geglückte Aussöhnung mit dem ehemaligen „Erzfeind“ Frankreich durch Jugendaustausch und Städtepartnerschaften wurde die kommunistische Sowjetunion nach 1945 rasch vom kapitalistischen Westen und mit ihm von der jungen Bundesrepublik zum neuen alten Feind, der 1990 dann wirtschaftlich doch noch besiegt wurde.

Der Kniefall Willy Brandts am Denkmal für die Opfer des Aufstands im Warschauer Ghetto war ein ganz wichtiges

Symbol für die Anerkennung von Schuld, Bitte um Vergebung und Übernahme von Verantwortung, das Versöhnung möglich macht.

Solch eine Geste gegenüber der Sowjetunion fehlt bis heute weitgehend.

Heute wird zunehmend mit dem Feindbild Russland in der Politik und in den Medien ein immer gefährlich werdender Konflikt geschürt. Mit großen NATO-Manövern bis an die Grenzen Russlands und russischen Großmanövern auf der anderen Seite droht eine militärische Eskalation, die potentiell sogar zum Atomkrieg führen könnte. Und Deutschland und Mitteleuropa werden dann als atomares Schlachtfeld nur noch als Trümmerwüste zurück bleiben.

Warum haben wir so wenig aus den Folgen ideologischer Verführung durch Feindbilder gelernt? Warum haben wir die guten Erfahrungen durch Aussöhnung nicht genutzt?

Die Internationale Vereinigung der Ärzte und Ärztinnen gegen den Atomkrieg IPPNW wurde 1980 durch 3 US-amerikanische Ärzte und 3 sowjetische Ärzte gegründet, um aus gemeinsamer Sorge um das Überleben der Menschheit der damals immer gefährlicher werdenden Blockkonfrontation das gemeinsame Besorgtsein durch Aufklärung darüber, dass es nach einem Atomkrieg keine Sieger mehr geben würde, und dem Kalten Krieg versöhnende Beziehungen entgegen zu setzen. Dafür erhielt die weltweite Bewegung IPPNW 1985 den Friedensnobelpreis.

Dass die Bundesregierung auf die kürzliche Anfrage der Linksfraktion, ob von ihr Gedenkveranstaltungen zu diesem heutigen 80. Jahrestag geplant seien, kalt antwortete „nein!“, empfinde ich als eine ungeheuerlich arrogante und die Opfer missachtende Haltung!

Umso dankbarer bin ich, dass der Verein Mahnmal Kilian, die deutsch-russische Gesellschaft, Herr Stadtpräsident Toivar als Vertreter der Stadt Kiel und viele Friedensorganisationen diese Veranstaltung in Kiel ermöglicht haben.

Die Nicht-Beachtung dieses historischen Jahrestags wäre eine nochmalige Beschädigung der Opfer. [Mehr](#)

(1) SiG-Redaktion: Zur Ausstellung: [Leitfaden](#) ; [BPP](#)

Friedensbewegungen

IPPNW

Bundesweiter Aktionstag gegen Abschiebungen nach Afghanistan!

In mehreren Städten finden am **Samstag, den 5. Juni 2021**, Aktionen statt | Nächste Sammelabschiebung am 8. Juni von Deutschland aus geplant



In Anbetracht der geplanten [Innenministerkonferenz](#) (16.-18. Juni), dem 70-jährigen Jubiläum der [Genfer Flüchtlingskonvention](#) im Juli und der anstehenden Bundestagswahlen im September rufen Gruppen, Verbände, Organisationen und Einzelpersonen auf, sich gegen Abschiebungen nach Afghanistan sowie gegen die deutsche Asylpolitik vis-à-vis Schutzsuchenden aus Afghanistan zu positionieren. In Afghanistan herrscht seit über 40 Jahren Krieg und die Sicherheitslage für Zivilist*innen verschärft sich immer weiter.

<https://ippnw.de/startseite.html>



Vom 11. bis 13. Juni 2021 treffen sich die Staats- und Regierungschefs der reichsten und mächtigsten Staaten zum **G7-Gipfel in der Carbis Bay** im südenglischen Cornwall und am **14. Juni zum NATO-Gipfel in Brüssel.**

(...)
Gegen Krieg und militärische Aufrüstung, für weltweite soziale Gerechtigkeit, für Solidarität mit denen, die vor Krieg, Hunger und der Zerstörung ihrer Heimatländer fliehen und

für eine Wende hin zu einem demokratischen, sozialen und ökologischen Fortschritt, der auch das Klima rettet.

BÜNDNIS STOPP G7 / NO TO NATO

Erstunterzeichner: Attac München, Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus, Münchner Friedensbündnis Unterstützt von u.a. Attac Deutschland



Wir fordern von der Bundesregierung,

- 1. den Stopp der nuklearen Aufrüstung,**
- 2. den Beitritt zum UN-Atomwaffenverbot und**
- 3. den Abzug der Atomwaffen aus Büchel**

Kaum bekannt: 20 US-Atombomben in Rheinland-Pfalz

Auf einem Fliegerhorst der Bundeswehr im beschaulichen Büchel, idyllisch gelegen in der Vulkaneifel in Rheinland-Pfalz, lagern die USA etwa 20 Atombomben. Im Rahmen der sogenannten nuklearen Teilhabe in der NATO trainieren deutsche Bundeswehr-Pilot*innen regelmäßig den Abwurf und sind im Kriegsfall verpflichtet, die Atombomben im Zielgebiet abzuwerfen.

Jede der in Büchel gelagerten Atombomben hat eine maximale Sprengkraft, die mit der von 13 Hiroshima-Bomben vergleichbar ist. Die Hiroshima-Bombe wurde 1945 von den USA auf Japan abgeworfen und hat binnen vier Monaten 140.000 Menschen getötet und Unzählige zu langjährigen Leiden verurteilt. Die Auswirkungen sind bis heute spürbar – eine humanitäre Katastrophe.

Wir protestieren gegen den Atomwaffenwahn und für den Verbotsvertrag! – gewaltfrei und coronakonform – IPPNW und ICAN – Aktionscamp Büchel 2021

<https://buechel-atombombenfrei.jimdofree.com/kalender/>

IALANA Webinar „Sind Atomwaffen illegal?“

Video: <https://youtu.be/7Nec-Dez0Ys> (26.5.21)

Zeitung der Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“

IPPNW- Waffenlieferungen schaffen weder Sicherheit noch Frieden - Äußerungen Robert Habecks zu Waffenexporten in die Ukraine

26.05.2021 Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW kritisiert die Äußerungen des Grünen-Parteivorsitzenden Robert Habeck zu Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet Ukraine. Die Mediziner*innen appellieren an die Partei, sich auf ihre Wurzeln zurück zu besinnen. „Zu den Ursprüngen der Grünen aus der Friedensbewegung gehörte die Entmilitarisierung der Politik, die Auflösung der Militärblöcke in Westen und Osten sowie der Abbau von Feindbildern“, erklärt die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen. „Um Frieden in der Ost-Ukraine zu schaffen sind keine weiteren Waffen notwendig. Waffenlieferungen schaffen weder Sicherheit noch Frieden“, so Claußen.

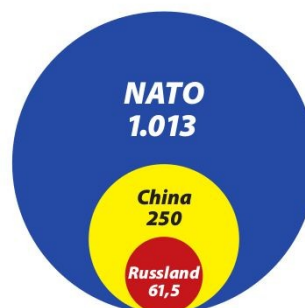
(...) Der Militäretat der Ukraine wuchs laut dem International Center for Conversion seit 2014 um 62 Prozent auf 4,6 Milliarden US-Dollar, was einem Anteil von 3,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Bei den Waffenlieferungen erhält das Land vor allem Unterstützung durch die USA, die der Ukraine seit Beginn der Kämpfe militärisches Equipment und Waffensysteme geliefert haben. (...) Auch EU-Staaten beteiligen sich an der Aufrüstung. (...) Die Partnerschaft zwischen der NATO und Ukraine wird zunehmend ausgebaut. (...) Mitte April hatte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg Kiew im Konflikt zwischen der Ukraine und Russland "unerschütterliche" Unterstützung zugesichert. Die NATO stehe an der Seite der Ukraine, sagte er nach einem Treffen mit dem ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba in Brüssel.

„Im Gegensatz zu Habecks Äußerungen, sollte sich die Bundesregierung für Deeskalation und Diplomatie einsetzen und die Rolle der OSZE stärken“, appelliert Claußen abschließend.

Weitere Informationen in dem Artikel „Aggression oder Reaktion? Konflikt zwischen der Ukraine und Russland eskaliert“ in der *Berliner Zeitung* vom 19. Mai 2021.

<https://www.ippnw.de/startseite/artikel/de/waffenlieferungen-schaffen-weder-sic.html>

MILITÄRAUSGABEN 2018 IM VERGLEICH NATO – China – Russland (in Milliarden \$)



Die Militärausgaben der NATO-Staaten stiegen im Jahr 2018 auf mehr als das 16,5-fache der Ausgaben Russlands und lagen um das vierfache über den Militärausgaben Chinas.

Quelle: Sipri, statista.com, NATO-Angaben

Nein zum NATO-Manöver BALTOPS!

Kundgebung und Mahnwache Fr., 18. Juni, 16 Uhr
www.kieler-friedensforum.de

Kiel als Marinestützpunkt wird Umschlagplatz für massive Truppenbewegungen im Rahmen von Defender 2021 und Baltops 2021. Die zunehmenden Spannungen zwischen USA/NATO und Russland sind für uns Anlass von großer Sorge. Sollte es zu einem militärischen Konflikt kommen, so ist eine nukleare Eskalation möglich! [mehr](#)

Frankreich: Aufruf für die Freiheitsrechte und gegen die Ansichten der extremen Rechten

4. Mai 2021

Seit einigen Monaten stellen wir alle fest, dass das politische und gesellschaftliche Klima in Frankreich, wie überall in Europa und in der Welt, mehr und mehr von der extremen Rechten und ihren Ideen beeinflusst wird.

Angesichts dieses Klimas des Hasses, des Rassismus und des Angriffs auf die individuellen und kollektiven Freiheitsrechte rufen wir zu einer starken, geeinten und vereinigenden Reaktion auf, um unseren gemeinsamen Kampf gegen die extreme Rechte, ihre Ansichten und alle, die sich an ihrer Verbreitung beteiligen, zu bekräftigen.

Von Bolsonaro über Trump bis hin zu Orban und Salvini erleben wir eine **rassistische und reaktionäre Offensive**, die für die Zukunft des Planeten besonders besorgniserregend ist. In Frankreich hat diese rassistische Offensive die Ausweitung der sicherheitspolitischen, freiheitsfeindlichen und antisozialen Politik zur Folge.

Dieses Klima ist nicht dem Zufall geschuldet. Die Regierung und ihre vier Aufpasser Darmanin, Vidal, Blanquer und Schiappa verschärfen es seit Monaten. Vom globalen Sicherheitsgesetz bis zum Separatismusgesetz, von der Jagd auf den Islamo-Linksradikalismus bis zur Abschaffung des Instituts für Laizismus häufen sich in dieser Präsidentschaft die Bekenntnisse zur extremen Rechten, indem deren Sprachelemente, aber auch einige ihrer Vorschläge übernommen werden.

Wenn man auf glühende Kohlen bläst und seine Zeit damit verbringt, Hass zu schüren, hat das konkrete Folgen. Es kann sogar zum Schlimmsten führen, wie wir kürzlich bei dem Angriff auf die Moschee in Bayonne gesehen haben.

Nach dem Einzug der Action Française in den Regionalrat von Okzitanien, der Verwüstung eines Buchladens und dem Angriff auf den Lesbenmarsch in Lyon durch Identitäre, nach der wiederholten Polemik gegen den angeblichen Islamo-Linksradikalismus und der Nutzung von Diskussionsrunden von Diskriminierten als Vorwand, die UNEF anzugreifen oder Audrey Pulvar zu attackieren, ist gerade ein weiterer Schritt getan worden.

In weniger als 72 Stunden wurde ein Neonazi verhaftet, der die Moschee in Le Mans angreifen wollte, die Moschee in Nantes wurde in Brand gesteckt, und das islamische Kulturzentrum in Rennes wurde mit islamfeindlichen Graffiti beschmiert.

Ein Aufruf aufwieglerischer Militärangehöriger, der sich auf die von Regierungsmitgliedern eingeleitete Hexenjagd stützt, wurde von der rechtsextremen Wochenzeitung Valeurs Actuelles in Umlauf gebracht und von Marine Le Pen unterstützt, ohne dass Emmanuel Macron darauf reagierte oder die Regierung eine Klage bei den Gerichten einreichte.

Wir können nicht hinnehmen, dass diejenigen, die unter Hass, Diskriminierung und Ungerechtigkeit leiden, nun von der extremen Rechten des Rassismus bezichtigt und der Willkür preisgegeben werden.

Wir können nicht länger hinnehmen, dass der Kampf gegen terroristische Taten, die wir aufs Schärfste verurteilen, von schändlichen Vermischungen begleitet wird.

Wir können nicht hinnehmen, dass wir, Aktivist*innen von politischen Parteien, Gewerkschaften und Vereinigungen, angeprangert werden, während diese Regierung jeden Tag mit ihren reaktionären und freiheitsfeindlichen Gesetzen den roten Teppich für die extreme Rechte ausrollt.

Wir können die direkten Drohungen, die jetzt gegen uns gerichtet werden, nicht mehr hinnehmen.

Wir, Aktivist*innen von politischen Parteien, Gewerkschaften und Vereinigungen sowie Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft, rufen zu einer großen Demonstration im Frühjahr 2021 auf, um Nein zu sagen zur extremen Rechten und zu ihren Ansichten, die sich in der Regierung breitmachen, und um unsere individuellen und kollektiven Freiheitsrechte zu verteidigen.

Wir rufen Verbände, Gewerkschaften, Kollektive und Parteien, die den Inhalt dieses Aufrufs teilen, zum Zusammenschluss für dessen Umsetzung auf.

<https://www.appelpourleslibertes.com/>

Aufruf zum 12. Juni 2021

Seit einigen Monaten leben wir in einem alarmierenden politischen und gesellschaftlichen Klima. Es ist nicht mehr verboten, sich mit der extremen Rechten zu verbünden oder deren Ansichten zu übernehmen. Rassistische und sexistische Kommentare und Handlungen am Arbeitsplatz und im Alltag mehren sich. Die Angriffe auf Freiheitsrechte und soziale Rechte nehmen erheblich zu. In diesem politischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitspolitischen Kontext explodieren die Ungerechtigkeiten und sie erzeugen großes soziales Elend.

Mehrere freiheitsfeindliche Gesetze machen den Weg frei für eine autoritäre Überwachungs- und Kontrollgesellschaft, die Informationen über die – schon sehr umfangreiche – Polizeigewalt verhindern würde. Darüber hinaus stigmatisieren einige dieser Gesetze einen Teil der Bevölkerung aufgrund seiner Religion, weitere zielen auf Menschen wegen ihrer engagierten Aktivität.

Wie die Unterzeichner des Appells für die Freiheitsrechte und gegen die mörderischen Ansichten der extremen Rechten verspüren wir alle die Dringlichkeit einer starken und vereinten Antwort, die Freiheitsrechte, Arbeit und nachhaltige Zukunft verbindet.

Angesichts dieses Klimas des Hasses, des Rassismus und der Angriffe auf die individuellen und kollektiven Freiheitsrechte haben wir gemeinsam beschlossen, **am Samstag, den 12. Juni 2021, einen ersten großen nationalen Tag der Demonstrationen und Mobilisierungen** durchzuführen, der lokal organisiert wird.

Dieser Tag ist Bestandteil der sich vermehrenden Initiativen zum Aufbau eines Zusammenschlusses. Schon jetzt haben unsere Gewerkschaften, politischen Organisationen, Vereine, Kollektive, die Unterzeichner des Aufrufs, beschlossen, diesen Kampf langfristig aufzubauen.

Die Erstunterzeichner

Gewerkschaften: CGT, FSU, Union syndicale Solidaires, Syndicat des Avocats De France, Syndicat de la Magistrature, UNEF (Union nationale des Étudiants de France), UNL (Union nationale des Lycéens), Fidl, MNL (Mouvement national Lycéen), FSE (Fédération Syndicale Etudiante), l'Alternative, Confédération Paysanne, USP (Union Syndicale de la Psychiatrie), CNT-SO, CGT-Police
Vereine und Verbände: Attac, LDH, FCPE, Fondation Copernic, Oxfam, Alternatiba, Amis de la terre, Résilience commune, DAL, CNL (Confédération nationale du Logement), Comité justice pour ibo, Emancipation collective, Rencontre des justices, Coexister, CRAN, SOS Racisme, QNQF (Quartiers nord, Quartiers forts Marseille), Observatoire National contre l'extrême droite, MRAP, asso-

ciation ViSA, Femmes égalité, Collectif National pour les Droits des Femmes, Collectif féministe Les Rosies, Les effronté.e.s, JOC (Jeunesse Ouvrière Chrétienne), AFPS, Conseil démocratique Kurde France, FTCR, CRLDHT, UTAC, France Amérique Latine, La Jeune Garde (Lyon, Strasbourg et Paris), Université Ouverte, Unis pour le climat et la biodiversité

Medien: Regards, L'Humanité, Politis, Contretemps, Le Media

Politische Organisationen: ENSEMBLE !, Génération.s, La France Insoumise, GDS, Nouveaux Démocrates, NPA, Place Publique, le Parti de Gauche, les jeunes écologistes, MJCF (Mouvement des Jeunes Communistes), UEC, PEPS, Jeunes Génération.s, Rassemblement Communiste, UCL (Union Communiste Libertaire)

Kulturschaffende in Frankreich stehen auf und besetzen Theater



Ab März 2021 haben Kulturschaffende in Frankreich über 100 Theater und weitere Kultureinrichtungen besetzt. Gefordert wurde deren Wiedereröffnung (Video "[Läßt uns arbeiten](#)") aber auch eine soziale Absicherung für die seit Monaten erwerbslosen Kulturschaffenden.

Das [Video vor dem Odeon in Paris](#) zeigt eindrucksvoll ihre Aktionsformen. (Foto: [L'humanité](#)). Ein Lied von HK „[Danser encore](#)“ haben Kulturschaffende in vielen Flashmobs eingesetzt: [gare du Nord](#), [gare de l'Est](#), [La Rochelle](#), [La Chapelle en Vercors](#) ... , auch in [Basel](#), [Rostock](#), [Lausanne](#), [Montreal](#) u. v. m. .

Der hier übersetzte Artikel drückt die verbreitete Stimmung aus „**Wenn das Elend systematisch wird, dann muss das**

System verändert werden!“. Leitmotiv bei allen Aktionen ist die Klage gegen den erzwungenen Verlust der Menschlichkeit (s. dazu das [Video vom Pflegepersonal in Krankenhäusern](#)) und die Betonung der Solidarität. Die Kultureinrichtungen haben jetzt wieder geöffnet; Kulturschaffende engagieren sich gegen [das vorgesehene Austeritätsprogramm](#) weiter.

Aus einem besetzten Theater

(Anfang April geschrieben)

Wir besetzen seit drei Wochen das Theater in Limoges.

Ich bin Regisseur und Schauspieler: Es wäre viel einfacher für mich, das Theater zu besetzen, um über Kultur, meinen Beruf, kulturelle Demokratisierung zu sprechen und nur die Wiedereröffnung der Räumlichkeiten zu fordern. Wir vermissen sowohl das Publikum als auch die Bühnen sehr. Es wäre an sich normal, für unsere Branche und im Namen der Kultur zu kämpfen.(...) Nur, dass es darum nicht geht. Oder nicht nur...

In den letzten drei Wochen trafen sich hier in Limoges Künstler und Autoren, Arbeitslose, Kurier von Deliveroo oder Uber, Studenten, selbstständig Beschäftigte der Kulturbranche, Aktivisten.... Aus all den Erzählungen ergibt sich eine erschreckende Gemeinsamkeit: das Ausmaß der Prekarität in unserem Land. Die Art von Prekarität, die in Reden auf der Bühne beklagt wird, die hier aber in Körpern, Gesichtern und Stimmen deutlich wird.

Es ist nicht unbedeutend, dass die erste Forderung aller besetzten Kultureinrichtungen die Rücknahme der von der Regierung angestrebten mörderischen Reform der Arbeitslosenversicherung ist. Was uns antreibt und empört, ist, dass wir den Tod einer mythischen Errungenschaft feststellen. Das soziale Sicherungssystem,

das ursprüngliche, das von Croizat, wird vor unseren Augen und in ohrenbetäubendem Schweigen ermordet. Per Dekret. Ohne jede Debatte, auch in dem Parlament.

So wie die Zerstörung des Krankenhauses durch neoliberale Gesetze uns in dieser Gesundheitskrise an die Wand geführt hat (erinnern Sie sich an die Krankenschwestern, die Kittel aus Müllsäcken herstellten?), führt uns die fortschreitende Zerstörung einer Arbeitslosenversicherung, die diesen Namen verdient, zu dem, was sich als die schwerste Armutskrise seit dem Speißenlauf von 1929 herausstellen wird.

Seit einem Jahr sind in den Berufszweigen, die von der Gesundheitskrise betroffen sind, Tausende von Arbeitnehmern in Armut geraten. Ich denke an die zwei Millionen Zeitarbeiter, all die Arbeiter mit Kurzzeitverträgen, die keinen Anschluss mehr an die Arbeitslosenversicherung haben und denen nicht geholfen werden konnte wie den 120.000 Zeitarbeitern in der Unterhaltungsindustrie. Zuerwähnen sind auch Künstler und Autoren, die aufgrund ihrer nicht gewählten Selbstständigkeit keinen Anspruch auf irgendetwas haben, keine Hilfe bekommen.

Wenn wir noch ein effizientes Sozialmodell hätten, würden wir nicht diese schrecklichen Bilder von Essensschlangen in den Universitäten sehen.

In unseren Theatern sehen wir zwei Kategorien, die sinnbildlich für die Wahl der Gesellschaft stehen, die sich uns auftut: die der Angestellten, zu denen ich gehöre, die noch von einer Arbeitslosenversicherung profitieren (wie lange noch?), und die der Nicht-Angestellten, die überarbeitet und aus der Angestelltenschaft herausgefallen sind und nur ihre Arbeitskraft zum Überleben haben. Die Regierung hat sich vorgenommen, die Prekarität der letzteren zu erhöhen und wird bald die ersteren angreifen.

Die nächste Welt wird die des 19. Jahrhunderts sein. Ein Dschungel...

Wir stehen alle mit dem Rücken zur Wand. Werden wir weiterhin hilflos zusehen, wie das Sozialmodell, auf das wir im Ausland so stolz sind, per Dekret und von ein paar Ministern zerstört wird?

Die Debatte findet in Theatern statt, so soll es sein. Es muss ein Kulturkampf sein. Aber es steht so viel auf dem Spiel, dass die gesamte Gesellschaft ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen diese Debatte aus den Orten herausführen muss, an denen wir uns aufhalten.

Es ist von lebenswichtiger Dringlichkeit für Millionen von uns.

[Lied](#) von Kulturschaffende in Limoges [Straßenaktion der Künstler*innen am 1.Mai gegen die Zerstörung der Öffentlichen Dienste und die Prekarität](#)

Brief aus dem Süden Frankreichs, Frühling 2021

Vieles ist wieder geschehen auf der französischen Bühne mit teilweise neuen Akteuren. Die begonnenen Prozesse gegen Farida und Jerome Rodrigues, angesprochen im letzten Brief aus dem Süden, haben stattgefunden. Jerome wurde freigesprochen mit der Begründung, dass mit dem Ausdruck „**die Polizisten sind eine Bande von Nazis**“, eine besondere Gruppe von Polizisten angesprochen wurde aufgrund der Brutalitäten beim Einsatz gegen die Protestbewegung. Der Prozess von Farida wurde verschoben auf den September 21.

Das globale Sicherheitsgesetz zum „**Schutz der Polizei**“ vor den Protestbewegungen wurde verabschiedet. Jetzt geht es einfach noch mehr darum, überall den Agenten des Staates ein Gesicht zu geben und Ihnen den Spiegel vorzuhalten, **oser filmer partout - filmen zu wagen überall**.

Aber nun zu den neuen Akteuren auf der gesellschaftlichen Bühne :

Generäle im Ruhestand, unterstützt von etwa 100 aktiven Offizieren und einer unbekanntem Zahl von Unterstützern haben einen Text öffentlich gemacht und danach in der „*valeur actuelle*“ veröffentlicht, einer rechtsextremen Zeitschrift, die vor einigen Monaten die Wohltaten der Sklaverei in einem Artikel verkündete.

Diese Generäle wollen die Ehre der Nation und natürlich auch der Zivilisation retten, die ihrer Sichtweise nach in Frankreich bedroht ist. Nun die Frage „**Vor wem ?**“ Das haben sie in diesem Brief mitgeteilt und wurden auch sofort nach Lesen des Briefs von Marine Le Pen und ihrem rechtsextremen Milieu unterstützt.

Die Horden in der Vororten und der Islam ist als ein Feind ausgemacht, danach kommen die **Antirassisten**, also alle die Bewegungen in den Vororten und in ganz Frankreich, die sich gegen die zunehmenden Diskriminierungen / Rassismus im Alltag, Sexismus und Polizeigewalt wehren und seit dem Mord an Georg Floyd einen heftigen Auftrieb bekamen. Ja und dann aber auch die **dekoloniale Bewegung**, die nach den historischen Ursprüngen von Straßennamen, Denkmälern, Generalsfiguren forscht und dabei feststellt, dass manche der Heldentaten dieser öffentlichen Figuren auf Denkmälern nichts anderes waren als koloniale Massaker an den aufständischen Menschen in Frankreichs Kolonialimperium.

Das macht den heutigen Generälen natürlich ganz schön Angst, denn sie stehen in dieser Tradition und verteidigen diese blutbefleckten zivilisatorischen Werte des Imperiums.

Dazu kommt auch, dass gerade die Polizeigewalt gegen die Gelbwesten zu einer **sozialen Annäherung** geführt hat mit den Menschen in den Vororten, die diese Gewalt alltäglich seit langer Zeit erleben.

Genau diese sozialen Annäherungen und Bewegungen bedrohen natürlich die „zivilisatorische“ Ordnung im kapitalistischen Frankreich 2021. Ihre Forderungen nach Gleichheit und Gerechtigkeit gegen die immer mehr zunehmende soziale Ungleichheit und gegen die Straflosigkeit der Polizeiorgane sind unvereinbar mit der Republik der Besitzenden. Diese Generäle fürchten die andere Republik, sozial

und demokratisch wie ehemals vor 150 Jahren die 72 Tage der Kommune.

Dieses Trauma verfolgt die Herrschenden auch heute noch, angesichts auch der vielen Diskussionen, Filmen, Veranstaltungen und Umzügen in diesen Monaten vom März bis Mai 2021 in Frankreich. Die Initiative „**Faisons vivre la commune – lassen wir die Kommune leben**“, – hat quer durch Frankreich, besonders aber in Paris, ein fantastisches vielfältiges Programm organisiert zu den Tagen der Kommune.

Voilà, das wars – **Generäle gegen die Kommune** – spannend dieses Geschehen und sicher auch für euch inspirierend zum weiterforschen. Und als Parole für die folgenden Monate „**Mut und Initiative**..“

Leïla, aide soignante
1255 euros de salaire net par mois en 2020

Françoise Bettencourt-Meyers
+ 21 milliards en 2020

QUI DOIT PAYER LA CRISE?

%
attac

Faisons payer les #ProfiteursDeLaCrise

Leïla – Pflegekraft: 1205 Netto /Monat
F. Bettencourt-Meyers: +21 Mrd. € im Jahre 2020
aus: Attac Frankreich: [Wer muss für die Krise zahlen?](#)

Bericht über die Multinationalen in Frankreich

<https://multinationales.org/?lang=en>

Dividends, climate, jobs, lobbying ... and Covid-19.

The Multinationals Observatory presents the 2020 edition of [CAC40: The True Annual Report](#), its yearly dissection of major French corporations from an economic, but also social, ecological and democratic point of view.

9. Mai 2021: Märsche für das Klima



[Appell](#) und [Fotos](#) aus ganz Frankreich

Antifaschismus ist und bleibt gemeinnützig

– starkes Zeichen gegen die Wertung des bayerischen Verfassungsschutzes!!

Am 27. April 2021 erreichte uns der Bescheid des Finanzamts für Körperschaften, mit dem es unserem Einspruch gegen die Bescheide, mit denen uns die Gemeinnützigkeit für die Jahre 2016 – 2018 aberkannt hat, stattgegeben hat.

Wir sind erleichtert und froh, dass das Finanzamt und die Berliner Finanzverwaltung nach eineinhalbjährigem Verfahren die Wertung des bayerischen Inlandsgeheimdienstes, wir seien „extremistisch“, als widerlegt betrachten. (1) Dazu haben wir mehrere Stellungnahmen und wesentliche Dokumente zu den Grundlagen unserer Arbeit vorgelegt, die unser Selbstverständnis als partei- und spektrenübergreifende Organisation, in der es – von Christ*innen, Sozialdemokrat*innen und Grünen über Linke und DKP zu parteilosen Mitgliedern aus unterschiedlichen Zusammenhängen – unterschiedliche Zugänge zum Antifaschismus gibt, darlegen.

Außerdem haben sowohl die beiden Vorsitzenden unserer inzwischen 8.000 Mitglieder zählenden Vereinigung, Cornelia Kerth und Axel Holz, als auch die Ehrenpräsidentin Esther Bejarano eine Eidesstattliche Versicherung abgegeben, dass es nach ihrer Kenntnis keine „von der Vereinigung oder einer verantwortlich für sie handelnden Persönlichkeit“ ausgehende Erklärung darüber gebe, „dass sie ‚alle nicht-marxistischen Systeme – also auch die parlamentarische Demokratie – als potentiell faschistisch, zumindest aber als eine Vorstufe zum Faschismus betrachtet, die es zu bekämpfen gilt‘.“ – wie es das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz behauptete.

Weiter wird ausgeführt: „Die Vereinigung hat die parlamentarische Demokratie und schlechthin den Gehalt unserer Nachkriegsverfassungen auf Bundes- und Länderebene als eigenständigen Selbstwert (...) verteidigt und dies als eine aus dem antifaschistischen Kampf stammende grundlegende Verpflichtung behandelt, die ein gemeinsames Auftreten von kommunistischen, sozialistischen, christlichen, liberalen und sonstigen demokratischen Antifaschisten legitimiert.“

Es ist ein gutes Gefühl, dass wir in der Auseinandersetzung um unsere Gemeinnützigkeit eine überwältigende Solidarität erleben durften:

- Mehr als 100 Organisationen und Initiativen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen schickten uns Solidaritätsschreiben (...). Über 2.000 Antifaschist:innen haben diesen Angriff zum Anlass genommen, sich uns als Mitglieder anzuschließen.

- Eine hohe Spendenbereitschaft hat dafür gesorgt, dass wir die zunächst drohende Insolvenz nicht mehr fürchten mussten und unsere Arbeit verstärken können. Allen Spender:innen sagen wir noch einmal herzlichen Dank.

- Viele unserer Mitglieder haben sich mit ihren Kontakten und ihrem Gewicht, mit eigenen Aktionen und guten Vorschlägen eingebracht und dazu beigetragen, dass unsere Petition „Die VVN-BdA muss gemeinnützig bleiben“ von mehr als 50.000 Menschen unterzeichnet wurde.

Die nun wieder erfolgte Anerkennung unserer Gemeinnützigkeit für die Jahre 2016-2018 ist ein wichtiges Zeichen für alle Antifaschistinnen und Antifaschisten und für alle, die noch weiter um die Anerkennung ihrer Arbeit als gemeinnützig kämpfen müssen.

In diesem Sinne fordern wir weiterhin die Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts und die Streichung des Paragraphen 51, Absatz 3, Satz 2 aus der Abgabenordnung!

In einer Demokratie dürfen nicht Geheimdienste über die verfassungsmäßige Bandbreite der gesellschaftlichen Debatte entscheiden!

(1) Grundlage für den Entzug der Gemeinnützigkeit war § 51, Absatz 3, Satz 1 und 2, der Abgabenordnung, wo es heißt:

„Eine Steuervergünstigung setzt zudem voraus, dass die Körperschaft nach ihrer Satzung und bei ihrer tatsächlichen Geschäftsführung keine Bestrebungen im Sinne des § 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes fördert und dem Gedanken der Völkerverständigung nicht zuwiderhandelt. ²Bei Körperschaften, die im Verfassungsschutzbericht des Bundes oder eines Landes als extremistische Organisation aufgeführt sind, ist widerlegbar davon auszugehen, dass die Voraussetzungen des Satzes 1 nicht erfüllt sind.“



Berlin, 28. April 2020, www.vvn-bda.de

Attac Deutschland

Rechtsweg nach fast sieben Jahren erschöpft – Auf nach Karlsruhe!

Nach fast sieben Jahren juristischer Auseinandersetzung ist der Rechtsweg erschöpft. Attac zieht vors Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Mit dem Revisionsurteil des Bundesfinanzhofs (BFH) vom Januar 2021 ist der Instanzenweg zu Ende. Der BFH hat es versäumt, sein auch in Fachkreisen umstrittenes erstes Urteil vom Februar 2019 einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Dabei hatten die Richter*innen am Hessischen Finanzgericht die Revision explizit zugelassen, damit der BFH sein erstes Urteil korrigieren oder zumindest besser begründen kann.

Die Richter*innen in Kassel vermuteten gar, dem BFH seien die gesellschaftlichen Auswirkungen seines ersten Urteils nicht bewusst gewesen.

Das Urteil des BFH vom Februar 2019 hat verheerende Folgen für die Demokratie: Es schränkt das politische Engagement gemeinnütziger zivilgesellschaftlicher Organisationen stark ein. Hauptgrund ist eine absurd verengte neue Definition des Satzungszwecks Politische Bildung (Volksbildung) durch den BFH. Gemeinnützige Körperschaften mit diesem Satzungszweck sind nun vom Entzug der Gemein-

nützigkeit bedroht. So wurde kurze Zeit nach dem Urteil gegen Attac der Kampagnenorganisation Campact die Gemeinnützigkeit entzogen. Wenig später folgten das soziokulturelle Zentrum DemoZ in Ludwigsburg. Immerhin hat das Bundesfinanzministerium, auf dessen Betreiben das Attac-Verfahren ironischerweise erst vor dem BFH gelandet war, inzwischen bestimmt, dass bis Ende 2021 keinem weiteren Verein die Gemeinnützigkeit auf Grundlage des BFH-Urteils von 2019 entzogen werden soll.

<https://www.attac.de/kampagnen/gemeinnuetzigkeit/gemeinnuetzigkeit>

Deutschland: Einige Bündnisse

„Wer hat, der gibt“

Krisen- und Umverteilungsbündnis



<https://werhatdergibt.org/>

Reichtum umverteilen

durch progressive Steuerpolitik!
Weitere Spaltung der Gesellschaft verhindern!

An die Bundesregierung,
(...) **In Deutschland besitzen die 45 reichsten Haushalte mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung.** (...) hat sich die ohnehin schon sehr große sozioökonomische Ungleichheit in der Krise weiter verschärft. (...) Durch Corona-Hilfen für Unternehmen, die gestiegene Arbeitslosenquote und Steuerausfälle steigen die Staatsausgaben um hunderte Milliardenbeträge, während gleichzeitig die Einnahmen sinken - die Staatsverschuldung nimmt zu. Eine Rückkehr zur Schuldenbremse sowie eine Tilgung der Corona-bedingten Staatsschulden bis 2042 lehnen wir ab. Unter keinen Umständen dürfen in den kommenden Jahren Geringverdienende - nicht selten jene, die die Gesellschaft durch die Krise tragen - unter Spardruck leiden. Unseres Erachtens wird es höchste Zeit, dass die Bundesregierung die Vermögen in die Pflicht nimmt, anstatt sich der Schuldenbremse zu unterwerfen und öffentliche und soziale Ausgaben zu kürzen. **Wir fordern eine progressive Steuerpolitik, die eine langfristige Umverteilung des Reichtums von oben nach unten sichert.**

Konkret kann dies gelingen durch:

- die Wiedereinführung einer effektiven Vermögenssteuer (...)
- eine effektive Besteuerung großer Erbschaften und Schenkungen (...)
- die Bekämpfung der Steuervermeidung multinationaler Konzerne, (...)
- die Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer für besonders hohe Einkommen,
- eine einmalige Vermögensabgabe zur Deckung der Kosten der Coronakrise. Argentinien hat es vorgemacht.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft sowie den sozial-ökologischen Herausforderungen der Gegenwart fordern wir Sie dazu auf, das Steuersystem umfassend zu reformieren!

Aktionstag am 21.8.2021

Solidarisch geht anders



Die Pandemie ist ein Brandbeschleuniger für bestehende Ungerechtigkeiten.

Viele merken jetzt: Profitlogik und Ausgrenzung sind die eigentliche Krise.

(...)Wir brauchen keine Politik für den Markt, keinen Nationalismus, sondern Politik für alle Menschen: für soziale Gerechtigkeit, materielle Sicherheit und Gute Arbeit, für Klimagerechtigkeit, gegen jeden Rassismus und Sexismus. Die Politik, für die wir streiten, ist solidarisch für ALLE!

Wir wollen raus aus der Krise, nicht zurück! Setzt euch mit uns ein!

Solidarische Gesundheit - Menschenleben sind wichtiger als Profite!

Materielle Sicherheit - Umverteilung statt zurück zum Kaputtsparen!

Effektive Vermögenssteuer, Corona-Abgabe auf hohe Vermögen;

Schuldenerlass und Reparationszahlungen für kolonial und heute ausgebeutete Länder (Globaler Süden)

Teilen der Sorgearbeit - in und nach der Coronakrise!

Kürzere Erwerbsarbeitszeit mit finanzieller Absicherung für alle Menschen

Aufbau und Demokratisierung sozialer Infrastruktur: Bildung, Pflege, Mobilität, Kultur und vieles mehr

Gleiche Rechte für alle Menschen - gegen Rassismus und Abschottungspolitik! Klimagerechtigkeit - statt Milliarden für Verwüstung!

Unterstützung solidarischer Selbstorganisation im Globalen Süden statt Ausbeutung und Raubbau in einer ungleichen Weltwirtschaft

Aktionswoche 8.-16. Juni 2021



<https://solidarischgehtanders.org/>

Der Paritätische Gesamtverband

lädt unter dem Motto

"Armut? Abschaffen!"

vom 10.-12. Juni 2021

zu einem digitalen [Aktionskongress](#) ein.

BUND und Paritätischer Gesamtverband streiten für einen grundlegenden Umbau der Gesellschaft. Ziel ihrer [Zukunftsagenda](#) ist, einer ökologischen und gerechten Gesellschaft für alle Menschen den Weg zu bereiten!

<https://www.bund.net/zukunftsagenda/>

<https://renten-zukunft.de/>

Für einen Neuanfang in der Rentenpolitik



- Altersrenten, die mindestens 75% des im Arbeitsleben erzielten Nettoeinkommens betragen.
- Als Sozialstaatsgebot: Mindestrenten über der Armutsschwelle.
- Eine Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen ohne Ausnahmen. Finanziert im Umlageverfahren mit steuerlichen Zuschüssen. [Petition](#)

Erklärung von COESPE (Spanien) & SENIORENAUFSTAND (Deutschland) angesichts der Empfehlungen der EU-Kommission zur Privatisierung und Verschlechterung der Renten :

Zwei Ziele stehen im Mittelpunkt dieses „Grünbuch zum Thema Altern“ der EU:
-Erhöhung der Lebensarbeitszeit bis über 70 Jahre bei gleichzeitig sinkender Nettoersatzquote
-Stärkung privater, kapitalgedeckter Rentensysteme zu Lasten der gesetzlichen Rentensysteme

Attac Österreich Luxus-Hotel von René Benko beschlagnahmt

Erste Ratenzahlung des Corona-Lastenausgleichs wurde fällig



Das österreichische [Inspektorat für Corona-Lasten](#) hat das Park Hyatt Vienna, ein Luxushotel im ersten Wiener Bezirk im Besitz des Milliardärs René Benko, beschlagnahmt. Grund ist die ausstehende Begleichung des Corona-Lastenausgleichs.

Mit dem [Corona-Lastenausgleich](#) müssen Vermögen ab 5 Millionen Euro mit 10 Prozent, Vermögen ab 100 Millionen Euro mit 30 Prozent und Vermögen ab einer Milliarde Euro mit 60 Prozent einen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten. Im Falle von René Benkos Vermögen von 4,6 Milliarden Euro ergibt das eine Gesamtabgabe von 2,45 Milliarden Euro – bezahlbar in Raten über fünf Jahre. Das Park Hyatt entspricht Benkos erster Anzahlung.

„Der Corona-Lastenausgleich sieht vor, dass auch Milliardäre wie René Benko ihren gerechten Beitrag zur Bewältigung der Corona-Krise leisten. Wir werden daher in Zukunft für die Umsetzung sorgen“, erklären die Verantwortlichen des Inspektorats. „Denn sonst besteht die Gefahr, dass nach der Krise Arbeitslose oder von Armut Betroffene zur Kasse gebeten werden oder jene, die uns mit ihrer harten Arbeit durch die Krise bringen.“ Insgesamt können mit dem Lastenausgleich in Österreich - konservativ gerechnet - rund 75 bis 85 Milliarden Euro eingenommen werden. Das ermöglicht der Republik Österreich wichtige Zukunftsinvestitionen für ein stärkeres Gesundheitssystem, eine Job-Offensive und die sozial-ökologische Umgestaltung der Wirtschaft.

Der Immobilienspekulant René Benko gehört mit rund 4,6 Milliarden Euro Vermögen zu den reichsten Menschen Österreichs.(...) Benkos Signa Prime Selection AG hat während der Pandemie [über 200 Millionen Euro an Dividenden](#) ausgeschüttet. Sie wird zu 54 Prozent von Benko selbst kontrolliert. (...) Benko nutzt für seine Geschäfte auch seine ausgezeichneten Kontakte zu [Sebastian Kurz](#). Kurz hatte Benko persönlich beim Kauf des Leiner-Hauses unterstützt. Vom deutschen Staat wird Benkos Warenhauskette Karstadt gerade mit einem 460 Millionen Euro Kredit gerettet - und fordert nun [weitere 200 Millionen Euro](#). Zugleich existieren direkte Verbindungen zu den politisch Verantwortlichen, dem deutschen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und Finanzminister Olaf Scholz. Beide sitzen im Kuratorium der Ruhrkohlestiftung RAG, die wiederum über die Signa Prime an einer Vielzahl von Kaufhof- und Karstadt-Warenhäusern beteiligt ist.

Benkos Signa-Gruppe hält gleichzeitig Karstadt-Immobilien über luxemburgische Firmen, um Steuern zu vermeiden. Gewinne fließen [über Briefkastenfirmen in Luxemburg](#) fast steuerfrei zu Benkos Stiftung in Liechtenstein und nach Österreich. Zudem holt Benko mit seinen komplexen und intransparenten Firmenkonstruktionen von mehreren hundert Firmen auch Banken und Investoren an Bord, die in der Vergangenheit [in Geldwäsche involviert](#) waren. Benko selbst hat Medien wie dem "Spiegel" mit Klagen gedroht, da sie seine mittlerweile getilgte Vorstrafe wegen Korruption in Berichten erwähnt hatten.

Das österreichische [Inspektorat für Corona-Lasten](#) ist ein künstlerisches Projekt von Attac Österreich.

Bertolt Brecht

AN DIE NACHGEBORENEN

1
Wirklich, ich lebe in finsternen Zeiten!
Das arglose Wort ist töricht. Eine glatte Stirn
Deutet auf Unempfindlichkeit hin. Der Lachende
Hat die furchtbare Nachricht
Nur noch nicht empfangen.
Was sind das für Zeiten, wo
Ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist
Weil es ein Schweigen über so viele Untaten einschließt!
Der dort ruhig über die Straße geht
Ist wohl nicht mehr erreichbar für seine Freunde
Die in Not sind?
Es ist wahr: ich verdiene noch meinen Unterhalt
Aber glaubt mir: das ist nur ein Zufall. Nichts
Von dem, was ich tue, berechtigt mich dazu,
mich satt zu essen.
Zufällig bin ich verschont.
(Wenn mein Glück aussetzt
Bin ich verloren.)
Man sagt mir: iß und trink du! Sei froh, daß du hast!
Aber wie kann ich essen und trinken, wenn
Ich es dem Hungernden entreiße, was ich esse, und
Mein Glas Wasser einem Verdurstenden fehlt?
Und doch esse und trinke ich.
Ich wäre gerne auch weise
In den alten Büchern steht, was weise ist:
Sich aus dem Streit der Welt halten und die kurze Zeit
Ohne Furcht verbringen
Auch ohne Gewalt auskommen
Böses mit Gutem vergelten
Seine Wünsche nicht erfüllen, sondern vergessen
Gilt für weise.
Alles das kann ich nicht:
Wirklich, ich lebe in finsternen Zeiten!

2
In die Städte kam ich zu der Zeit der Unordnung
Als da Hunger herrschte.
Unter die Menschen kam ich zu der Zeit des Aufruhrs
Und ich empörte mich mit ihnen.
So verging meine Zeit
Die auf Erden mir gegeben war.

Mein Essen aß ich zwischen den Schlachten
Schlafen legt ich mich unter die Mörder
Der Liebe pflegte ich achtlos
Und die Natur sah ich ohne Geduld.
So verging meine Zeit
Die auf Erden mir gegeben war.
Die Straßen führten in den Sumpf zu meiner Zeit
Die Sprache verriet mich dem Schlächter
Ich vermochte nur wenig. Aber die Herrschenden
Saßen ohne mich sicherer, das hoffte ich.
So verging meine Zeit
Die auf Erden mir gegeben war.
Die Kräfte waren gering. Das Ziel
Lag in großer Ferne
Es war deutlich sichtbar, wenn auch für mich
Kaum zu erreichen.
So verging meine Zeit
Die auf Erden mir gegeben war.

3
Ihr, die ihr auftauchen werdet aus der Flut
In der wir untergegangen sind
Gedenkt
Wenn ihr von unseren Schwächen sprecht
Auch der finsternen Zeit
Der ihr entronnen seid.
Gingen wir doch, öfter als die Schuhe die Länder
wechselnd
Durch die Kriege der Klassen, verzweifelt
Wenn da nur Unrecht war und keine Empörung.
Dabei wissen wir doch:
Auch der Haß gegen die Niedrigkeit
Verzerrt die Züge.
Auch der Zorn über das Unrecht
Macht die Stimme heiser. Ach, wir
Die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit
Konnten selber nicht freundlich sein.
Ihr aber, wenn es soweit sein wird
Daß der Mensch dem Menschen ein Helfer ist
Gedenkt unsrer
Mit Nachsicht.

*Es wurde am 15. Juni 1939 in Die neue Weltbühne, Paris veröffentlicht.
Von Bertolt Brecht vorgelesen <https://www.youtube.com/watch?v=NoGWhZfDuDM>*